

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

110.

SITZUNG

4 - 4 - 1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 82:

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino-Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1967 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 82:

**« Haushaltseinnahmen- und -ausgabenvoran-
schlag der Region Trentino-Tiroler Etsch-
land für das Rechnungsjahr 1967 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*Fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 31-3-1967.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*Legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

La Giunta regionale ha presentato al Consiglio il seguente disegno di legge: « Provvidenze creditizie di primo intervento a favore delle imprese commerciali, delle cooperative di consumo, degli alberghi e pubblici esercizi danneggiati dalle calamità atmosferiche verificatesi nel mese di novembre 1966 ».

Riprendiamo ora il *disegno di legge n. 82*:

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1967, assessorato lavori pubblici.

La parola al cons. Spogler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Herr Assessor! Der Herr Assessor Albertini hat in seinem Bericht auch die Schnellstraße oder Autobahn nach Meran, mit Fortsetzung ins Vinschgau, mit einigen Worten erwähnt. In seinem Bericht ist mir aufgefallen, daß das Assessorat für das Transportwesen das Problem der Schnellstraße oder Autobahn durch das Valsugana-Tal eingehenden Studien unterzogen hat. Was den Autobahnanschluß des westlichen Teiles von Südtirol betrifft, nämlich die Verbindung vom Reschen bis Bozen, blieb es in seinem Bericht bei schönen Worten ohne konkretem Inhalt. Ich erlaube mir kurz zu diesem Problem beim Assessorat für öffentliche Arbeiten zu sprechen, da ja das Straßenwesen (viabilità) in die Zuständigkeit dieses Assessorates fällt und somit eine Diskussion im Rahmen dieses Assessorates meines Erachtens durchaus möglich ist. Im übrigen haben Sie sich, Herr Assessor Pasqualin, zusammen mit den Assessoren des Landesausschusses Bozen schon öfters konkret mit diesem Problem befaßt. Es ist bekannt, daß der Landesauschuß Bozen in seinem Promemoria, das er vor kurzem dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zukommen ließ, auch das Problem der Schnellstraße nach Meran angeführt und auf seine besondere Dringlichkeit mit Nachdruck hingewiesen hat.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, an Sie, Herr Assessor, die Frage zu rich-

ten, ob nicht auch der Regionalausschuß endlich daran denke, in Rom die nötigen Schritte zu unternehmen, da es sich in diesem Falle um ein Straßenproblem von regionaler, wenn nicht nationaler Bedeutung handelt. Ich erinnere Sie daran, Herr Assessor, daß ich bereits am 30. Juli 1965 im Rahmen einer Anfrage an den Regionalausschuß um eine entsprechende Intervention gebeten habe. Ich erwarte mir von Ihnen, Herr Assessor, wirklich konkrete Zusagen und keine allgemein üblichen Formulierungen, so wie damals meine Anfrage beantwortet wurde.

Bei diesen Vorsprachen in Rom beim zuständigen Ministerium muß dringend eruiert werden, ob das Gesetz 729 vom Jahre 1961 neu dotiert wird, wann voraussichtlich diese Neudotierung erfolgen wird und ob die Mittel nicht etwa nur zur Fertigstellung von bereits im Bau befindlichen Autobahn-Anschlußstraßen dienen werden. Diese Klarstellungen, ob und wann eine Finanzierung der Schnellstraße möglich sein wird, müssen bald eingeholt werden. Es muß eine verbindliche Stellungnahme in positivem oder negativem Sinne erfolgen. Diese Antwort muß eingeholt werden, da man es nicht verantworten kann, einfach « a priori » diese Finanzierungsmöglichkeit und somit auch die großen Vorteile der Lösung Schnellstraße auszuschließen. Diese Antwort muß auch eingeholt werden, weil der Präsident der Brennerautobahngesellschaft großen Wert darauf legt zu wissen, und zwar verbindlich zu wissen, daß die Finanzierung der Schnellstraße seitens des Staates in nächster Zeit ausgeschlossen ist.

Eines ist klar, Herr Assessor: daß eine schnelle Verbindung zwischen Meran und Bozen, die gleichzeitig auch die Lösung der westlichen Umfahrung Merans vorsieht, so bald als möglich hergestellt werden muß, und daß sie zumindest gleichzeitig mit der Brennerautobahn

fertiggestellt sein müßte. Sollte sich bei den Vorsprachen in Rom, die unbedingt urgieren werden müssen, herausstellen, daß auf Grund des Gesetzes 729 keine Mittel flüssig gemacht werden können, und zwar in absehbarer Zeit, dann muß ohne Zeitverlust an die Lösung des Problems Autobahn herangegangen werden. Ich glaube, daß Eile auf jeden Fall geboten ist, da die Brennerautobahngesellschaft, die heute durch die bedeutenden Angebote die Mittel hätte, diese Mittel sonst — wer weiß es — morgen anderweitig verwenden könnte.

Herr Assessor, ich kann diese meine Ausführungen nicht schließen, ohne die Stellungnahme des Landeswirtschaftsrates der Handelskammer und dessen Präsidenten, was den allfälligen Bau einer Autobahn nach Meran betrifft, kurz zu erwähnen und in einigen, wenn auch nur wenigen Punkten zu analysieren. Der Landeswirtschaftsrat der Handelskammer von Bozen hat am 13. Februar dieses Jahres mit einer Entschliebung dazu Stellung genommen und der Präsident der Handelskammer, Dr. Walter von Walther hat diese Entschliebung in einem Gespräch mit der Zeitung «Dolomiten» vom 11. März d.J. erläutert. Aus den Äußerungen Dr. Walter von Walther's zur Lösung Autobahn ging klar hervor, daß zwischen Bozen-Sigmundskron und dem Terminal der Autobahn bei Lana-Meran, keine Ein- und Ausfahrten vorgesehen wären. Diese Stellungnahme hat zwei wichtige Aspekte zum Inhalt, die zur Diskussion gestellt werden müssen.

1. Es sind keine Ausfahrten vorgesehen;
2. das Terminal der Autobahn ist bei Lana-Meran vorgesehen.

Ad 1): Zwischen Bozen und dem Ende der Autobahn sind keine Ausfahrten vorgesehen: dazu möchte ich zunächst keine eigene Meinung äußern, sondern mich lediglich darauf

beschränken, die Vorschläge des Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft, Dr. Turrini, vorzubringen, die er persönlich im Jänner 1967 anlässlich einer Besprechung des Problems in Meran gemacht hat. Dr. Turrini hat damals eine Autobahn vorgeschlagen, die mehr den Charakter einer Schnellstraße gehabt hätte, und zwar in dem Sinne, daß mautlose Ein- und Ausfahrten an den Ortschaften, die eine wirtschaftliche oder verkehrsmäßige Bedeutung haben, vorgesehen werden könnten, so z.B. in Terlan, auch für das Gebiet Andrian und Nals, und auf jeden Fall auch in Burgstall für Lana, Ulten und den Nonsberg. Es wurde bei jener Besprechung sogar die Möglichkeit in Betracht gezogen, diese Art von Autobahn für den lokalen Verkehr zwischen Bozen und Meran mautlos zu gestalten, so daß nur diejenigen Fahrzeuge bis Meran mautpflichtig gewesen wären, die von Bozen-Süd über Sigmundskron kommend die Meraner Autobahn benützt hätten. Dieser Vorschlag war verlockend. Wahrscheinlich war sich auch der Präsident Dr. Turrini der Kühnheit dieses Vorschlages bewußt, da er gleich darauf bestand, zuerst auf jeden Fall die Finanzierung dieser Schnellstraße beim Staate zu sondieren.

Am 21. Februar d.J. erklärte Dr. Turrini in Trient in einer Unterredung, die Sie, Herr Assessor, in meiner Gegenwart geführt haben, von diesem Vorschlag, der fast alle Vorteile einer Schnellstraße gehabt hätte, nichts mehr zu wissen, bzw. den Vorschlag nicht so gemacht zu haben, und unterbreitete in diesem Zusammenhang eine abgeänderte Version. Der Vorschlag sah die einzige Mautstelle in Sigmundskron bei der Ausfahrt nach Bozen-Stadt und Bozen-Süd vor, so daß alle Fahrzeuge, natürlich auch die, welche nur zwischen Bozen und Meran verkehren, gezwungen sind, die Maut zu bezahlen. Auch bei diesem Vorschlag sah man seitens der Brennerautobahngesell-

schaft keine Schwierigkeiten, die Ausfahrten zu machen, welche ich schon beim ersten Vorschlag erwähnt habe. Das bedeutet natürlich, daß für den lokalen Verkehr zwischen den Dörfern keine Maut zu entrichten wäre, da sich die einzige Mautstelle in Sigmundskron befindet. Soviel möchte ich zu dem Problem der Ausfahrten zwischen Bozen und Meran sagen.

Zu zweiten Aspekt des Problems, nämlich daß das Terminal der Autobahn in der Gegend zwischen Lana und Meran vorgesehen ist — immer laut Ansicht der Handelskammer von Bozen —, möchte ich mir folgendes zu sagen erlauben. Die Südtiroler Wirtschaftszeitung hat in diesem Zusammenhang unter anderem folgendes geschrieben: « Auf diese Weise würde die Autobahn vor den Toren Merans haltmachen, ohne somit den Fremdenverkehrsorten des Burggrafenamtes und vor allem dem Kurort Meran selbst in allzu gefährliche Nähe zu rücken. » Dr. Walter von Walther meint zu diesem Terminal bei Lana-Meran folgendes: « Aus dem Umstand, daß die Autobahn zwischen Lana und Meran enden würde, zögen die umliegenden Fremdenverkehrszentren großen Nutzen. Von diesem Endpunkt aus könnte der Anschluß der geplanten Umfahrungsstraßen ins Passeiertal, in den Vinschgau und ins Ultental gebaut werden ». Soweit die Meinung des Präsidenten der Handelskammer, Dr. Walter von Walther.

Ich erlaube mir, Herr Assessor Pasqualin, dieser Ansicht mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und möchte dazu folgendes feststellen: Wenn das Terminal der Autobahn zwischen Lana und Meran vorgesehen würde, dann müßten von Meran und von Lana aus kostspielige Zufahrtsstraßen gebaut werden. Es ist wohl die Frage erlaubt, von wem nun diese Straßen erbaut werden sollen. Offensichtlich von der ANAS, und zwar aus ordentlichen Haushaltsmitteln. Wenn man daran denkt, daß

es nicht einmal gelingt, ein so kleines Vorhaben wie es die sogenannte kleine Passeirer-Umführungsstraße darstellt, an der schon Jahre gebaut wird, zu Ende zu führen, so ist meines Erachtens dieser Optimismus fehl am Platze. Wird die Zufahrtsstraße vom Ende der Autobahn nur bis Meran und bis zur Marlinger Brücke gebaut, dann müßte weiterhin der ganze Lasten- und Durchzugsverkehr vom Reschen kommend durch die Kurstadt Meran geschleust werden. Was nützt es, eine Autobahn bis vor die Tore Merans zu bauen, wenn der Verkehrsflaschenhals der Stadt Meran weiterbestünde, wo man eine Stunde und mehr Zeit braucht, um diesen Verkehrsflaschenhals zu überwinden? Man wird mir entgegen, daß natürlich die ANAS gleichzeitig die Vinschgauer Umfahrung besorgen müßte oder besorgen könnte — wie man sich ausgedrückt hat. Ich glaube nicht, daß man realistisch deutet, wenn man glaubt, daß die ANAS für die inkasierende Autobahngesellschaft die Einschleusung der Autos durch den Bau einer Zufahrtsstraße von Forst her besorgen würde, die ungefähr eineinhalb bis zwei Milliarden Lire zu stehen kommt. Glaubt man denn wirklich, daß die ANAS in derselben Zeit, in der die Gesellschaft die Autobahn baut, die Zufahrt bis Meran und die Fortsetzung bis Forst erstellen würde? Es liegt meines Erachtens ein Widerspruch auch darin, daß man einerseits sagt, die Schnellstraße kann nicht gebaut werden, weil die Mittel auf Grund eines eigenen Gesetzes fehlen, und sich andererseits erwartet, daß die ANAS aus ordentlichen Haushaltsmitteln diesen Anschluß von Lana bis Forst besorgt. Die Autobahn soll aber dem Kurort Meran nicht in allzu gefährliche Nähe rücken, sagt man. Das scheint mir eine etwas sonderbare These zu sein. Sieht man denn nicht ein, daß die Autos vom Vinschgau, vom Reschen kommend nun einmal bei Meran vorbei

müssen? Man kann wohl nicht eine Luftbrücke bauen. Diese Straße würde ja am Etschufer entlang verlaufen und somit würde der Verkehr keinerlei Störung für die Kurstadt Meran bedeuten.

Zusammenfassend möchte ich mir erlauben zu sagen: Das Terminal der Autobahn bei Lana oder zwischen Lana und Meran bedeutet für mich einen Autobahntorso, da die Fortsetzung bis Forst seitens der ANAS nicht so bald zu bewerkstelligen wäre. Jede Lösung, die nicht gleichzeitig die westliche Umfahrung Merans mit einschließt, ist für mich keine Lösung. Somit ist das Ende der Trasse Bozen-Meran, ob es sich nun um die Autobahn oder um die Schnellstraße handelt, auf jeden Fall bei der Forsterbrücke, bei der Einmündung also in die Vinschgauer Straße vorzusehen, und das, glaube ich, aus ganz offensichtlichen Gründen: Erstens einmal würde der gesamte Lasten- und Durchzugsverkehr vom Vinschgau nach Bozen endlich vom Kurort Meran entfernt. Nur damit wird der Kurstadt Meran die drückende Verkehrs- und Lärmplage abgenommen und ein flüssiger Verkehr garantiert. Zweitens: Die Rentabilität der Autobahn bzw. die Höhe der Mauteinnahmen wird dadurch, wenn man sie eben bis nach Forst weiterbaut, auf das höchste gesichert. Es ist sogar vorzusehen, daß die kurze Strecke Bozen-Forst, die nur eine Länge von zirka 25 Kilometer hat, eine der mautstärksten Teilstrecken der gesamten Brennerautobahn sein wird. Das hat auch die Brennerautobahngesellschaft längst schon erkannt. Diese Fortsetzung bis Forst wurde bereits am 21. Februar bei dem erwähnten Gespräch in Trient dem Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft und dem Projektanten Gentilini vorgebracht, die diesbezüglich keinen Widerspruch erhoben haben. Um so mehr ist es zu verwundern, daß die Handelskammer, die ausschließlich die Interessen der Bevölkerung zu

vertreten hat, das Terminal bei Lana-Meran vorsieht und, wiederum im Gegensatz zur Brennerautobahngesellschaft, keine Ausfahrten zwischen Bozen und Meran in Betracht zieht.

(Signor Presidente! Signor Assessore! Lo Assessore Albertini ha menzionato brevemente, nella sua relazione, anche la questione della superstrada per Merano, nonché la prosecuzione della stessa verso la Val Venosta, ed ho potuto rilevare che l'Assessorato ai pubblici trasporti ha sottoposto ad attento esame il problema relativo al tracciato autostradale che dovrebbe attraversare la Valsugana. Per quanto concerne invece l'allacciamento dell'autostrada sul lato occidentale del Sudtirolo, il tratto cioè Resia-Bolzano, l'Assessore si è avvalso di belle parole prive però di concretezza. Concedetemi quindi di soffermarmi brevemente sulla questione in quanto, come si sa, il problema della viabilità rientra nelle competenze di questo Assessorato per i pubblici lavori per cui, a mio avviso, se ne può senz'altro discutere. D'altronde, lei signor Assessore Pasqualin si è, unitamente all'Assessore della Giunta provinciale, occupato già più volte concretamente del problema in parola. È noto infatti che la Giunta provinciale di Bolzano ha citato in un promemoria, inoltrato poco tempo fa al Ministero per i lavori pubblici, anche il problema della superstrada per Merano, ponendone marcatamente in rilievo l'urgenza.

In tal connessione mi permetto chiederle, signor Assessore, se non sia giunto finalmente il momento, per la Giunta regionale, di intraprendere a Roma i necessari passi, visto che la viabilità rispecchia un problema di carattere regionale se non addirittura nazionale. Desidero ricordarle, signor Assessore, che fin dal 30 luglio 1965 avevo, nel quadro di una interrogazione, pregato la Giunta regionale di intervenire in conformità. Ora mi aspetto da lei assicurazioni fondamentalmente concrete e non

le consuete generiche dichiarazioni con le quali si rispose, a suo tempo, alla mia interrogazione.

Nei previsti interventi presso il competente Ministero in Roma, necessita appurare urgentemente se e quando si procederà al rifinanziamento della legge n. 729 del 1961 e se i fondi potranno essere utilizzati esclusivamente per la messa a punto delle costruende strade di allacciamento all'autostrada. Bisogna dunque mettere in chiaro al più presto se e quando un finanziamento della superstrada si renderà possibile e conseguire, da parte degli organi competenti, una precisa presa di posizione in merito, positiva o negativa che sia. Non ci si può infatti assumere la responsabilità di escludere « a priori » la possibilità di un finanziamento e con ciò, ovviamente, i grandi vantaggi connessi alla soluzione del problema in parola. Una risposta in merito va richiesta inoltre anche perché il Presidente della Società dell'autostrada del Brennero ritiene essenzialmente importante sapere, e saperlo in forma impegnativa, se sia, o meno, da escludersi nel prossimo futuro il finanziamento, da parte dello Stato, della superstrada in parola.

Una cosa è chiara signor Assessore, e cioè che bisogna provvedere ad una messa a punto e ad un rapido collegamento stradale fra Merano e Bolzano, che preveda altresì la soluzione relativa alla circonvallazione occidentale di Merano, e procedervi con sollecitudine tale da far coincidere l'ultimazione dei lavori quantomeno con l'ultimazione dell'autostrada del Brennero. Dovesse nel corso dei colloqui da sollecitare con Roma, insorgere l'impossibilità di reperire con una certa sollecitudine i fondi per la legge 729, si dovrà affrontare, senza por tempo in mezzo, la soluzione del problema autostradale. La questione va trattata, in ogni caso, con urgenza, in quanto la Società dell'autostrada del Brennero che grazie alle rilevanti offerte ha i sufficienti fondi a disposizione, po-

trebbe in un domani, chissà, assumere altri impegni utilizzando così diversamente tali fondi.

Non posso concludere queste mie argomentazioni, signor Assessore, senza un breve accenno ed alcune puntualizzazioni su quanto concerne la presa di posizione del Consiglio provinciale dell'agricoltura presso la Camera di Commercio e del suo Presidente, nei confronti di una eventuale realizzazione della superstrada per Merano. Il Consiglio provinciale per l'agricoltura presso la Camera di Commercio, ha preso posizione in merito con decisione risalente al 13 febbraio del corrente anno, e tale decisione venne illustrata dal Presidente della Camera di Commercio dr. Walter von Walther nel corso di un colloquio concesso agli inviati del quotidiano « Dolomiten » e pubblicato quindi su detto giornale nell'edizione dell'11 marzo corrente. Dalle dichiarazioni del dr. Walter von Walther sulla soluzione del problema autostradale, è emerso chiaramente come non sia previsto alcun svincolo fra Bolzano-Castel Firmiano ed il Terminal della superstrada in prossimità di Merano. Tale presa di posizione rispecchia due importanti aspetti che è d'uopo porre in discussione:

- 1) Non sono previsti svincoli;*
- 2) Il Terminal dell'autostrada è previsto in prossimità di Lana-Merano.*

Al punto 1): Dunque non sono previsti svincoli fra Bolzano ed il Terminal della superstrada; non desidero, per il momento, esprimere in merito un parere personale, ma limitarmi unicamente ad esporre le proposte avanzate personalmente, nel gennaio del 1967, dal Presidente della Società dell'autostrada dr. Turrini, nel corso di una discussione tenutasi a Merano sul problema. Il dr. Turrini propose, allora una autostrada che avrebbe avuto tutte le caratteristiche di una superstrada, nel senso cioè che gli svincoli autostradali nelle località più

importanti ai fini economici ed ai fini del traffico stradale, sarebbero potuti essere esenti da pedaggio e ciò, ad esempio, in Terzano per la zona di Andriano e Nalles; in ogni caso anche nella zona di Postal, per Lana, Val d'Ultimo e la Valle di Non. Durante quella discussione venne persino considerata la possibilità di realizzare, anche fra Bolzano e Merano, un simile tipo di autostrada in modo tale da assoggettare al pagamento del pedaggio solo quegli automezzi, che provenienti da Bolzano Sud via Castel Firmiano, avessero appunto utilizzato l'autostrada meranese fino a Merano. Il progetto era senza dubbio allettante. Anche il Presidente Turrini si era forse reso conto della temerarietà di una simile proposta, visto che sostenne subito che si sarebbe in ogni caso dovuto anzitutto sondare presso lo Stato circa la possibilità del finanziamento di quella superstrada.

Il 21 febbraio del corrente anno il dr. Turrini dichiarò nel corso di un colloquio avuto a Trento, me presente signor Assessore, di non sapere nulla, nella fattispecie di non aver avanzato la proposta su quell'autostrada, i cui vantaggi sarebbero stati quasi analoghi a quelli di una superstrada, sotto quella forma ed in tal connessione ne presentò una versione modificata. Questa ultima prevedeva un unico casello stradale a Castel Firmiano, all'uscita cioè per Bolzano città — Bolzano Sud, cosicché tutti gli automezzi, compresi ovviamente anche quelli transitanti sulla direttiva Bolzano-Merano, si troverebbero costretti al pagamento del pedaggio. Anche in merito a questa proposta non si riscontrarono, da parte della Società dell'autostrada difficoltà di sorta per realizzare quegli svincoli autostradali da me già menzionati nella prima proposta. Ciò sottintende ovviamente che pur sussistendo un unico casello autostradale a Castel Firmiano, il traffico locale fra i vari paesi si troverebbe esentato dal pagamento in parola. Questo è quanto desideravo

dire sul problema relativo agli svincoli autostradali tra Bolzano e Merano.

Concedetemi ora di dire qualcosa sul secondo aspetto della questione, cioè su quanto concerne il Terminal dell'autostrada previsto, sempre stante il punto di vista della Camera di Commercio di Bolzano, sul tratto che intercorre fra Lana e Merano. Il periodico « Südtiroler Wirtschaftszeitung » ha, sull'argomento, riportato fra l'altro quanto segue: In tal modo l'autostrada terminerebbe alle porte di Merano e si eviterebbe così una sua troppo pericolosa vicinanza alle località turistiche della marca meranese e soprattutto a Merano stessa, luogo di cura climatico. Dice il dr. Walter von Walther di questo Terminal in Lana-Merano: Da una autostrada terminante fra Lana e Merano trarrebbero grande vantaggio le circostanti località turistiche, e partendo da quella stazione terminale, si potrebbe procedere ai lavori di allacciamento stradale delle programmate circonvallazioni verso la Val Passiria, Val Venosta e Val d'Ultimo. Questo dunque il parere del Presidente della Camera di Commercio, dr. Walter von Walther.

Dal canto mio, signor Assessore Pasqualin, mi oppongo recisamente ad un tale punto di vista, rimarcando in merito quanto segue: Il previsto Terminal autostradale fra Lana e Merano richiederebbe la dispendiosa realizzazione di circonvallazioni partenti da Merano e da Lana. Si pone qui la domanda — consentita credo — da chi queste strade dovrebbero venire costruite. Evidentemente dall'ANAS e propriamente con i normali fondi di bilancio della stessa. Se si pensa che non si riesce neppure a portare a termine un piccolo progetto qual'è la cosiddetta deviazione stradale per la Val Passiria, alla quale si lavora già da anni, ebbene una previsione ottimistica in tal senso è, a mio avviso, proprio fuori luogo. Se poi la strada d'accesso da costruirsi partisse dal Ter-

minale autostradale per interrompersi quindi a Merano o al ponte di Marlengo, tutto il movimento commerciale di transito, nonché il transito degli automezzi pesanti, si svolgerebbe attraverso la città di cura di Merano. A che servirebbe costruire una autostrada fino alle porte di Merano se poi continuasse a sussistere in Merano stessa l'inconveniente dell'imbottigliamento nel traffico che comporterebbe, per districarsene, la perdita di un'ora e più di tempo? Mi si obietterà che l'ANAS dovrebbe o potrebbe, nel contempo, provvedere ad una circonvallazione — almeno da come ci si è espressi in merito. Non credo rispecchi una realistica interpretazione il supporre che l'ANAS voglia provvedere per la Società autostradale — cioè quella che incassa — a convogliare il transito degli automezzi, mediante una strada di accesso che parta da Foresta, una strada cioè il cui costo si aggirerebbe sul miliardo e mezzo o i due miliardi di lire. Ma davvero si crede che l'ANAS, mentre la Società procede alla costruzione dell'autostrada, provvederebbe nel contempo alla via d'accesso fino a Merano ed al prolungamento della medesima fino a Foresta? A mio avviso è un controsenso l'affermare, da un lato, di non poter costruire la superstrada per mancanza di una legge che ne preveda il finanziamento, e dall'altro lato aspettarsi che l'ANAS provveda con normali fondi di bilancio a questo allacciamento stradale da Lana a Foresta. L'autostrada, si dice, non deve passare troppo vicino alla città di cura di Merano, e questa mi sembra una tesi piuttosto singolare. Ma non si vuol dunque comprendere che gli automezzi della Val Venosta, provenienti da Resia, devono giocoforza transitare da Merano? Non si può mica costruire un ponte aereo!!! Quella strada costeggerebbe, come si sa, le sponde dell'Adige, cosicché il transito degli automezzi sulla stessa non comporterebbe per Merano disturbi di sorta.

Concludendo vorrei dire: Porre il Terminal autostradale a Lana o fra Lana e Merano significherebbe per me ridurre l'autostrada ad un moncone, poiché la costruzione da parte dell'ANAS del tratto fino a Foresta non verrebbe messa in atto tanto presto. Qualsiasi soluzione, nei cui piani non vanga inclusa temporaneamente la circonvallazione occidentale di Merano, secondo me non è una soluzione. Pertanto la fine del tracciato Bolzano-Merano, sia che si tratti di autostrada o di superstrada, va prevista in ogni caso allo sbocco per la Val Venosta, presso il ponte di Foresta, e ciò per ovvii motivi: in primo luogo il transito degli automezzi pesanti nonché il transito di scorrimento dalla Val Venosta a Bolzano, si svolgerebbe finalmente lontano dal centro di cura di Merano, liberando in tal modo quella città climatica dalla piaga di un traffico opprimente e frastornante, garantendo altresì la fluidità del traffico. In secondo luogo: prolungando il tratto in parola fino a Foresta viene garantita la massima redditività dell'autostrada, nella fattispecie il reddito del pedaggio. Direi si possa addirittura mettere in previsione che il breve tratto Bolzano-Foresta, lungo appunto soltanto 25 Km. circa, rappresenterebbe, ai fini del pedaggio, il tratto più redditizio dell'intero tracciato autostradale del Brennero; ciò infatti è stato già ammesso diverso tempo fa anche dalla Società stessa dell'autostrada. La questione del prolungamento fino a Foresta venne avanzata, sin dal 21 febbraio, nel menzionato colloquio di Trento, dal progettista Gentilini al Presidente della Società autostradale, senza che il Presidente stesso sollevasse obiezioni in merito. Tanto più dunque desta meraviglia il fatto che la Camera di Commercio, la quale in definitiva è tenuta a difendere gli interessi della popolazione, preveda il Terminal a Lana-Merano e che, in evidente contrasto con la So-

cietà autostradale, non prenda in considerazione alcun svincolo fra Bolzano e Merano).

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Ich möchte nur ganz kurz etwas erwähnen, was ich in meiner Debatterede vom letzten Mal nicht angeführt habe. Ich muß es erwähnen, weil mir ja das hier eingeführte System dann nach der Beantwortung der Fragen seitens des Herrn Assessors nicht mehr die Möglichkeit einräumt, noch etwas zu sagen.

Ich muß auf die Refinanzierung des Gesetzes für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zurückkommen. In der Regionalbilanz ist ein Betrag von je 50 Millionen Lire für beide Provinzen Bozen und Trient für die Refinanzierung des Regionalgesetzes Nr. 17 vorgesehen. Dieses Regionalgesetz Nr. 17 — das weiß der Herr Assessor genau — sieht die Gewährung von Zinsenbeiträgen zuunsten der Gemeinden und aller anderen öffentlichen Körperschaften vor, die eine öffentliche Arbeit durchzuführen gedenken. Wie Sie wissen, sind diese Zinsenbeiträge wohl eine gute und konkrete Hilfe für die Gemeinden, aber trotz der Gewährung dieser Zinsenbeiträge sind manche Gemeinden nicht in der Lage, öffentliche Arbeiten durchzuführen. Ich spreche in diesem Falle von den defizitären Gemeinden, d.h. von jenen, die eine defizitäre Bilanz aufweisen. Für die defizitären Gemeinden ist im Regionalgesetz Nr. 17 ein eigener Artikel vorgesehen, nämlich der Art. 6. Darin heißt es, daß den defizitären Gemeinden, die wenigstens in drei der letzten fünf Finanzjahre den Ausgleich nicht erreichen konnten, von seiten der Verwaltung auch Kapitalsbeiträge bis zu 50% des anerkannten Betrages der öffentlichen Arbeiten gegeben werden können, und für die Diffe-

renz würde laut Gesetz Nr. 17 noch ein Zinsenbeitrag gewährt.

Nun frage ich mich: Wenn die Regionalverwaltung je 50 Millionen für die Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 vorgesehen hat, so sind diese 50 Millionen Lire ausschließlich dazu bestimmt, die Gewährung von Zinsenbeiträgen zu ermöglichen, also Zinsenbeiträge zu geben. Man hat hier praktisch vergessen, daß die defizitären Gemeinden mit Zinsenbeiträgen nichts anfangen können. Eine Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 käme daher nur den besserstehenden Gemeinden zugute, während die schlechtstehenden Gemeinden ausgeschlossen blieben. Mit einer Refinanzierung, so wie sie der Regionalausschuß vorgesehen hat, würde man also die schlechtstehenden Gemeinden, die finanziell schwächeren Gemeinden, ausschließen; sie könnten nicht in den Genuß des Gesetzes kommen, weil diese Maßnahmen für defizitäre Gemeinden unzulänglich und nicht ausreichend sind.

Wenn Sie dieses Gesetz Nr. 17 betrachten, so sehen Sie, daß die Regionalverwaltung für diese 6 Jahre von 1963 bis 1968 — das geht aus dem Art. 18 des Gesetzes Nr. 17 hervor — seinerzeit den Betrag von Lire 1 Milliarde 20 Millionen für die Gewährung von Kapitalsbeiträgen zugunsten der defizitären Gemeinden vorgesehen hat. Dies für beide Provinzen, und zwar alljährlich 170 Millionen Lire, aufgeteilt auf die zwei Provinzen zu je 85 Millionen Lire. Und nun gedenkt man, wenn auch nur in geringem Ausmaß, das Gesetz Nr. 17 zu refinanzieren und hat dabei vergessen, daß es sehr viele defizitäre Gemeinden gibt — im Trentino, wie jeder weiß, noch mehr als in der Provinz Bozen —, für die diese Refinanzierung praktisch keine Hilfe darstellt; jedenfalls geht diesbezüglich aus dem Bericht nichts hervor. Deswegen möchte ich auch den Herrn Assessor ersuchen uns zu sagen, was

man zugunsten dieser defizitären Gemeinden zu unternehmen gedenkt, denn eine Refinanzierung dieses Gesetzes käme nur den besserstehenden Gemeinden zugute, währenddem die finanziell schwächeren Gemeinden nichts davon hätten.

(Signor Presidente! Vorrei accennare in breve a qualcosa che nella mia ultima esposizione avevo tralasciato. Devo farlo in quanto il sistema qui introdotto non contempla la possibilità di poter ancora parlare dopo che il signor Assessore avrà risposto alle interrogazioni.

Devo riportarmi alla questione relativa al rifinanziamento della legge preposta all'attuazione di opere pubbliche. Nel bilancio regionale è previsto per entrambi le province di Bolzano e Trento un importo, per ciascuna, di 50 milioni di lire per il rifinanziamento della legge regionale n. 17. Questa legge — al signor Assessore ciò è perfettamente noto — prevede la concessione di contributi in conto interessi a favore dei Comuni e di tutti quegli enti pubblici che si propongono la realizzazione di una opera pubblica. Come voi sapete i contributi in conto interessi rappresentano, è vero, un concreto e buon aiuto per i Comuni, ma nonostante tale concessione, alcuni Comuni non sono ugualmente in grado di attuare lavori pubblici. Mi riferisco in questo caso ai Comuni deficitari, cioè quelli il cui bilancio è in deficit. Per questi Comuni è previsto nella legge regionale un particolare articolo, precisamente l'art. 6, il quale stabilisce che a quei Comuni deficitari i quali non abbiano, nei tre almeno, degli ultimi cinque esercizi finanziari, raggiunto il conguaglio, vengano concessi dall'amministrazione contributi in conto capitali fino ad un massimo del 50% dell'importo riconosciuto ammissibile per l'attuazione di lavori pubblici; inoltre per la differenza e conformemente alla legge n. 17, pure un contributo in conto interessi.

Ora mi chiedo: se l'amministrazione re-

gionale ha previsto per il rifinanziamento della legge n. 17 un importo, per ciascuna provincia, di 50 milioni, ebbene questi 50 milioni sono destinati esclusivamente alla concessione di contributi in conto interessi. Ci si è, a quanto pare, dimenticati che dei contributi in conto interessi i Comuni deficitari non sanno cosa fare. Un rifinanziamento della legge n. 17 avanzerebbe pertanto solo i Comuni più facoltosi, escludendo invece i Comuni finanziariamente più deboli. Dunque con il rifinanziamento tale qual'è previsto dalla Giunta regionale resterebbero esclusi i Comuni finanziariamente più deboli, i quali non potrebbero beneficiare delle provvidenze, essendo le stesse del tutto insufficienti per questi ultimi.

Esaminando questa legge n. 17 potrete rilevare che l'amministrazione regionale aveva a suo tempo previsto per i 6 anni intercorrenti fra il 1963 ed il 1968 — e ciò emerge dall'articolo 18 della legge n. 17 — l'importo di un miliardo e 20 milioni di lire per la concessione di contributi in conto capitali a favore dei Comuni deficitari, da suddividersi fra le due provincie in 170 milioni annui e precisamente 85 milioni annui per ciascuna. Ed ora si pensa di rifinanziare, se pur anche in misura ridotta, la legge n. 17, dimenticandosi che vi sono numerosi Comuni deficitari — nel Trentino, come ognuno sa, ancora più che in provincia di Bolzano — per i quali tale rifinanziamento non può essere in effetti di alcun aiuto; questo, in ogni caso, non emerge dalla relazione. Perciò vorrei appunto pregare anche il signor Assessore di dirci cosa intenda intraprendere a favore dei Comuni deficitari inquanto, ripeto, un rifinanziamento di questa legge tornerebbe a solo vantaggio dei Comuni finanziariamente più forti, mentre quelli deboli non ne trarrebbero profitto alcuno).

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la pa-

rola sull'assessorato lavori pubblici? Prego prenotarsi, cons. Ceccon, si prenotano tutti.

PREVE CECCON (M.S.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: Non è prenotato nessuno.

La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. assessore, quando il mio pensiero si ricollega al suo intervento o alle sue responsabilità, non posso dissociarlo da un suono di zampogne, che proviene dalla fanciullezza. Non posso dissociare la sua figura di amministratore dalla visione di quella fila di piccoli cagnetti che con il cappellino in bocca, accovacciati ai margini delle strade, chiedevano l'obolo al viatore con tanto cuore. La sua figura è associata a quel romanzo della nostra giovinezza, « Senza famiglia », lei se lo ricorda. Lei in definitiva è un amministratore senza famiglia, è un uomo che vive proprio in questa problematica. Orfano. Anche lei è orfano come era orfano il fanciullo dei nostri ricordi giovanili. E non è che viva il dramma dei nobili decaduti, i nobili che son riusciti con costanza e con capacità a dilapidare la paterna sostanza e più nulla posseggono. Lei non è in quella condizione; ci han pensato gli altri a renderla. Non è che abbia partecipato attivamente alla spogliazione del suo patrimonio: l'han voluto gli altri che l'hanno preceduto, han voluto gli altri spogliarlo di ogni competenza e di ogni patrimonio. Mi viene in mente il buon Capuana, quando descriveva il fattore che prima di morire scendeva nell'aia e menando colpi di bastone a destra e a manca uccideva le oche, gridando: « roba mia vieni con me ». Non poteva portarla nella fossa e provvedeva egli, con il suo ultimo fiato che ancora possedeva, a sistemare il problema della eredità e delle tasse di successione. « Roba mia

viene con me ». E questo è stato il grido evidentemente che ha ispirato l'uno dei due Alfonsi nostri, Alfonso il magnanimo, come lei sa, il quale di grado in grado è giunto alla piena disponibilità del patrimonio altrui; finché fu assessore regionale ai lavori pubblici provvide in maniera concreta, massiccia, a leggi e finanziamenti. La legge 3 andava molto ma molto bene, dopodiché, quando si accorse che la morte della Regione era certa, con una sua legge di delega alle Province si preconstituiva amministrazione in provincia di Trento, di cui divenne l'assessore provinciale ai lavori pubblici. E lei rimase l'orfano, rimase l'uomo senza patrimonio. Neanche il blasone le è rimasto dell'assessorato; ha dovuto vendere anche quello, per poter disporre di denaro che garantisse immediati interventi. E badi bene che nell'arco dal '61 al '67 si sono amministrati nel suo assessorato masse di denaro che corrispondono a 10 miliardi 911 milioni 900 mila lire. E di queste quante lei ne abbia direttamente incanalate in vari rami dell'intervento regionale, lascio immaginare alla comprensione dei nostri colleghi. Ben pochi, forse le briciole le son rimaste. E parla adesso, nella sua relazione e anche nel suo intervento dell'ultima volta, parla della esigenza incontrata in provincia di rifinanziare la famosa legge delega per 300 milioni, il cui risultato dovrebbe essere la garanzia di una movimentazione ulteriore di denaro, che tocca l'importo di 4 miliardi e mezzo. Disse che questo si pensava fosse ovvio e opportuno farlo, anche perché il Consiglio regionale aveva lo scorso anno espressa l'intenzione, il desiderio, la volontà, aveva prospettata l'esigenza che in questo determinato modo l'amministrazione regionale dovesse intervenire, dovesse provvedere. E come interviene, on. assessore, per far fronte a questa esigenza? Come interviene? Lei dice — è interessante il passo della sua relazione — lei dice: « Come è noto, l'inter-

vento pubblico nei riguardi delle opere pubbliche avviene finora con provvedimenti frammentari e disparati ». E conclude, dando corpo e anima al suo pensiero: « Si ritiene quindi necessario e urgente, ad evitare dispersione di mezzi, il lavoro di programmazione generale della Regione ». Diavolo di un assessore, io mi son detto, guarda un po', nel preciso istante in cui egli avverte l'esigenza di dover rifinanziare quella determinata legge sui lavori pubblici, ci dice anche, così limpido come l'acqua serenella, che non esiste ancora programmazione in Regione, che non esiste alcun programma nel suo assessorato, che fino ad oggi si è prodotta un'enorme massa di lavoro senza obbedire a delle leggi di indirizzo, a delle leggi che garantiscano la tranquillità dell'amministratore pubblico, che garantiscano soprattutto il retto e corretto impiego del denaro del contribuente. Difatti lei afferma che questa programmazione la si deve fare, ad evitare dispersione di mezzi. « Ad evitare dispersione di mezzi ». E da quando la Regione esiste al giorno d'oggi, si sono evitate le dispersioni di mezzi. E avendo ella constatato che non esiste alcuna legge di programmazione o alcun programma che potesse indirizzare la volontà dell'amministratore pubblico, dispersioni di mezzi che sono avvenute o non ne sono avvenute? E come si è programmato, e come si è operato nell'assessorato da lei retto, on. assessore, se questo coordinamento generale è venuto a mancare e se riconosce che non esiste e si sente la esigenza invece di crearlo? E questo problema suo è stato anche il problema mio, ed era il problema anche dei colleghi socialisti, che erano alla opposizione. Era il problema che affacciavano e affrontavano anch'essi, quando discutevano di questo preciso assessorato. Quante volte io li ho intesi proporre osservazioni giustissime. Dicevano essi che non si poteva continuare a andare avanti così, con una legge — era la legge 3 allora

— che permetteva e concedeva interventi in tutti i campi e a completa discrezione di chi amministrava la legge. Quante volte han fatto vedere questi pericoli che si annidavano in un qualunque amministrativo ed edificatorio, come era quello che presiedeva le sorti dell'assessorato da lei diretto. E tanto vero questa esigenza la sentivano allora, tanto vero che nel programma di collaborazione, proprio per questo settore dei lavori pubblici essi sono riusciti a fissare un concetto, che era un concetto rivoluzionario indubbiamente, un concetto nuovo, indubbiamente un concetto destinato a portare forse un po' d'ordine, là dove ordine tanto non esisteva. Perché proprio riferendosi ai lavori pubblici, dissero che ogni pratica, dissero che gli atti dovevano ottenere pubblicità. Reclamavano la pubblicità degli atti nel settore dei lavori pubblici. E perché reclamavano questo, perché l'avranno chiesto, perché l'avranno inserito in un accordo interpartitico? Evidentemente perché anch'essi avevano avvertito un disagio, la cattiveria di una politica che non si poteva più oltre sposare, alla quale intendevano porre rimedio e alla quale rimedio non hanno posto, perché la loro postulazione è rimasta fissata sì nel nero dell'inchiostro contenuto nelle paginette di quel libro, però non è stata tramutata in efficace strumento operativo. E allora? E allora, on. assessore, anche qui io debbo constatare con rammarico, purtroppo, che quella che era stata una buona intenzione e una volontà di porre rimedio a un qualche cosa che non andava, è rimasto così nel campo delle enunciazioni teoriche, è rimasto nel campo delle volontà espresse, ma non concretate, è rimasto come strumento di critica da parte del Consiglio, ma non è diventato affatto strumento nuovo per operare in quest'ambito. E dobbiamo porci anche un'altra domanda, on. assessore, che nasce da un'altra constatazione: quando si diede vita e

inizio alla attività regionale, che cosa si disse o si fece da parte dell'assessore che per primo resse questo assessorato, affidato oggi alla sua competenza? Si provvide a far giungere presso ogni amministrazione comunale un questionario, un formulario, in cui gli amministratori erano invitati a fissare i bisogni della vita comunale. Ogni amministratore redasse un suo piano, che poteva essere definito piano delle esigenze e dei bisogni, piano di fabbricazione. Tutto venne raccolto e documentato. Si diede vita a uno schedario in cui figuravano e gli acquedotti, figuravano le opere pubbliche necessarie, le strade, edifici comunali, gli asili, le opere pertinenti alle amministrazioni dei seminari, dei conventi, delle canoniche. Tutto, si disse, è stato raccolto e tutto abbiamo. Dopodiché, on. assessore, su quella base, che io penso lei non abbia trovata, ha provveduto oggi, in concomitanza con i danni alluvionali, a inviare analogo formulario presso le amministrazioni comunali interessate, per chiedere esattamente quei dati che allora si erano chiesti. Io lo ricordo benissimo l'assessore che allora presiedeva al suo settore qui dentro, allorché si trattò di chiedere all'on. Consiglio un miliardo straordinario per interventi nel settore dei lavori pubblici: affermò e proclamò che il programma esisteva e che erano abbondantemente note tutte le esigenze dei nostri comuni. E il miliardo che egli richiedeva, disse, serviva a porre rimedio a una situazione che richiedeva prontezza di intervento. Scoprimmo poi, on. assessore, che il miliardo stanziato sul piano straordinario serviva a pagare i secondi lotti e i terzi lotti che erano concessi in deroga, al di là della legge 3, indebitando i comuni e portando i comuni a compiere sul piano amministrativo delle operazioni che nulla avevano a che fare con la correttezza amministrativa. Ecco perché il miliardo lo si chiese. Ma in quell'occasione ricordo benissimo che un programma doveva

esistere, programma che venne ribadito nelle sue grandi linee, nella sua grande impostazione, allorché il Consiglio regionale si trovò sui propri banchi per la discussione la famosa legge 17, che doveva concedere le deleghe ai comuni. In quella occasione ci si disse che i bisogni delle nostre amministrazioni erano aumentati ormai a 15 miliardi globalmente. Ci sono 15 miliardi di lavori pubblici da fare; eravamo rimasti a 4 prima, ci siamo trovati a 15 miliardi per i lavori pubblici. Dopodiché si discusse, si delegò, si continuò a finanziare e oggi si parla di un'esigenza di 20 miliardi per provincia. Sono 40 miliardi che bisogna che la amministrazione trovi per finanziare le esigenze e i bisogni dei comuni. Ora qui siamo veramente sul piano delle cavallette. Non è più possibile pensare al salto della quaglia, non è più possibile pensare che il responsabile del settore dei lavori pubblici parli di anno in anno scoprendo esigenze nuove. La dinamica della vita, è vero, riserva sempre esigenze nuove, anche sorprese, soprattutto se ci si mettono di mezzo gli elementi e le calamità atmosferiche, su questo non discuto; ma non è possibile che in questo settore si produca e si operi ancora, dal momento che si è delegato, a non emanare direttive e non a provvedere alla stesura di un programma che sia vincolativo per le amministrazioni provinciali. Lei mi dirà che arrivo quando il pacchetto ormai non solo fa saltare i tralicci e le case, ma fa saltare anche gli ossari, per cui le ossa di questa regione chissà dove noi le troveremo sparse fra poco tempo. Lei mi dirà che arrivo in ritardo, però non arrivo mai in ritardo per dimostrare quanto empirismo si è sempre mantenuto vivo e costante, e come meta ultima e come strumento di lavoro, da parte della amministrazione regionale. Siamo andati avanti sempre con il paraocchi e adesso ci si dice che bisogna evitare le dispersioni, la perdita del denaro pubblico, e quindi biso-

gna dar vita a un programma che permetta di amministrare nel migliore dei modi. Ora, on. assessore, che cosa propone alla nostra attenzione? Per quello che riguarda il programma generale, già abbiamo visto le linee nebulose entro il quale esso si conduce, o abbiamo constatata la sua inesistenza. E per quello che riguarda l'intervento diretto nelle opere che competono al suo assessorato, lei sa che molto ci sarebbe da dire, ma i rapporti nostri ci impediscono di dirlo. Tante volte ne abbiamo sentito parlare: Opera Divina Misericordia, Terme di Levico, Palazzo della Regione. Lei sarà stanco di sentirlo ripetere, ed ha ragione di questa sua stanchezza. Oltretutto lei l'ha ereditata, e un uomo non può essere reso responsabile della stanchezza che altri gli trasmettono, caso mai risponderà della stanchezza propria, che ha origine in sé. E qui, che cosa vuole mai, io la inviterei soltanto a stare attento, quando si tratta di opere dai noi finanziate, a stare attento ai capitolati, ai prezzi, agli appalti, perché non è possibile che si appalti, come è avvenuto per l'Opera Divina Misericordia, per l'asfaltatura dei piazzali e delle opere interne, asfaltatura a 1200 lire. Non è possibile, perché la faccio io l'asfaltatura a quel prezzo. Lei sa che più di 600 lire per opere del genere non si chiedono, eppure nei capitolati nostri figura il prezzo di cui le ho fatto cenno prima. Ed è doveroso allora che l'assessore intervenga a vedere il perché quali motivi; come è doveroso che intervenga a vedere il perché e quali motivi, quando noi siamo costretti ad affrontare il tema dei due edifici regionali in quel di Vipiteno e in quel di Silandro, perché non è ammissibile che un ufficio tecnico regionale faccia, rifaccia e rifaccia ancora il proprio progetto per un edificio che gli compete e che questo venga poi bocciato tre volte dall'autorità provinciale. E si superi l'*impasse* affidando quello che è compito sacrosanto del suo assessorato a un professio-

nista di gruppo linguistico diverso, perché in tal modo l'autorizzazione a edificare può giungere. Questo non è assolutamente accettabile da parte nostra, on. assessore, come non è accettabile che quando il Consiglio regionale stanziava una certa somma di denaro per far fronte ad una opera, non è accettabile che il suo ufficio tecnico non tenga conto dello stanziamento, e che quanto noi tre anni fa, fine '64, avevamo previsto per Silandro e per Vipiteno, venga adoperato od impiegato in sede di progettazione soltanto per uno dei due edifici, perché questo vuol dire disattendere a quelle che sono le direttive del Consiglio regionale. Non è pensabile. E non è pensabile poter andare avanti con la tecnica ormai consolidata delle perizie suppletive. Quante sono le perizie suppletive! Ma se noi andiamo a guardare quelle del palazzo della Regione, on. assessore, ci accorgiamo che per perizie suppletive, per quello che riguarda la pittura, ad esempio, siamo andati a una cifra che era oltre alla cifra pattuita per l'intera spesa da sostenersi nella pittura delle pareti. Quindi non è pensabile che si possa andare avanti così. Lei guardi quello strano edificio costruito ad opera e per intervento dell'amministrazione regionale in Bondone, edificio di cui non sappiamo ancora la proprietà a chi compete, quante perizie suppletive per pari importo a quello stanziato per la sua definitiva costruzione, son state fatte nel corso degli anni, da parte degli assessori che l'hanno preceduta.

Ecco, io la pregherei di voler sradicare questo cattivo sistema, che mi par viva all'interno del suo assessorato. On. assessore, ho appreso che anche lei si è trovata nella esigenza — dal momento che un nobile decaduto, come prima le dicevo — si è trovata nella esigenza di vagare nelle nuvole; anche lei ci ha offerto ipotesi di lavoro. Guardi, noi avevamo preso veramente per valida la impostazione dell'as-

sessore Albertini, ci eravamo illusi qui dentro, un po' tutti, che si trattasse veramente di un programma a cui doveva far fronte l'impegno del Consiglio regionale, l'intelligenza del Consiglio regionale. Eravamo tutti convinti, tra di noi, che si trattasse di un qualche cosa di nuovo e di un qualche cosa di serio che veniva a rompere la stagnazione amministrativa di questo bilancio regionale. Ci siamo accorti dopo, nel momento della conclusione, che si trattava di ipotesi di lavoro, non di colazioni di lavoro, di ipotesi di lavoro. Ci siamo accorti che erano idee buttate là per un domani; che non c'era affatto la volontà o l'esigenza o l'impegno di mutare registro per quello che riguarda la politica regionale. E anche lei allora, su quella scia, su quella strada, se ne è uscita con il suo programma stradale che riguarda lo Stato, se ne è uscita con l'enorme massa di denaro pubblico — quanti miliardi sono? Non ricordo, tanto sono tanti — che sarebbero necessari per creare strade statali, allacciamenti fra l'autostrada e le strade statali, per mettere a posto la viabilità della provincia, per creare la viabilità secondaria. Tutte queste cose, on. assessore, anche lei ce le ha volute affidare sul piano del sogno, sul piano della poesia. Che ha corredato poi di un'altra appendice, quella delle acque, quella del catasto delle acque, quella della esigenza di operare secondo un programma sul piano degli acquedotti. E qui il discorso, on. assessore, a parte la constatazione dei miliardi necessari, ci porterebbe lontano. Quante volte la Regione è intervenuta per finanziare acquedotti nuovi, per rinnovare acquedotti superati, per ripristinare acquedotti che ormai erano stati degradati. Quante volte! Penso non esista anno del suo assessorato che non abbia visto una notevole massa di intervento finanziario in questo settore. Anche nell'ultimo bilancio, negli allegati che ci si sono consegnati, io trovo che in provincia di Trento ci son stati 21 provvedi-

menti nel settore degli acquedotti, 21 provvedimenti per 26 milioni 564 mila 930 lire, mentre in provincia di Bolzano ci son stati interventi per 34 milioni 560 mila. Ora, on. assessore, questo che cosa ci sta a dire? Ci sta a dire che proprio nell'attività del suo assessorato è venuta meno dal primo giorno la impostazione del programma. Perché lei ci insegna che la civiltà di un popolo la si constata e la si documenta da due oggetti fondamentali: dal consumo dei libri e dal consumo delle saponette. Un uomo quanto più legge e quanta più acqua consuma, tanto più è civile. Anche lei lo ha adombrato questo concetto nella sua relazione, quando ha detto che erano troppo pochi 300 litri di acqua concessi giornalmente alla nostra popolazione, perché essa si trovava a vivere per grande arco dell'anno accanto a turisti che provenendo dai paesi nordici hanno più sviluppato il senso della civiltà. In buoni termini, in altri termini, sarebbe a dire che i turisti si lavano di più della gente che li ospita. Questo mi pare che con circonlocuzione ardita il suo pensiero abbia inteso dire. E allora diciamolo. Però è dal primo giorno che esiste questa Regione, che si è provveduto frammentariamente in questo difficile e importante settore dei lavori pubblici. Non si è mai costituito un catasto delle acque, la disponibilità delle acque non la si è mai controllata, non ci si è mai accorti che per vallata il problema andava impostato e risolto. Non si è tenuto presente che soltanto perché una felicità di natura ci consente di vivere entro questa fetta dell'arco alpino, noi veniamo a disporre di un quantitativo d'acqua che i paesi della pianura non hanno e che altri paesi del meridione si sogneranno sempre. Non abbiamo però capito come le fonti dell'acqua si stiano inaridendo esattamente come le sorgenti del petrolio. Non ci siamo mai posti in mente questa realtà e abbiamo fantasticato di galattodotti, abbiamo parlato della esigenza di raccogliere

il latte che si produce nello stesso arco e nella stessa zona, per portarlo a valle e lavorarlo e raccoglierlo e distribuirlo, e non abbiamo mai pensato che la prima rete ovvia e logica, che doveva soggiacere a questa legge, era la rete destinata a distribuire quel prezioso elemento che è l'acqua. Quanti degli acquedotti che abbiamo finanziato noi, nei primi anni della attività regionale, hanno conosciuto un intervento nuovo da parte dell'amministrazione regionale, perché superati, perché inidonei, perché la popolazione è cresciuta, o perché la popolazione se ne è andata, o perché il turismo si è sviluppato, o perché un'industria si è insediata? Quante di queste evenienze ci è dato constatare? Sarebbe utile e interessante conoscerlo, on. assessore. Quindi anche qua, voi che cosa fate? Sfondate una porta aperta. Anche qui, on. assessore lei viene a documentare la inesistenza di una politica in questo settore. E la scopriamo oggi questa esigenza, perché? Perché un Presidente che più non esiste, un Presidente degli Stati Uniti d'America ha lanciato anni or sono l'allarme sull'inaridimento delle fonti idriche. Bravura! Avevamo bisogno del richiamo kennediano, delle nuove frontiere? Bastava guardare la nuova frontiera che avevano i ghiacciai nelle nostre Alpi per accorgerci come il grido d'allarme andava gettato e come il suo assessorato doveva intervenire e provvedere. Non lo si è fatto, si dice che lo si farà. On. assessore, sul latte versato dicono sia inutile spargere le lacrime, e io lacrime non spargo. Le mie non sono lacrime, le mie sono soltanto constatazioni che mi competono, perché la mia funzione di minoranza è quella di far rilevare che cosa nella attività della maggioranza non abbia mai funzionato.

Ed a proposito di funzionalità, on. assessore, mi permetto di richiamare la sua attenzione su di un problema che penso vada risolto. La legge per gli acquedotti, la legge che

consente gli interventi nel settore dei lavori pubblici, è legge delegata; le Province sono tenute a trasferire i dati che le riguardano, perché i consiglieri regionali possano essi desumere quale sia una politica e valutare quale sia la realtà di una situazione operativa. Orbene, anche in questo settore lei deve intervenire, io chiedo che lei intervenga, perché io desidero conoscere i dati della provincia di Bolzano. Io non posso essere messo nella situazione che la provincia di Bolzano riepiloga e riassume i propri interventi con una paginetta in cui c'è scritto che i provvedimenti sono stati in tutto 94 per i comuni, 22 per gli uffici parrocchiali e 10 per i consorzi, e che si sono investiti 833 milioni 272 mila lire come valore nelle opere, e che si sono dati importi per 11 milioni 260 mila lire. Questo per la legge 17. E per la legge 3, che gli interventi sono andati a 21 comuni, a 17 uffici parrocchiali, a un consorzio; e che si siano finanziate 10 opere stradali, 5 scuole e convitti, 17 edifici di culto, 9 acquedotti, fognature e cimiteri-acquedotti, fognature e cimiteri hanno una omogeneità, mi pare, di indirizzo e di intervento, ed è bene fonderli e confonderli tra di loro — 2 edifici per servizi pubblici, un allacciamento elettrico, 2 edifici per beneficenza e assistenza. Non è questo che noi chiediamo, e non è questo che si deve fare. Anche la provincia di Bolzano, come la provincia di Trento, deve dare l'elenco dettagliato dei suoi interventi. I consiglieri regionali devono essere messi nella condizione di valutare indirizzi e di valutare la bontà o la non bontà di una politica che si attua. Non possiamo sottrarre a quello che è il controllo politico che ci compete, la attività amministrativa di una Provincia. Questo ancora nel pacchetto non c'è dentro. Pertanto, on. assessore, la mia richiesta ufficiale è quella di avere gli elenchi della Provincia di Bolzano per le due leggi dei lavori pubblici, nella misura e nella

maniera in cui sono formulati dalla Provincia di Trento. E li chiedo di avere prima che termini questa sessione. Pertanto la rendo garante della trasmissione degli atti che mi sono permesso di richiedere.

Altro io non voglio aggiungere, per quello che riguarda il suo assessorato ai lavori pubblici. Per ciò che aveva attinenza con il credito, molte cose ci sarebbero da dire, ma non le dico, perché debbo rispettare quello che è il programma di lavoro di questo Consiglio regionale. Però le preciso che essendo mancata la sua risposta per questo importante argomento allorché si è chiuso l'assessorato dell'industria, desidererei sentire i suoi concetti, le sue idee, le sue osservazioni, allorché si appresterà a rispondere sulle osservazioni che le sono proposte per l'assessorato ai lavori pubblici.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, signor assessore, mentre progrediamo nell'esame di questo bilancio, si evidenziano due differenti metodi nel presentare i programmi. Da una parte gli assessori che hanno parlato per primi, l'assessore all'agricoltura, l'assessore all'economia montana e foreste, i quali non si sono impegnati in alcun modo con cifre e programmi o ipotesi di lavoro, mentre invece in un secondo tempo sembra che l'orientamento della Giunta sia quello di impegnarsi, di esprimere concreti programmi, cifre, ipotesi e propositi. L'assessore all'industria non si limita a pratici propositi o non è timido o accorto come lo erano i due assessori dell'agricoltura e all'economia montana e foreste, non sembra più scettico o pessimista come i due primi assessori; non più prudenti — io li chiamo prudenti; eccelsa virtù la prudenza in politica — non più prudenti i due assessori ai lavori pubblici e al-

l'industria, come lo furono quelli all'agricoltura e all'economia montana e foreste, ma un certo impegno lo vediamo, lo constatiamo. Riportano ipotesi di lavoro, comunque sempre qualcosa di più di quello che è stato fatto in precedenza dai primi due assessori; sono più espliciti nell'elencare e nel riportare i bisogni, anche se ipotetici nell'impostazione, anche se è irrealizzabile, a nostro modo di vedere, tale programma, anche se astrae dalla realtà finanziaria del paese, certamente dalla realtà finanziaria e possibilità economico-finanziaria di questo ente, delle nostre istituzioni autonomistiche. Questo programma, pur non proponendo alcuna soluzione concreta finanziaria, però, si proietta con un'ipoteca a venire su programmi, su piani economici finanziari che lasciano almeno intravedere la loro futura reale esistenza. L'assessore ai lavori pubblici fa quanto ha fatto l'assessore all'industria, che noi abbiamo avuto modo di criticare, per quanto positivamente da una parte e negativamente per la seconda parte, appunto per la mancanza concreta di possibilità di pianificare su una reale base finanziaria ed economica. L'assessore ai lavori pubblici direi che è convinto della bontà del sistema collaudato già dall'assessore all'industria e ne rincarà quasi la dose. Aumentano i miliardi, aumentano gli impegni, non gli impegni della Giunta, dell'assessorato, dell'Istituto che noi rappresentiamo, ma gli impegni generali su una base programmatica, dove dovrà subentrare anche il Governo centrale, lo Stato. Ma più aumentano i miliardi, altrettanto diminuiscono le prospettive per i primi programmi, quelli timidamente e prudentemente prospettati, i programmi dell'agricoltura, alla quale abbiamo dedicato uno dei posti chiave della nostra economia. Più aumentano le ipotesi di lavoro per l'assessorato ai lavori pubblici, meno reale è quindi la politica che è stata annunciata nel settore dell'economia agri-

cola e montana. Ma questi assessori timidi, incerti, più prudenti, non so se siano stati a loro volta d'accordo con la politica più coraggiosa degli assessori testè nominati dell'industria e dei lavori pubblici. Saranno questioni interne che non ci interessano. A noi interessa sapere che cosa in pratica succede; se questa è la politica generale della Regione, se questa è una politica che su un piano superiore è concordata, a parte quelle che possono essere le diatribe interne o le concorrenze fra un assessorato e l'altro. Però nel caso fosse così — sarebbe una critica doverosa e pesante che dovrei rivolgere alla Giunta — chiedo se non sia una tattica per tirare avanti, per rabbonire la opinione pubblica, o se invece sia una tattica per rendere edotti e persuasi gli organi di governo, per rendere persuasi i responsabili dell'economia e della politica del paese. Se questo metodo è rappresentato dalla volontà di aprire qualche valvola tipo art. 10, tipo art. 60, tipo art. 63 a favore delle finanze della Regione, in questo caso il sistema da noi può essere senz'altro accettato e condiviso; ma se, ripeto, fosse un sistema atto solamente a tranquillizzare l'opinione pubblica, io penso che non ne guadagnerà nessuno. Ci sarà una naturale ritorsione su quella che è la attuale politica generale del paese e quella che la Regione rappresenta, che non è altro che la sudditanza alla politica centrale. È già assodato che si vuole tirare avanti, promettendo e prospettando di anno in anno un programma dopo l'altro, una nota aggiuntiva, una dopo l'altra di queste demagogiche prese di posizione da parte governativa al centro. Cerchiamo di non correre anche noi su questa strada. Noi vi aiuteremo obiettivamente e sinceramente a sottolinearne i bisogni che sono reali, quelli descritti dal signor assessore, elaborati e studiati attraverso i propri uffici e che riteniamo senz'altro autentici e veridici in tutte le loro manifestazioni e nei loro parti-

colari. 224 miliardi 100 milioni per quanto riguarda il programma quinquennale per le opere stradali di vario tipo e di vario ordine e grado, penso che siano senz'altro veridici. I cinque e più miliardi per completare le opere degli acquedotti sono obiettivamente da accettare e da sottoscrivere. Ma non vorremmo appunto che fosse una programmazione sul tipo dei piani regolatori, dei piani urbanistici, dei piani quinquennali di sviluppo, dei piani nazionali locali, che sono stati finora una presa di posizione demagogica e niente altro. Io penso che le intenzioni di questa Giunta e del signor assessore siano ben diverse, che siano leali e che siano tali da voler fare bella figura nei confronti di quelli che sono i nostri bisogni obiettivi. Ci auguriamo che non subentrino ritardi, remore burocratiche, eventi contingenti statali o locali, che giustifichino magari un domani la mancata realizzazione di queste ipotesi di lavoro. Lo diciamo prima affinché non si approfitti e non si voglia approfittare di queste giustificazioni che sempre sono state tirate in campo, quando sono mancate le realizzazioni di importanti progetti e propositi come questi. Io chiedo se invece il signor assessore si sia voluto soffermare, anche sulle possibilità di realizzo di entrate, per far fronte alle spese di questi programmi. Si è pensato per esempio, alla modifica statutaria dell'art. 60, all'art. 10, alla modifica e riforma dell'art. 63, o ci si basa esclusivamente su eventuali assegnazioni di fondi, come quelle tanto desiderate, tanto attese, relative alla legge 614? O la fonte prospettata e attesa e desiderata è l'art. 16 della legge 614, il quale art. 16 prevede stanziamenti ulteriori oltre i 200 miliardi, a partire dall'esercizio finanziario 1967 fino al 1969? Queste sono le valide prospettive o le attese che possano dare maggiore concretezza e validità al programma del signor assessore? O sono continuamente generiche assicurazioni governa-

tive, sono programmi che vengono fatti sulla base di quelle che sono le solite espressioni che si sentono e si sono sentite da parte governativa, dove si dice: preparate i programmi che poi vedremo, verranno le relative leggi di finanziamento, Dio vede e Dio provvede? Nulla è stato detto in risposta a questo capitolo, cioè il capitolo delle entrate, per far fronte alle spese di questi programmi. Eccelsa virtù, ripeto, è la prudenza, la reticenza, ma in questo campo bisogna ben pur dire quale è la vera prospettiva che il signor assessore si è posto. Il tempo passa, le esigenze aumentano, non si fa fronte a problemi di carattere di estrema urgenza, che si determinano a seguito delle alluvioni. La insufficiente disponibilità di fondi in quei comuni dove l'evento alluvionale ha fatto più danni, la carenza finanziaria, la difficoltà in cui si trovano questi comuni, porta inevitabilmente alla creazione di nuovi problemi di ordine finanziario e di lavori pubblici. Non ci facciamo quindi nessuna illusione, non ci facciamo nessuna convinzione positiva sulle riunioni, sui comitati, sopralluoghi, convegni di studio, le consulenze, i viaggi a Roma, i contatti ministeriali, di cui continuamente veniamo a conoscenza attraverso la stampa. Non ci illudiamo sul programma di sviluppo economico, come non ci illudiamo sulla legge 614, dopo l'esperienza amara e deludente. Su quella non vogliamo pronunciarci più noi, vorremmo che si pronunciasse in questa sede la Giunta regionale, il governo regionale. Abbiamo sentito delle voci, ma non è stata denunciata la difficile situazione in cui ci si trova, causa la insufficiente o la deludente impostazione e deludente contenuto della legge n. 614. Era uno dei pochi scalini, era uno dei pochi provvedimenti finanziari sui quali ci si basava e sui quali si sperava ed è andato deluso completamente. Vorremmo, per evitare che in futuro, analoghi provvedimenti riservino lo stesso trattamento

nei nostri confronti, vorremmo che una denuncia venisse data ufficialmente dalla Giunta regionale in questa sede, circa l'insoddisfacente e il deludente contenuto della legge. Non lo dico questo con spirito polemico, ma lo dico con spirito critico, positivamente critico, proprio per evitare ulteriori trattamenti simili a quelli che sono stati riservati nei nostri confronti con questa legge. Perché non crediamo che un programma di 5 miliardi e rotti per gli acquedotti, un programma di quasi 200 miliardi per l'industria, si possa seriamente e concretamente affrontare senza che ci siano provvedimenti straordinari; e se poi questi provvedimenti straordinari si traducono in quella misura e in quei modi come è avvenuto fino adesso, le speranze di una ripresa nel nostro territorio son ben scarse. Ma non solo si deve programmare, per un certo sviluppo economico, su basi, su ipotesi di lavoro. Bisogna programmare non soltanto nel settore stradale, signor assessore, nel settore dei lavori pubblici per gli acquedotti, ecc., ci sono tanti altri piccoli settori importanti, forse non ancora ben conosciuti, non ben noti. Io mi limito a suggerire, come il cons. Ceccon, che se vogliamo che entri la civiltà ovunque nelle nostre comunità sparse in montagna e nelle nostre valli, si pensi anche alla sistemazione più a fondo di certe opere, come le fognature e la sistemazione interna di certi centri abitati, e anche l'allacciamento con strade secondarie d'accesso ai centri isolati del resto del nostro territorio, proprio sempre in considerazione della necessità di dover fare una politica che impedisca l'esodo dalle campagne.

Un altro tema dei lavori pubblici che mi preme far presente è quello dei rifiuti solidi; questo non è un programma del comune di Trento, di Merano, di Bolzano, è un problema, torno a dire, di carattere generale. Lo scarico di questo tipo di materiale diventa un problema non solo sanitario, non solo civile,

non solo di tutela del paesaggio, ma diventa — io vorrei che ci fosse qui l'assessore all'economia montana e foreste; in fin dei conti anche l'assessore ai lavori pubblici è interessato per una parte — diventa un tema di portata provinciale, regionale, di competenza proprio dei lavori pubblici o di sistemazione idraulico-forestale, che esige una sua propria impostazione, perché, non essendo mai stato affrontato, presenta degli inconvenienti gravi, non solo estetici, paesaggistici, turistici ed economici in genere, ma diventa un problema grave per la disciplina idrogeologica e idraulica dei torrenti. Lo scarico indiscriminato di questo materiale, la mancata possibilità di intervento, mancando le competenze alla Regione per quanto riguarda la pulizia idraulica, porta inevitabilmente, come ha portato, a un dissesto, un disordine idrogeologico. Oltre tutti gli altri aspetti, questo, per quanto riguarda il mio punto di vista, riveste una particolare importanza. Non nei comuni grossi, ma in quasi tutti i comuni, in quasi tutti i centri abitati, succede che la indisciplinatezza porta a degli inconvenienti che poi costano all'ente pubblico danaro per intervenire a sistemare i danni provocati dalle acque. C'è un altro problema, signor assessore, ed è quello dell'inquinamento delle sorgenti, provocato dalla mancata possibilità di far defluire o scomparire l'inquinamento provocato dalle fognature. Problema di sanità. Dove indiscriminatamente questo avviene e sono state registrati degli inconvenienti per l'inquinamento, questo problema attuale e moderno dovrà essere affrontato per garantire una maggiore tranquillità per quanto riguarda le sorgenti d'acqua potabile e la diffusione di malattie, ecc. Ma c'è un altro problema, ancor più importante e che qui da noi non è ancora stato minimamente esaminato: è il problema derivante dai pericoli di diffusione su vasta scala degli impianti ad olio combustibile. A questo proposito io

vorrei dire che legislazioni europee hanno già severissimamente controllato e stanno severissimamente controllando questo particolare settore. A noi sembra ancora inverosimile ed assurda una legislazione di questo tipo, mentre invece dovrà essere quanto prima affrontata, proprio nel nostro territorio accidentato di montagna, dove c'è il pericolo dell'inquinamento delle sorgenti d'acqua potabile causato da questi impianti ad olio combustibile, da questi serbatoi per i riscaldamenti e per le industrie, ecc., le cui perdite possono costituire grave pericolo, non come quello derivante da inquinamenti delle sorgenti ad acqua potabile da parte delle fognature, ma di diverso ordine molto più serio e molto più pericoloso.

Io, detto questo, ripeto solo che per fare una politica e per fare un programma di questo tipo, necessitano i mezzi. Sono prevedibili concretamente questi mezzi? E allora va bene, altrimenti torna nuovamente attuale quello che abbiamo proposto, a titolo così di cronaca, per dimostrare che non è sufficiente programmare quando non si hanno i soldi, ma bisogna far lavorare la nostra fantasia in varie direzioni. E torna attuale quello che ho voluto dire al signor assessore all'economia montana, cioè di fare in modo che in aiuto a questa nostra misera economia — ho parlato dei bacini montani, ho parlato della situazione montana in genere; ora parlo di opere pubbliche post alluvionali e non post alluvionali — intervengano i militari. Quel giorno si sorrise in quest'aula, in questa sede, eppure nell'enciclica papale, l'appello ai giovani, nella « *Populorum progressio* », al punto 74, è poi in fin dei conti quello che io stesso dissi in quella stessa mattina, ancora prima che uscisse e fosse resa pubblica questa enciclica . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Sei a contatto diretto col Vaticano!

PRUNER (P.P.T.T.): Ho anticipato . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

MITOLO (M.S.I.): Credete di esserci solo voi comunisti in filo diretto col Vaticano. È anche lui, sì.

MOLIGNONI (P.S.U.): Noi soli siamo a filo diretto col Vaticano!

MITOLO (M.S.I.): Ecco, appunto!

PRUNER (P.P.T.T.): Avemmo modo di dire che quando la casa brucia, bisogna cercare ogni e qualsiasi sistema e mezzo per evitare che proprio bruci completamente. Abbiamo detto: si faccia ricorso a qualsiasi possibilità e forza. Ho detto dei militari e si sorrise. Ripeto che non c'era niente da sorridere. Il Papa dice: « Ci rallegriamo nell'apprendere che in talune nazioni il servizio militare può essere scambiato in parte per un servizio civile, un servizio puro e semplice, e benediciamo tali iniziative e le buone volontà che vi rispondono ». Non sorridete un'altra volta se io vi dico che non è più nè sociale nè moderno che si mantenga un esercito, che è indispensabile, perché senza di quello la nostra esistenza è sempre posta in pericolo, ma per il quale si spendono più di mille miliardi e che non si cerchi con la nostra fantasia, pur riconoscendo tutti i meriti e tutti i crismi della necessità a questo settore della spesa pubblica e a questo tipo di servizio e di difesa della nazione, non si cerchi la produttività anche di questo servizio di fronte a estreme situazioni di urgenza e di disagio come quelle attuali. Bisognerebbe eliminare certe storpiature, certi sistemi antiquati in questo servizio, come quello, per esempio, di mantenere l'attendente al capitano, l'attendente allo

ufficiale, che porti a scuola i ragazzi, come succede quotidianamente, che porti la signora del capitano a fare le spese in città, a spese della collettività, mentre in montagna, di fronte ai danni provocati dalle alluvioni, nella montagna del militare che fa questo servizio inutile, le opere pubbliche vengono posticipate, vengono trascurate proprio in virtù e in forza di un sistema che non è nè sociale, che non è moderno, ma che direi è medioevale. Perciò ho dovuto essere un po' più chiaro nella mia proposta e nella mia richiesta, per non essere frainteso.

MITOLO (M.S.I.): Abbasso gli attendenti, evviva le serve, eh Pruner!

PRUNER (P.P.T.T.): Esatto. Detto questo io aggiungo solo che mi auguro che, ciò considerato, si faccia tutto il possibile per portare avanti un programma concreto; lo si porti avanti con i mezzi che realmente e concretamente sono a disposizione e, se non ci sono sufficienti mezzi, si ricorra anche a sistemi innovatori e riformatori di quella che è la moderna e attuale impostazione di lavoro nei servizi in genere, per recuperare qualche cosa che possa ripristinare e riportare la nostra economia a un livello più decoroso, più degno che non l'attuale, che fra il resto è quello della emigrazione, emigrazione che noi abbiamo denunciato in sede di discussione generale al bilancio e non abbiamo avuto l'onore di avere una risposta fino adesso, nel senso di sapere quali sono le dimensioni di questo fenomeno. Ripeto: se andremo a ricercare i mezzi, i metodi di intervento con la nostra fantasia, con sistemi diversi da quelli che sono stati adottati finora, qualche cosa si combinerà, ma altrimenti la nostra posizione è quella di scetticismo nei confronti di una impostazione eccessivamente ambiziosa come è questa.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor assessore mi consentirà di riprendere in seduta pubblica alcuni temi che sono stati appena appena sfiorati in sede di commissione regionale al bilancio e che come tanti altri non hanno trovato neppure l'onore di avere un cenno nella relazione della commissione stessa, relazione che per il suo assessorato è estremamente sbrigativa. Si dice che la commissione, a proposito dell'assessorato ai lavori pubblici e al credito, ha preso in esame il rifinanziamento della legge regionale n. 17 sui lavori pubblici, che fra il resto era anche uno dei cardini, per questo settore, previsti nella stessa relazione del signor Presidente della Giunta regionale: il coordinamento dell'attività fra gli organi dello Stato, della Regione, delle Province per quanto concerne la viabilità della Regione. E così sbrigativamente il suo assessorato è stato liquidato con due notizie di cronaca più che di relazione. Ora in quella occasione, quando si è parlato in sede di commissione, io avevo fatto presente a lei, signor assessore, alcuni problemi non di natura particolare, ma proprio di impostazione della politica dei lavori pubblici della Regione. E li debbo evidentemente ripetere qui, sperando che abbiano, nella sua risposta, l'onore di un consenso o di un dissenso, da parte sua e da parte della Giunta. Innanzi tutto io non concordo con chi dice che l'assessorato regionale ai lavori pubblici è stato liquidato, o per lo meno non credo che questa sia la posizione che inevitabilmente l'assessorato regionale ai lavori pubblici ha. Di fatto, mi consenta di dirlo, non lo colga come una critica alla sua persona e alla sua azione, ma purtroppo di fatto, fino a questo momento, da quando è intervenuta la delega alle Province, l'assessorato ai lavori pubblici della Regione è come fosse ine-

sistente. Non penso che sia una grande gloria dell'assessorato quella di avere a disposizione quegli alcuni capitoli con le briciole del bilancio per aiutare il comune X o il comune Y — cose utilissime peraltro — a fare il progetto di un'opera pubblica che il comune stesso con i propri mezzi non riuscirebbe a fare, o qualche altra iniziativa anche pregevole, come quella che lei ha annunciato; così questi, che purtroppo si sente sono nient'altro che ipotesi di lavoro invece che programmi veri e propri, anche per la macroscopicità degli impieghi di danaro che essi prevedono. Ma potrebbe essere diversa la situazione dell'assessorato ai lavori pubblici della Regione, purché l'assessore ne avesse voglia e la Giunta regionale ne avesse voglia; purché la Regione volesse effettivamente, pur in presenza di una delega per l'esercizio delle funzioni amministrative lasciata così alle province di Trento e di Bolzano, continuare a mantenere la potestà, che statutariamente ha, di occuparsi del settore dei lavori pubblici. Mi pare che voi non solo avete passato alle Province i fondi da amministrare, ma vi siete anche svestiti, vi siete levati giacca e camicia e tutto per ridurvi in una condizione francescana di umiltà pregevole sul piano morale, ma tutt'altro che pregevole sul piano amministrativo e positivo. È proprio vero che la delega data alle due Province di Trento e di Bolzano, attraverso la legge 17, taglia fuori la Regione da qualsiasi possibilità di azione nel settore dei lavori pubblici? Non è affatto vero. Lo è perché voi lo intendete così, ma a senso di diritto non è affatto così, non lo è. Voi purtroppo avete rinunciato a qualsiasi politica dei lavori pubblici, vi preoccupate soltanto di cercare di ammannire i mezzi e i fondi, di fare degli studi, di dire: occorrerebbero decine e decine di miliardi; vi siete ridotti a sentire le rampogne da parte delle Province, che naturalmente vi rimproverano in

una maniera i fondi insufficienti per quelle che sono le richieste che esse stesse ricevono, ma poi il modo in cui questi fondi vengono impiegati, i settori di priorità in cui questi fondi vengono impiegati, un piano coordinato razionale, non mi risulta che voi l'abbiate raccomandato alle Province non mi risulta che voi abbiate dato delle direttive come nell'istituto della delega è possibile fare, non mi risulta che abbiate fatto neanche un'opera di controllo sul modo in cui le Province impiegano questi fondi della Regione, avete liberato la corsa di questi altri due enti, e vi limitate a star a vedere che cosa succede. E che cosa succede, signor assessore, è qualche cosa che non può essere approvato da noi e non è approvato neanche da parte di numerosi cittadini della regione Trentino-Alto Adige. Io non voglio andare a fare i conti in casa altrui, perché ormai le due Province sono diventate case diverse e divise — se n'era lamentato anche nel suo precedente intervento il cons. Ceccon — per cui della provincia di Trento qualche notizia abbiamo, della provincia di Bolzano ci si dice: voi state bravi, siete consiglieri regionali, ma di una regione che arriva fino a Salorno, più in su di Salorno non avete più niente da fare. Questa è la realtà di fatto. E allora io mi limiterò, anche in mancanza di notizie e di dati precisi, a esaminare un poco la politica dei lavori pubblici in provincia di Trento; lo farò in provincia di Trento, quando si parlerà del bilancio provinciale, ma lo devo fare anche in questa sede, perché io ritengo che con la delega l'assessorato regionale ai lavori pubblici non abbia perduto la competenza, la potestà, il diritto e il dovere di intervenire nel settore dei lavori pubblici stessi. Io vorrei — ho fatto anche richiamo in sede di commissione, purtroppo non l'ho portato oggi, sarebbe stata una lettura estremamente edificante, specialmente in una seduta pubblica — avrei voluto portare con me il te-

sto di un discorso che l'avv. Bruno Kessler, Presidente della Giunta provinciale di Trento ha tenuto ad una riunione degli amministratori comunali democristiani della provincia di Trento. E in quell'intervento, realista com'è — al collega Kessler si possono fare tante osservazioni, non si può fare l'osservazione di non essere realista — realista com'è ha fatto un quadro di quella che è la situazione dei servizi pubblici in provincia di Trento. E questo quadro l'ha fatto in provincia di Trento. E questo quadro l'ha fatto con un intento, dinanzi agli amministratori; con l'intento di dire agli amministratori comunali: guardate che voi dovete smettere la politica della proliferazione dei comuni — politica per la quale l'avv. Kessler deve battersi le mani come tutti i membri della democrazia cristiana, perché è stata voluta dal 1948 in poi dalla D.C. questa politica di moltiplicazione dei comuni per sporogenesi, si direbbe con un termine biologico — dovete smettere con questa politica di moltiplicazione dei comuni, e passare invece a una politica completamente opposta — se ne riparlerà poi quando tratteremo dell'assessorato retto dal dott. Fronza —, ad una politica diametralmente opposta, che è quella della unificazione dei comuni. Necessità di creare comuni di una certa consistenza territoriale, di una certa consistenza di abitanti, per avere anche una certa consistenza finanziaria ed economica, perché questa situazione che avete creato voi democristiani, a lungo andare ha rivelato quello che era inevitabile, quello che molti delle parti non di maggioranza sono andati dicendo fin dal 1948: ha creato la istituzione di comuni tisici, di comuni asfittici, per meglio dire, comuni che non sanno assolutamente se non fare quella piccola, esigua gestione, che le loro entrate consentono e permettono. Per convincere questi amministratori comunali della necessità di tornare all'indietro l'avv. Kessler ha presentato qual'è lo stato vor-

rei dire di inciviltà, in cui versa ancora la provincia di Trento. E io, altre volte, in altre occasioni, da quando ho letto quella relazione, ho ammonito dovunque ho potuto i miei concittadini della provincia di Trento a smettere di credere che noi viviamo in una specie di paradiso terrestre. Abbiamo delle zone che non hanno nulla da invidiare alla situazione di regresso e di umiliazione economica e civile, quale si trova nell'Italia meridionale, nella Calabria, nella Sila. E questo non è un giudizio mio, questo è un giudizio che dà il Presidente della Giunta provinciale di Trento. Se avessi qui i dati, ma qualcuno credo di ricordarlo a memoria, sono tali da doverci mettere le mani nei capelli. Quando si dice che 33 mila abitanti in provincia di Trento vivono ancora senza avere l'acqua potabile nelle case; quando si dice che circa 40 mila abitanti della provincia di Trento vivono senza avere i servizi di fognature. Questi sono dati forniti dall'assessore, dal Presidente della Giunta provinciale Kessler, non dati elaborati dalle cattive opposizioni, dalle minoranze che vogliono sempre criticare. E mi sono limitato semplicemente a questi due esempi: acqua potabile e fognature, che mi pare siano il minimo indispensabile per poter dire che siamo a un livello in cui può incominciare una vita civile. Se mancano questi due servizi, direi che proprio è meglio che la smettiamo di fare il paragone con la Calabria e con la Sila, ed è meglio che cominciamo a fare il paragone con alcune zone della provincia di Trento. Ora, signor assessore ai lavori pubblici, lei domanda il denaro, lo domanderà con una legge, qui si dice che sono già accantonati 100 milioni per il rifinanziamento della legge 17. Cosa intende fare? Li dà questi denari alle Province, senza nessuna direttiva, lasciando che le Province facciano quello che credono? Che cedano maga a delle istanze, necessarie anch'esse io non lo dubito, perché è sempre meglio avere un bel-

l'edificio scolastico piuttosto che averne uno brutto, ma è, credo, altrettanto più necessario avere l'acqua potabile che arriva nelle case, piuttosto che dovere andare ancora con il secchiello alla fontana pubblica; è necessario avere un servizio di scolo delle acque putride e dei materiali di rifiuto, che non ci metta in certe condizioni che sono veramente vergognose. Ora basterebbe questo, signor assessore; basterebbe dire che dopo venti anni di autonomia regionale e dopo venti bilanci nei quali le somme delle entrate e delle spese sono state sempre, vorrei dire, divise 45% all'agricoltura i primi anni, 45% ai lavori pubblici e 10% al resto, per dire che la politica dei lavori pubblici fatta dalla Regione è stata sbagliata, non potrei neanche dire questo, ma è rimasta incompleta, è rimasta monca. La politica dei lavori pubblici in Regione — e non vi dolga se io torno su questo tasto e su questo argomento — ha permesso la costruzione della meravigliosa casa dello studente dell'arcivescovile nella città di Trento . . .

SALVADORI (D.C.): È vecchia!

CORSINI (P.L.I.): È vecchia ma è la verità. Ha permesso questo, ma ha lasciato 33 mila dei nostri concittadini nel 1967 nella condizione di non avere ancora l'acqua potabile e le fognature. Questa è la politica dei lavori pubblici che avete fatto. Non le pare che dopo venti anni valga la pena di prendere in esame questo problema? Non le pare che al di là di quello che è stato lo sciorinamento di cifre necessarie e di ricerche e di studi — piano degli acquedotti, piano di questo, piano di quest'altro — ci sia qualche cosa di estremamente più modesto da fare, ma di estremamente più urgente? Di sanare queste situazioni di inciviltà che esistono ancora nella regione? Questo mi pare che debba essere detto, e io non riterrò

mai sufficiente e mai approvabile una politica dei lavori pubblici della Regione, che si disperda in grandi piani, senza curare di medicare quelle prime piaghe e quelle prime ferite, che quando si vedono fanno venir vergogna a noi stessi, a noi tutti che siamo amministratori di un bilancio in cui trovano stanza anche spese di questo tipo.

Così il gruppo liberale, lo diciamo fin dall'inizio, non è affatto portato a dare il suo consenso nè in questa sede, nè nel momento in cui verrà presentato il disegno di legge per un rifinanziamento *sic et simpliciter* della legge regionale n. 17, se essa fosse mantenuta e qui non ci sono notizie che si verrà a mutare lo spirito della legge stessa — se essa fosse mantenuta così come è stata la legge 17 che ci vuole rifinanziare. Noi crediamo che la Regione debba svolgere, anche con l'istituto della delega, una propria politica dei lavori pubblici, e crediamo che lei abbia una responsabilità politica e una responsabilità morale di andare a vedere quelle situazioni, dove la politica delle Giunte provinciali non è arrivata a coprire quei vuoti che voi avete lasciato dal passato e che devono essere immediatamente coperti. Per questo, in sede di commissione, io le avevo domandato se lei aveva intenzione di elaborare una proposta di legge, che riservasse all'assessorato regionale, indipendentemente dalla prosecuzione della esecutività e della operatività della legge 17, riservasse all'assessorato regionale la possibilità di un intervento diretto, e naturalmente che fornisse anche i mezzi per questo intervento diretto, in modo che la Regione potesse svolgere questa sua politica dei lavori pubblici direttamente e indirettamente attraverso una serie di direttive e attraverso il necessario successivo controllo alle Giunte provinciali perché esse impieghino i mezzi derivanti dalla legge 17, dal rifinanziamento della stessa, in modo tale da riequilibrare queste disastrose

condizioni di squilibrio territoriale ed umano che si rivelano anche all'interno della regione Trentino-Alto Adige e, per quanto conosco più direttamente, all'interno della provincia di Trento. Ci pare che un intervento di questa natura sia assolutamente necessario, anche perché, me ne rendo conto, le Giunte provinciali sono ossessionate da questo problema dei lavori pubblici e qualche volta devono cedere di fronte a delle richieste che sono più grandi e dimenticano invece di coprire le richieste minori e quelle che sono più evidenti e che reclamano più direttamente un immediato intervento. Gradiremmo che in questa legge regionale si facesse richiamo alla eccezionalità degli interventi, eccezionalità che dovrà essere chiaramente indicata nel disegno di legge stesso. Innanzi tutto la eccezionalità di quando si tratta di importi modesti, perché noi vediamo che con importi modesti si potrebbero risanare gravi situazioni e non vengono trovate neanche queste briciole di danaro pubblico; e che questa eccezionalità fosse riservata ai lavori attinenti ai servizi essenziali, trascurando magari momentaneamente interventi di altra natura, che possono pur essere utili, ma che possono attendere o che non sono così evidentemente chiari. Servizi essenziali per quanto riguarda particolarmente le strade, gli acquedotti e le fognature; e che la legge prevedesse la possibilità della Regione di intervenire in situazioni che sono anomale. Ci sono dei lavori pubblici che continuano ad essere scaricati. Il Comune dice: ma è competenza mia fino a un certo punto; la Provincia: ma quella non è una strada provinciale, perciò io non ho la possibilità di intervenire. Si va in sede di commissariato del Governo, perché magari è una ex strada militare e ci si sente rispondere picche anche lì. E intanto abbiamo frazioni, come quelle che ho nominato più di una volta, che vivono isolate, fuori dal mondo. Perciò possibilità di intervenire in queste

situazioni anomale, e naturalmente i destinatari di questi interventi e contributi, vuoi in conto capitale, vuoi in conto interessi, siano solo ed esclusivamente i comuni. Troppo danaro è andato ad altri destinatari, legittimamente e illegittimamente, come ci ha fatto notare il Governo al momento in cui ha approvato la legge 17; il Governo ce lo ha fatto notare con molta franchezza. E questi interventi siano poi riservati ai comuni poveri, ai comuni piccoli, ai comuni che non hanno neppure la possibilità di ricorrere a mutui, perché non hanno mezzi di delega, di delegazioni e via dicendo. E gradiremmo che questo disegno di legge potesse prevedere un aumento di quelli che sono i contributi in conto capitale, piuttosto che i contributi in conto interessi, e che per casi eccezionali, veramente eccezionali e meritevoli, il contributo in conto capitale possa arrivare al di sopra anche del 70%, avvicinarsi al massimo necessario per la esecuzione dell'opera. Tutte queste cose, meno analiticamente, le avevo più o meno esposte in sede di commissione, e allora, signor assessore, non ho avuto se non delle assicurazioni generiche da parte sua. Io mi auguro che in questa sede lei possa dire qualche parola più esplicita, e più di tutto, signor assessore, mi auguro che i grandi piani e i grandi progetti e programmi per il futuro siano magari ritardati, se volete ancora di un anno, e che in quest'anno si provveda semplicemente a prosciugare quelle indegne piaghe del vivere civile che esistono ancora nel Trentino, che esistono in provincia di Trento. Io lo so che se incominciassi qui a fare una esemplificazione, alla quale son tentato di giungere proprio per denunciare in sede pubblica uno stato di cose intorno al quale pare che il potere delle autorità regionali e delle autorità provinciali si sia spuntato e si sia fermato, molti di parte vostra, di parte democristiana, direbbero: ecco, ancora si torna con il consueto e-

sempio della situazione del comune di Trambileno. Sì, lo so, ma forse proprio per questo, forse dovendo cedere a un imperativo del dovere, è bene che si sappia in seduta pubblica come, ad esempio, una zona alle porte di una città, viva ancora in uno stato miserevole e sia stata completamente dimenticata e trascurata e da voi Regione e dai vostri colleghi in Provincia di Trento, da coloro che siedono sui banchi della Giunta provinciale. È dall'anno 1963 che porto le continue lagnanze di questa popolazione, che vive in una delle zone meno favorite dalla natura, all'interno di una valle tutt'altro che ricca e tutt'altro che bella, servite da strade, specialmente nelle frazioni, nelle quali e per le quali si rifiuta di passare il medico condotto, se è chiamato di notte; non servite neppure di una sufficiente rete di illuminazione pubblica, con un acquedotto che è stato visto dal medico provinciale e che attraverso i rubinetti delle case lasciava uscire non soltanto l'acqua ma grovigli di lombrichi. Questa è la verità . . .

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Si sono finanziati 3 acquedotti in Vallarsa e . . .

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): . . . La strada per andare alla frazione di Cabianche non mi risulta che sia stata ancora toccata. È stato fatto non per intervento della Regione, ma su una legge dello Stato, è stato fatto uno sbancamento di una roccia in una strada vicina e ivi gli operai che la mattina si recano a Rovereto per il lavoro corrono giornalmente il pericolo di infortuni, e un infortunio piuttosto grave è già avvenuto . . .

SALVADORI (D.C.,: *(Interrompe)*).

CORSINI (P.L.I.): Sì, e il sindaco ha risposto all'assessore Segnana che non ha tempo di venire a Trento. E allora che cosa fanno le autorità? Allora le autorità devono in un qualche modo sostituire il sindaco e mandare un commissario al Comune, se il sindaco non ha la volontà di accudire a situazioni di questa natura . . .

AGOSTINI (P.L.I.): È andato nella vostra sede della democrazia cristiana il sindaco, perché la sede vera è in via S. Francesco d'Assisi, la sede della Regione e della Provincia!

(INTERRUZIONI)

CORSINI (P.L.I.): Ora, signor assessore, io ho voluto darle solo un esempio, ma evidentemente le 33 mila persone di cui parla il Presidente Kessler nella sua relazione non vivono soltanto a Trambileno o a Cabianche o agli Spini di Trambileno, vivono anche in altri luoghi della provincia di Trento. A questo vorremmo provvedere, o le lasceremo lì ad aspettare ancora e a convincersi che quell'unico sogno, oltre a quello di natura politica, che poteva essere sognato con la autonomia regionale, quello della immediatezza degli interventi da parte dell'ente pubblico, è stato anch'esso un sogno di tradimento invece che di realtà. Questo le nostre popolazioni speravano dall'autonomia e questo si continuava a sentir dire: ogni volta in cui c'è bisogno di svolgere una pratica con Roma bisogna aspettare mesi e mesi ed anni e fare viaggi e pregare il tal direttore generale e via dicendo. Che cosa ha fatto l'autonomia in questo senso di meglio di quello che era il potere centrale? Che cosa, se esistono ancora situazioni di questo genere? O voi non le conoscete, come non conoscevate questa situazione, per dichiarazione vostra, dai banchi della Giunta provinciale di Trento, o le conoscete

e non avete la volontà di intervenire. I motivi li lascio dire a voi, io non faccio il processo alle intenzioni.

AGOSTINI (P.L.I.): Terragnolo non vota D.C. ed è per questo che non si interessano!

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Di sciocchezze!

(*INTERRUZIONI VARIE*)

AGOSTINI (P.L.I.): Questo è il fatto, caro Carbonari! . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

CORSINI (P.L.I.): Se lei vuole svestirsi completamente, non tanto dei suoi poteri o dei suoi diritti, quanto dei suoi doveri, continui a fare questa delega indiscriminata alle Province; se invece ritiene di poter intervenire, come è suo dovere, in situazioni di questo tipo, si mantenga una disponibilità di mezzi per il suo assessorato e abbia una legge che le consenta di intervenire direttamente, oppure se questo le Province non le consentiranno, obblighi la Giunta della quale fa parte a dare delle direttive per l'intervento nel settore dei lavori pubblici e ad osservare poi che queste direttive siano effettivamente rispettate. Gli studi sono una splendida cosa, una bellissima cosa, il catasto degli acquedotti, il catasto delle fognature, una bellissima splendida cosa, ma non è con questi studi che si risana la situazione delle nostre popolazioni.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante. Lei ha detto che sarà breve, no?

VINANTE (P.S.U.): Il gruppo socialista

ha riconosciuto sempre valida la politica dei lavori pubblici, l'ha sostenuta, l'ha difesa, appunto perché riteneva che questa politica doveva sottrarre da uno stato di estremo disagio molte popolazioni. Però il gruppo socialista ha sempre sostenuto anche il principio della priorità delle opere. E ciò ancora fin dal 1948, quando la Regione ha introdotto e inserito questa politica nelle sue attività di primaria importanza. Il partito socialista ha sempre affermato il principio che si debba stabilire una graduatoria delle opere da realizzare, secondo i bisogni maggiori delle popolazioni. Quindi acquedotti, strade, fognature e così via. Il problema quindi è sempre stato tenuto da noi nella massima considerazione, e questo convincimento non fu solo di allora, questo convincimento è di oggi e questo convincimento è di domani; e vogliamo dire a coloro che ci hanno chiamati in causa che il nostro atteggiamento sarà sempre lineare su quella politica che noi abbiamo avanzato e che abbiamo sostenuto anche per il passato. Difatti nelle discussioni politiche che noi abbiamo avuto con il partito di maggioranza per la creazione della Giunta regionale di centro-sinistra, abbiamo inserito negli accordi programmatici, la questione dei lavori pubblici, la necessità di creare una programmazione.

AGOSTINI (P.L.I.): Però tutto è rimasto sulla carta! . . .

VINANTE (P.S.U.): Cons. Agostini, guarda che la possibilità di premere il campanello per risolvere il problema, lo hanno solo i liberali. Questo privilegio tenetevelo, ve lo lasciamo, perché sappiamo che voi risolvete tutto.

AGOSTINI (P.L.I.): Siete voi nella stanza dei bottoni.

VINANTE (P.S.U.): Quando ci siete sta-

ti voi, avete fatto ben poco, se è per questo . . .

(*INTERRUZIONI VARIE*)

VINANTE (P.S.U.): Bè, è simpatico, niente di male. Ora vorrei dire questo: che quel convincimento, quegli accordi politici sono validi anche oggi. Noi diciamo con estrema franchezza che non approveremo la legge di finanziamento sui lavori pubblici se non sarà stato affrontato il problema della programmazione, il problema della priorità. Questo sia ben chiaro, perché mi pare che soprattutto dalle opposizioni si vada sempre a cercare qualche spunto per colpire soprattutto il gruppo socialista.

Io penso che questa dichiarazione sia stata necessaria, perché anche stamane sono sollevate delle obiezioni e delle accuse che non hanno alcuna ragione di essere. Quindi di questo argomento verrà riportato nuovamente in Consiglio al momento in cui si parlerà della legge sul finanziamento.

Le esigenze nel campo dei lavori pubblici sussistono, lo sappiamo. Ci sono delle situazioni veramente critiche, veramente dolorose. Ci sono dei centri che non hanno ancora quelle infrastrutture che sono di eccezionale importanza, quale per me è la strada, quale per me è l'acquedotto. Si dovranno affrontare in questa direzione, e in ordine prioritario queste opere per aiutare molte popolazioni a risollevarsi dalla loro situazione. Certi paesi non sono ancora collegati con le reti stradali provinciali o statali e vivono completamente isolati. Quindi riteniamo che gli interventi dei lavori pubblici debbano continuare, perché ci sono ancora notevoli bisogni; ci saranno ancora per l'avvenire e noi daremo senz'altro il nostro appoggio, noi daremo senz'altro la nostra approvazione a questa continuità, naturalmente con-

dizionata a quelle esigenze e a quei bisogni.

Oltre a questo si sono verificati nell'autunno scorso le alluvioni, le quali hanno veramente tolto la possibilità di poter soddisfare le esigenze e i servizi delle diverse popolazioni. La Regione ha cercato di affrontare questo problema nel miglior modo possibile, ma i mezzi non saranno certamente sufficienti.

Io ho avuto occasione di intrattenermi anche con il signor assessore, il quale ha promesso — e io sono certo che lo farà — di affrontare il problema con la massima celerità. Ci sono dei comuni che effettivamente si trovano in gravi difficoltà, privi di mezzi e quindi nella impossibilità di affrontare queste attuazioni. Il signor assessore ha dato tutte le assicurazioni di dare l'appoggio massimo a questi comuni, sia anche offrendo dei tecnici nella eventualità che ci siano delle difficoltà.

Ora, concludendo — io mi ero ripromesso di essere molto breve, perché gli impegni di arrivare alla approvazione del bilancio devono essere osservati, se si vuole effettivamente rispettare i termini —, concludendo, io raccomando al signor assessore, per questa parte soprattutto, di cercare di sburocratizzare il più possibile il lavoro e di facilitare nel miglior modo il ripristino di queste opere. In questo modo le popolazioni colpite potranno riprendere fiducia in se stesse e nelle istituzioni pubbliche, particolarmente nella Regione.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Riprendiamo alle ore 15.

(Ore 12.35).

Ore 15.10.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Martinelli.

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): Signor Presidente, egregi colleghi, signor assessore, sul tema della viabilità in particolare su cui intendevo intrattenermi è già stato parlato a lungo e pertanto io sarò piuttosto breve. Comunque desidero lo stesso soffermarmi su questo argomento, in particolare mettendo in evidenza quella che può essere l'importanza della viabilità per quelle zone di sottosviluppo, quelle zone depresse, che pur nell'area della nostra regione, che può essere considerata depressa rispetto ad altre regioni italiane, zone sono tuttavia che possono nell'interno stesso della nostra regione, essere catalogate diversamente. Ora non sfugge a nessuno l'importanza del problema viario, per lo sviluppo appunto armonico della società. Di viabilità si è già parlato e lei, signor assessore, ha anche esposto in cifre di miliardi quelle che sono le necessità per la realizzazione di un piano viario di competenza statale, di competenza provinciale, di competenza comunale. Io non posso tralasciare però questa occasione per sottolineare quanto si ritenga essenziale per lo sviluppo economico e armonico delle nostre popolazioni, specie appunto per queste zone depresse a cui io mi voglio richiamare, questo particolare problema. Gli squilibri che noi sentiamo e che spesso si sentono ricordati in interventi sui giornali, in riunioni, sono squilibri che risalgono a fattori differenti senz'altro, ma in cui tuttavia la questione delle strade è credo uno spunto essenziale per risolvere questi squilibri. Noi assistiamo a richieste diverse e senz'altro tutte lodevoli, tutte considerevoli, nei diversi settori per lo sviluppo della società. Abbiamo sentito parlare dell'industria, abbiamo sentito parlare di agricoltura. Riteniamo comunque che per qualsiasi zona, per qualunque zona, la questione delle strade è la soluzione primaria che si deve dare per introdurre una vivacità di idee, un fermento di innovazione, che può allegge-

rire quella che è una stasi che pesa gravemente su determinate zone nostre e che può contribuire a equilibrare, nell'interno della nostra regione, vallate più ricche, più beneficate e vallate meno beneficate. Gli squilibri che noi sentiamo spesso denunciati fra regione e regione, fra zona e zona, si possono vincere innanzitutto, riteniamo, con una buona viabilità che favorisca gli scambi, che diminuisca i tempi di percorrenza e che renda questi percorsi più sicuri, facili, ne faciliti poi il commercio e contribuisca a distribuire quelle schede turistiche che spesso, di fronte a una strada dissestata, girano la macchina e scelgono altri itinerari. E non sembri questa mia dizione un qualche cosa di banale, perché veramente qualche volta ci troviamo di fronte a certe nostre strade piene di buchi, strade magari non ancora asfaltate; e non parlo senz'altro delle strade di carattere comunale, mi riferisco in particolare proprio a strade di competenza statale, di interesse statale, in amministrazione praticamente all'ANAS. Il piano di sviluppo quinquennale, che si propone di superare appunto gli squilibri fra zone povere e zone ricche, mette in evidenza un programma di strade a cui guardiamo con simpatia. Io mi voglio soffermare in particolare sulle strade di competenza dell'ANAS, perché dobbiamo dire che le due Province hanno fatto qualcosa di encomiabile, nella possibilità che loro era data, hanno fatto qualcosa che superava talvolta le forze di cui disponevano, però specialmente per quanto riguarda l'ANAS c'è talvolta da doversi lamentare. Mi riferisco in particolare senz'altro alle zone che io conosco un pochino di più. Voglio qui ricordare le Giudicarie, come potrei ricordare qualche altra zona. Voglio ricordare due particolari, tanto perché il mio parlare non sia generico: nella fine dell'ottobre 1965, alla fine dell'autunno '65, dopo una notevole piovuta, potremmo dire quasi una mezza alluvione, era

stata asportata parte della sede stradale, strada ANAS, che da Trento porta a Tione, in vicinanza del bivio che porta a Ragoli. Ci con voluni 7-8 mesi prima che l'ANAS provvedesse a riattivare la circolazione sulle due carreggiate, e si è arrivati all'autunno '66 prima che fosse riattivata questa circolazione. Poi ricordo un altro particolare: cinque o sei anni fa una strada che la provincia di Trento allora stava sistemando, allargando, la strada che da Riva porta a Ponte Arche attraverso il passo del Ballino, è passata all'ANAS. Restavano da compiere ancora e da allargare e da sistemare pochi chilometri: due chilometri e mezzo, tre, dal lago di Tenno, per chi conosce questi luoghi, al paese di Ballino. La strada è restata tale e quale in tutti questi anni; l'anno scorso anzi c'è stato un momento di vera sollevazione della popolazione interessata a questa strada, perché proprio questa strada era in una tale situazione di intransibilità, che reclamava e permetteva alle popolazioni giustamente di reclamare in termini anche vivaci, che l'ANAS ci ponesse mano. Per fortuna è passato il giro d'Italia, e appunto pochi giorni prima che passasse il giro d'Italia, si è provveduto a sistemarla adeguatamente. Comunque quel tratto di strada resta sempre una carreggiata polverosa, che potrebbe senz'altro dare una apertura verso la parte delle Giudicarie esteriori che sono interessate da questa strada, a una corrente turistica, perché la strada è anche veramente interessante e panoramica. Ma comunque sia, è una zona depressa, se noi non la rendiamo avvicinabile, non la rendiamo più comoda per il traffico resterà sempre depressa, anzi si andrà sempre più distanziando quella che è l'economia di altre zone più ricche da queste zone meno povere, se noi non facciamo una rete stradale adeguata. E, ripeto, è specialmente competenza dell'ANAS e quindi il tema delle strade lo vedo specialmente parlando di strade sta-

tali e sollecito l'interessamento dell'assessore per questa viabilità in particolare, non sottacendo comunque l'interesse anche di una viabilità provinciale, di una viabilità comunale. Ma comunque prego l'assessore di interessarsi a questo problema e di sollecitare presso l'ANAS la soluzione di questi problemi, altrimenti i nostri programmi di equilibrio tra zona e zona, di perequazione fra zone povere e zone ricche, può essere solamente e resterà un qualche cosa di illusorio e un qualche cosa di irraggiungibile. So che l'assessore d'altra parte ha cercato di interessarsi e quindi io gli devo anche rendere atto di queste sue iniziative, mi auguro solamente che questi interventi continuino e arrivino a una soluzione.

Alcuni anni fa si parlava per esempio, e sembrava ormai lì lì per essere risolto, del problema delle strade che da Trento portano verso Riva e indirettamente portano anche verso le Giudicarie, della strada 45 bis del tratto Vezzano-Padergnone e Dro, della 237, nel tratto Campo Carlomagno-Campiglio, tutte strade praticamente che interessano le Giudicarie, e l'ANAS sembrava disposta a darci mano per allargarle, per sistemarle, renderle adatte a un traffico moderno. Mancanza di fondi, a quanto si è sentito dire, dopo le promesse che sembravano ormai mature, hanno fatto dimenticare questi problemi. Da questo stato di cose, di una situazione viaria piuttosto malandata, veramente allarmante, si dovrebbe dire in qualche caso, deriva una vera preoccupazione di tutte le popolazioni che temono conseguenze per l'economia e soprattutto per l'economia turistica, anche in relazione con l'entrata in funzione dell'autostrada del Brennero, alla quale noi guardiamo tutti con fiducia, con speranza, sapendo però che se questa autostrada del Brennero passerà senza adeguati allacciamenti per le nostre vallate un pochino più distanti da quello che è il corso dell'Adige, sarà un pas-

saggio che non porterà nessun beneficio e si concluderà praticamente con un ulteriore solco tra quelle che sono determinate vallate e determinate altre vallate. Quindi noi che tentiamo un equilibrio economico fra le vallate delle nostre due province, vedremo frustrata quella che è una nostra speranza e una nostra fiducia.

Non voglio comunque prolungarmi oltre, perché il mio intento era appunto questo di sollecitare e di richiamare all'assessore questo problema. Prego quindi l'assessore di tenerlo presente e di ricordare quanto conti la viabilità di tutta la regione, ma in particolare quanto conti la viabilità per equilibrare la situazione economica di queste zone particolarmente depresse, di queste zone particolarmente povere, che spesso sono anche le più dimenticate. Interponga, signor assessore, il suo intervento presso i competenti uffici statali, presso l'ANAS, e solleciti adeguati interventi finanziari.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Santoni.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, soprattutto dopo gli interventi critici che ho sentito stamattina fare dal cons. Ceccon, dal cons. Corsini, dal cons. Pruner, ho deciso di prendere la parola anch'io per dare atto all'assessore Pasqualin di averci presentato con la sua relazione un quadro completo e realistico della politica regionale in tema di lavori pubblici. Un quadro veramente completo e realistico, sia per quello che concerne le esigenze immediate di intervento, sia anche per quello che riguarda le necessità di intervento a lunga scadenza. Anche per i lavori pubblici, l'assessore Pasqualin ha fornito al Consiglio un discorso organico, che si inquadra nel piano programmatico dell'attività della Giunta regionale. Perciò, proprio per cercare di ricollocare le cose al giusto posto e in cortese polemi-

ca con gli oratori che stamattina hanno parlato per conto dell'opposizione, voglio ricordare qui che la programmazione non è un metodo settoriale, ma è proprio un metodo globale e che all'interno del discorso della programmazione ogni intervento è finalizzato al raggiungimento degli obiettivi finali del programma stesso, che sono appunto lo sviluppo del reddito, uno sviluppo tale da eliminare possibilmente la disoccupazione, e l'eliminazione graduale degli squilibri, sia territoriali che settoriali. Non c'è dubbio — e qui mi rivolgo soprattutto al cons. Pruner, e la relazione Pasqualin lo dimostra con chiarezza ed efficacia — che gli investimenti per la realizzazione anche di determinate opere pubbliche sono sicuramente produttivi ai fini dello sviluppo economico-sociale. Dico economico e sociale, perché al di là della loro resa economica gli interventi dei lavori pubblici hanno un aspetto che riguarda le condizioni di vita dell'uomo, la casa, gli acquedotti, le fognature, certi servizi sociali essenziali, che vanno assolutamente attuati, in quanto connessi con lo sviluppo delle stesse condizioni di civiltà dell'uomo in una certa comunità. Questi interventi, a prescindere dalla loro resa economica, sono interventi prioritari, che vanno assolutamente fatti, per cui non è possibile accertare il discorso puramente economicistico quando si tratta di lavori pubblici, ma va visto anche, l'intervento del settore dei lavori pubblici, nel quadro organico dello sviluppo di una determinata civiltà. Dall'intervento del cons. Pruner, io credo di aver capito che lui sostenesse che tutto quanto va destinato ai lavori pubblici venga a ridurre le possibilità di azione nei settori più propriamente considerati strategici agli effetti dello sviluppo economico, dei settori dell'industria e dell'agricoltura. Io dissento in modo completo da questa impostazione, almeno nei termini in cui l'ha fatta il cons. Pruner, perché senza creare determinati

presupposti non è assolutamente possibile condurre una qualsiasi politica. Ci vogliono certe premesse per poter iniziare e fare una certa politica. Quanto ha esposto l'assessore Pasqualin per il settore dei lavori pubblici, in tema di viabilità, in tema di piano degli acquedotti, del catasto delle opere pubbliche, ecc., si inquadra a mio avviso nella politica di sviluppo e crea i presupposti, crea le premesse perché si possa realizzare questa politica programmata che tende a migliorare le condizioni di vita di tutta la comunità regionale. Ora questo credevo di doverlo dire, proprio per collocare le cose al giusto posto, anche perché delle critiche generiche, che mettono tutto in termini puramente settoriali, quando si continua a parlare di programmazione, sembrano assolutamente fuori luogo. La relazione dell'assessore Pasqualin si inquadra in un discorso organico che qui va ricordato per capirne esattamente l'importanza e per collocarla al giusto posto. Voglio accennare brevemente al discorso fatto dall'assessore Pasqualin sulla viabilità. Si è criticato qui da tutte le parti il suo piano, il piano regionale per la viabilità, e si è considerato utopistico, in quanto prevede una necessità di mezzi che raggiunge in un quadro pluriennale — non nel quinquennio, credo di aver capito, assessore, ma in un piano pluriennale — un investimento di 224 miliardi, per creare appunto un sistema di infrastrutture viarie, in grado di diventare l'elemento portante di tutta l'azione di sviluppo economico e sociale regionale. I 224 miliardi, io vorrei dire al cons. Pruner, non sono poesia, ma sono la valutazione esatta fatta dagli organi tecnici dell'assessorato delle necessità in campo di viabilità regionale. Evidentemente, per prevedere il fabbisogno di spesa per sistemare in modo ottimale un certo settore, non è necessario esser sicuri che quello che si prevede si può immediatamente reperire. Evidentemente — secondo il sottoscritto è una

cosa ovvia, ma sembra che a molti oppositori questo non sembri altrettanto ovvio — non si può agire senza conoscere esattamente la realtà sulla quale bisogna operare. È evidente che quando l'assessore Pasqualin ci dice che ci vogliono 224 miliardi per fare una certa azione globale di miglioramento della viabilità regionale, lui non ci dice una cosa utopistica, ci dice esattamente quello che dal punto di vista ottimale è necessario per raggiungere un obiettivo, che non è un obiettivo a breve scadenza, ma è un obiettivo dilazionato nel tempo. Così, detto questo, io devo dar atto all'assessore di aver comunicato al Consiglio quale dovrebbe essere appunto questo intervento massimo per sistemare la viabilità, anche se questa sua comunicazione ha provocato una serie di critiche e ha finito per far presentare come utopistico un discorso che è solamente realistico in quanto fotografa una realtà di fatto che non è contestabile. Ora evidentemente se occorrono 224 miliardi per risolvere il problema della viabilità regionale, è chiaro che bisogna stabilire con i mezzi che si hanno a disposizione, determinate priorità sulla base di indici non contestabili. Questo comunque è un discorso che va fatto e che è essenziale agli effetti di impostare immediatamente un'azione di intervento graduale e per consentire soprattutto di operare al più presto in settori in cui l'intervento si palesa più urgente.

Perciò, e concludo su questo aspetto, non solo non condivido la critica mossa dalle opposizioni nei confronti di questa impostazione programmatica data dall'assessore Pasqualin alla sua relazione, ma per me diventa proprio il merito della relazione dell'assessore e il suo pregio aver dato al Consiglio la dimensione esatta e realistica della situazione, anche se questi problemi che l'assessore ci ha prospettato non sono risolvibili a breve scadenza. Non c'è dubbio che il discorso sulla viabilità si in-

nesta nel grosso discorso dell'autostrada; che l'autostrada, come ha detto poco fa anche il cons. Martinelli, rappresenta un formidabile impulso per i nostri traffici e potrà creare senz'altro — l'ho detto l'altro giorno parlando a proposito di industria — le premesse per un permanente, sicuro sviluppo economico regionale. Gli incentivi che noi siamo in grado di porre in atto nel settore industriale, non sono sufficienti di per sè stessi a determinare una propensione agli investimenti della nostra area. Evidentemente ci vogliono altri fattori che determinano questa propensione: l'autostrada, e per me la formazione umana delle forze di lavoro, sono per noi uno degli incentivi più formidabili. Ora è evidente però che l'autostrada, una volta che sarà realizzata, rischia di produrre effetti minori di quelli che noi tutti ci attendiamo, se contemporaneamente alla sua entrata in esercizio non esisteranno degli agevoli collegamenti con la viabilità interna esistente, e soprattutto se non ci sarà una viabilità interna idonea a sopportare l'aumentato traffico. Qui basta citare alcune cifre del piano Pieraccini per rendersi conto del peso che ha il traffico stradale rispetto al traffico ferroviario. Difatti il 63,5% del traffico merci viaggia su strada — questi sono i dati del piano Pieraccini — e il 71,3% del traffico viaggiatori viaggia ancora su strada. Ora è evidente che se questi dati sono corretti, le esigenze di avere una viabilità adeguata diventa un elemento essenziale ad ogni discorso di sviluppo economico e di programmazione economica. Perciò non c'è dubbio che il discorso fatto dall'assessore Pasqualin a questo proposito, che sottolinea questi temi, è un discorso di estremo interesse e di grande importanza. La viabilità dei raccordi e la viabilità interna dovrà essere in grado di servire soprattutto le aree di sviluppo — questo potrà essere un discorso sulle priorità — le aree di sviluppo industriale, turistico e ur-

banistico. Qui aggiungo anche la mia voce a quello che ha detto il cons. Martinelli: che ci sono certe strade turistiche del Trentino e anche dell'Alto Adige che non sono assolutamente prioritarie agli effetti dell'intervento, perché senza una sistemazione noi rischieremo di veder frustrati i nostri sforzi di potenziamento dei nuclei turistici e dei nuclei industriali, perché ci sono difficoltà di collegamento tali da rendere estremamente difficile il raggiungimento di queste zone. Ripeto, secondo me è stato bene avere evidenziato un piano generale della viabilità, anche se la spesa può far considerare il piano quasi utopistico. Per me è evidente che sarà necessario con i mezzi a disposizione stabilire queste priorità e soprattutto sarà necessario agire con rapidità tenendo presente la lentezza con cui entrano in circolo i soldi dei lavori pubblici, perché se noi pensiamo al tempo che passa fra lo stanziamento, fra la progettazione, l'approvazione tecnica da parte dei vari organi tecnici, gli appalti e l'esecuzione, noi ci rendiamo conto che un anno, un anno e mezzo è appena sufficiente per poter far circolare questi soldi, farli diventare effettivamente lavoro concreto, non trascurando neanche l'aspetto sociale che i lavori pubblici rappresentano per la parte di occupazione di manodopera che garantiscono. Ora io credo che su questa parte, nei confronti delle critiche fatte qui stamattina, sia sufficiente quello che ho detto: io **credo che gli investimenti nella viabilità siano investimenti assolutamente indispensabili, assolutamente pregiudiziali per ogni discorso di sviluppo economico e sociale, di sviluppo turistico.**

Nella relazione dell'assessore Pasqualin si accenna anche a un progetto dell'assessorato, che è quello di fare un inventario delle risorse idriche. Non è una novità dire che l'umanità sta marciando verso momenti grami dal punto di vista della possibilità di reperire fondi di

approvvigionamento idrico potabile. Sono allo studio addirittura anche progetti per l'utilizzo delle acque marine. Su questa esigenza di migliore utilizzazione delle fonti idriche disponibili si innestano appunto le iniziative che ha annunciato l'assessore, sia di fare il piano regolatore degli acquedotti in collaborazione al Provveditorato alle opere pubbliche e perciò allo Stato, sia — ed è questo l'aspetto su cui voglio maggiormente soffermarmi — di fare un inventario delle risorse idriche regionali, perché è evidentemente preliminare questo inventario ad ogni programmazione dell'utilizzo delle risorse idriche, cioè ogni programmazione degli acquedotti, perché è chiaro che non è possibile programmare un razionale utilizzo delle acque senza conoscerne l'esatta consistenza quantitativa e senza conoscerne esattamente la loro localizzazione. Questo, secondo il sottoscritto, è un discorso fondamentale; è un discorso fondamentale quello di rilevare la esatta consistenza delle risorse idriche, sia per le immediate esigenze operative, sia per il futuro. Ed è uno studio che va condotto da *equipe* altamente specializzate di idrogeologia, e soprattutto è uno studio che non va fatto e lasciato nei cassetti, ma va tenuto costantemente aggiornato. Io mi compiaccio con l'assessore ai lavori pubblici per l'iniziativa di fare questo inventario delle risorse idriche e mi preme qui raccomandargli, dato che egli sta mettendo in cantiere questa iniziativa, di non ridurre la sua ricerca soltanto all'inventario delle acque ad uso potabile, ma di allargare questa ricerca anche alle acque da destinare all'irrigazione e all'uso industriale. Questo per una maggior completezza dell'indagine e perché effettivamente, data la scarsità di acqua che abbiamo in regione in questo momento per la presenza degli impianti idroelettrici che ci captano la maggior parte dell'acqua disponibile, è necessario conoscere anche le sorgenti più mi-

nute per poterle meglio utilizzare, non soltanto a scopi civili, ma anche a scopi di irrigazione. Un'altra importante ricerca, signor assessore, che secondo me andrebbe fatta, in relazione proprio con la migliore conoscenza idrogeologica del suolo, è quella di studiare le acque profonde, le acque da captare per fini potabili o di irrigazione o industriali; sono acque che, anche se sono relativamente in profondità, sono superficiali. Lo studio più impegnativo, secondo me, e tanto importante, soprattutto dopo le esperienze della ultima alluvione che abbiamo fatto, è lo studio delle acque profonde, che sono la causa prima dei movimenti franosi e delle erosioni del suolo che minacciano tanto seriamente gli abitati, le campagne, le strutture civili.

C'è grande difficoltà e soprattutto c'è necessità di trovare, per questo studio sulle acque profonde, delle *équipe* di studiosi superspecializzati. Io voglio qui dirle che se ce ne fosse bisogno può contare sulla assoluta, incondizionata collaborazione del Museo Tridentino di scienze naturali, al quale fanno capo gli studiosi di idrogeologia più qualificati che in questo momento il nostro paese può offrire. È chiaro in ogni caso che queste iniziative si collocano in un arco pluriennale e vedranno la possibilità di utilizzo su un lungo periodo di tempo. Ma però non sono teoria; io contesto che queste siano teoria, perché è chiaro che sono la premessa essenziale per ogni intervento concreto e per ogni intervento razionale. Intanto in ogni caso non bisognerà dimenticare le esigenze immediate e bisognerà operare per realizzare le opere più urgenti e per completare gli interventi già intrapresi. Signor assessore, gli accenni agli studi sulla situazione idrogeologica del terreno introducono qui per me, molto brevemente, il tema alluvionale. E io qui, a questo proposito, voglio dare atto alla Giunta regionale, ai vari assessori e in particolare all'asses-

sore Pasqualin, per tutta la parte finanziaria, della tempestività con cui la Giunta regionale si è mossa, soprattutto in sede di evidenziazione dei danni alluvionali a Roma e dei risultati concreti e positivi che sono stati ottenuti, cioè l'assegnazione da parte del Ministero dei lavori pubblici di 11 miliardi per i ripristini, di cui quasi 7 miliardi vengono assegnati alla Regione per il 1967. Un altro risultato positivo è quello delle deleghe del ripristino alla Regione, che io credo qui vada sottolineato proprio per la convinzione autonomistica che noi abbiamo. Questo accertamento è un accertamento non definitivo, come ha detto l'assessore, è provvisorio, è suscettibile di ulteriori aumenti. Io sono certo che gli impegni e la diligenza con cui il settore è stato seguito in passato potrà consentire anche in futuro di ottenere quei miglioramenti di assegnazioni che sono indispensabili per ripristinare le opere danneggiate dall'alluvione. Il ripristino delle opere danneggiate dall'alluvione condiziona notevolmente le attività economiche come il turismo, che sono vitali per molte zone colpite — è inutile che qui ricordi il Primiero e, per la parte della viabilità, che ricordi anche la Val Gardena —. Io vorrei qui fare una raccomandazione, una raccomandazione che rammenta i drammatici momenti del novembre, nel corso dei quali anche gli organi di controllo sembravano aver capito l'importanza dell'immediato intervento agli effetti di ottenere un risultato più consistente e più apprezzato dalle popolazioni. Perciò bisognerà raccomandare agli uffici di accelerare le procedure, perché queste procedure troppo laboriose a volte rischiano di frustrare, rischiano di diminuire in modo sostanziale la bontà dell'intervento che l'ente pubblico va a fare in una determinata situazione. Ora è evidente che chi fa subito fa il doppio, ed è per questo che io raccomando, ricordando proprio i momenti drammatici del novembre, di fare in modo di

accelerare le pratiche burocratiche da parte degli uffici, cercando anche una certa comprensione da parte degli organi di controllo.

Ultima raccomandazione — poi ho finito — è questa: accelerare, fin dove possibile, al massimo i tempi di rifinanziamento della legge 17 con gli stanziamenti regionali e con gli stanziamenti messi a disposizione dalle Province di Trento e di Bolzano. Ci sono opere urgenti ed essenziali, che attendono un finanziamento — strade, acquedotti e fognature — da parte dei comuni, che non consentono, proprio per le lente procedure dei lavori pubblici, ulteriori dilazioni. Se noi andiamo ad approvare il rifinanziamento della 17 all'autunno, evidentemente questi fondi entrano in circolazione soltanto nel prossimo anno. Noi dobbiamo cercare di dare priorità assoluta al rifinanziamento di questa legge, che è un impegno già della Giunta regionale per fare in modo che si possa intervenire tempestivamente a risolvere dei problemi essenziali del tipo di quelli che prima ho evidenziato. Se l'intervento per certi tipi di opere potrà essere razionalizzato operando, invece che a favore di enti singoli, a favore di consorzi di comuni, come stamattina il cons. Corsini diceva, accennando a una relazione dell'avv. Kessler a un convegno di amministratori democratico-cristiani, tanto meglio, perché allora si potrà realizzare un risultato più sostanzioso e si potrà operare ugualmente bene per le popolazioni. Comunque la problematica della polverizzazione degli enti locali ci porterebbe troppo lontano, se volessimo affrontarlo in questa sede. Condivido comunque in pieno — è una scoperta fatta dal cons. Corsini — la esigenza di arrivare alla consorzializzazione degli enti locali. In Trentino questo stiamo cercando di farlo attraverso il comprensorio; è una via difficile, però all'interno di questa nuova struttura urbanistica, che vuol avere un significato soprattutto agli effetti di una miglio-

re organizzazione degli enti pubblici, un risultato migliore potrà essere ottenuto, in quanto lo stesso intervento è in grado di produrre molto di più. Quello che conta, secondo me, signor assessore, è di conoscere, come lei ha cercato di fare, esattamente la realtà entro la quale occorre operare. Evidentemente questa ricerca ci porta a evidenziare la necessità di mezzi molto superiori di quelli che abbiamo; sulla base di certi indici non contestabili bisogna priorizzare gli interventi per poter agire immediatamente nelle situazioni più urgenti. E in ogni caso bisogna intervenire con rapidità e con efficacia.

Io questo volevo dire sulla relazione dell'assessore ai lavori pubblici, e colgo anche l'occasione per esprimere all'assessore e alla Giunta regionale l'apprezzamento mio e del gruppo a nome del quale parlo, per la attività svolta nel settore dei lavori pubblici e per assicurare all'assessore e alla Giunta regionale, su questa impostazione che noi riteniamo estremamente corretta, tutto il nostro apprezzamento e il nostro completo appoggio.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Veramente le poche cose che dirò sono particolarmente dirette al cons. Corsini che è assente; e tuttavia le dico perché rimangano per lo meno a verbale. Come ogni consigliere sa, il regolamento accorda ai membri delle Giunte non più in carica, la facoltà di interloquire sempre, quando è in discussione il loro operato. Spero mi si dia atto che di questa facoltà ho sempre fatto un uso molto limitato e molto sobrio, anche se devo dire francamente che, assistendo alle discussioni in questo Consiglio, le occasioni e le tentazioni per interloquire sono frequenti. Ma questa volta il cons. Corsini ha varcato, secondo

me, ogni limite tollerabile. Partendo dalla premessa che esistono — e io lo voglio senz'altro ammettere — situazioni nelle quali è necessario ed urgente un intervento regionale per migliorare le condizioni di vita delle popolazioni di certe collettività particolarmente montane, partendo da questa premessa, il cons. Corsini si è spinto ad affermare che praticamente non si è fatto nulla in questo campo, che si è mancato e che si manca tuttora della necessaria sensibilità verso le esigenze di queste piccole collettività, che si lascierebbero vivere in uno stato di inciviltà. Orbene, è vero proprio tutto l'opposto. Fin dal primo momento in cui la Regione si è posta al lavoro, nella prima legislatura, la sua più viva attenzione è stata posta immediatamente sulle esigenze delle piccole collettività rurali e montane. L'assessorato ai lavori pubblici, fin dalla prima legislatura, ha proceduto immediatamente all'accertamento delle più urgenti necessità di queste collettività, proprio al fine di condurle gradatamente ad uscire da uno stato di arretratezza e di metterle in condizioni di vita civili. Centinaia e centinaia sono state le opere in questo campo, provocate, agevolate dalla presenza efficace della Regione: asili, scuole, sedi comunali, acquedotti, fognature, strade, viabilità interna; centinaia e centinaia di opere che hanno portato a trasformare l'aspetto dei nostri villaggi e a migliorare sensibilmente le condizioni generali di vita delle nostre popolazioni. Questa è la realtà; una realtà che ci viene riconosciuta d'altronde dalle popolazioni e dagli amministratori comunali che le rappresentano. Appena mezzora fa, rientrando verso la nostra sede, sotto i portici, ho incontrato il gruppo dei sindaci della valle di Primiero, i quali riconoscendomi, mi hanno fermato ancora per dichiararmi che non possono assolutamente dimenticare tutto quanto la Regione ha saputo fare al loro fianco, al fine di rendere possibile l'esecuzione di

opere, che altrimenti non sarebbero mai state effettuate. Questo spontaneo riconoscimento può compensare, almeno in parte, l'amarezza che viene sentendo disconoscere in questa sede, pubblicamente, tutte le fatiche di anni che si sono compiute per contribuire efficacemente, come realmente si è contribuito efficacemente, al miglioramento delle condizioni di vita delle popolazioni rurali e montane. Del tutto al contrario dell'affermazione di Corsini « che le popolazioni nostre possono considerare tradita la loro aspirazione, la loro attesa, la loro fiducia nella Regione », io posso affermare che se c'è un campo in cui invece la presenza della Regione è stata immediata, attiva ed efficace, è proprio stato il campo dei lavori compiuti in favore delle piccole collettività rurali e montane. E il motivo per il quale le affermazioni del cons. Corsini hanno trovato in me una reazione irritata, è che egli oggi ha posto alla Giunta una critica esattamente inversa di quella fatta nelle precedenti legislature, nelle quali, perché intervenivamo nei piccoli paesi di montagna proprio al fine di migliorare le condizioni di vita di quelle popolazioni, ci si accusava di frazionare i mezzi in tante piccole iniziative di scarso rilievo, mentre sarebbe stato meglio concentrare i mezzi ai fini di rendere possibile la realizzazione di opere grandi e organiche. Oggi ci si sente dire l'inverso. La verità è, signori, che la Regione può essere fiera di quanto ha saputo fare in questo campo e che la Regione può affermare di avere contribuito a un miglioramento notevole delle condizioni di vita di tutte le popolazioni. Resta sì, è vero, che ancora parecchi problemi sono da risolvere; problemi da risolvere ce ne saranno sempre ed è una fortuna. La vita fortunatamente modifica continuamente le esigenze delle collettività, altrimenti a un certo momento nella vita delle popolazioni e delle organizzazioni umane, avverrebbe la paralisi. È vero che rimangono

ancora molte cose da fare, e io non dubito che la Giunta, l'assessore, la Giunta regionale, le Giunte provinciali, opereranno in questo campo con la sensibilità che hanno sempre dimostrato di avere. Ma fra l'affermare, ripeto, che queste esigenze esistono e vanno soddisfatte e l'affermare contemporaneamente che non si è fatto nulla, che si è dimostrato insensibilità verso queste esigenze, c'è di mezzo un mare che è colmato da una ingiusta misconoscenza per quanto è stato fatto.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Non è soltanto per rispondere all'intervento insolitamente vivace del collega consigliere regionale avv. Odorizzi che io prendo la parola, ma per riprecisare e ribadire ancora quelli che sono i nostri concetti. Io debbo dire che dai banchi liberali è sempre partita nel passato una dichiarazione di consenso per quello che dall'inizio dell'autonomia era stato fatto come piano previsionale per l'intervento dei lavori pubblici. Più di una volta, personalmente, ho riconosciuto che a cominciare dall'anno 1948 l'assessore ai lavori pubblici dott. Turrini, e assieme ad esso la Giunta regionale allora presieduta dall'avv. Odorizzi, aveva impostato un piano di indagini, teso al fine di accertare quali fossero le necessità di intervento per restituire alle nostre popolazioni la piena efficienza dei servizi che l'ente pubblico deve ad essi assicurare, efficienza dei servizi pubblici che era andata un poco diminuendo attraverso la vetustà degli stessi, molto diminuendo attraverso quelle che erano state le vicende belliche. Questo riconoscimento l'abbiamo sempre dato e sempre esplicitamente fatto. Abbiamo giustamente sostenuto che la politica dei lavori pubblici era una politica elettorale e una politica di interesse di

partito, una politica di frazionamento e di frantumazione dei mezzi messi a disposizione. Su questo nostro giudizio, nel passato, erano perfettamente allineati, prima che noi entrassimo in Consiglio regionale, quando lo esprimevamo nei contatti con il pubblico e attraverso la stampa e poi quando lo esprimevamo all'interno del Consiglio regionale, tutte le altre opposizioni, compresi i comunisti e i socialisti. Non vale la pena di ricordare quante volte questo giudizio di frantumazione dei mezzi che la Regione aveva a disposizione, fosse qui affermato dall'on. Paris, che allora esprimeva una volta il criterio del partito socialdemocratico, poi il criterio del partito socialista italiano, comunque il criterio della parte socialista. Tuttavia, poiché siamo arrivati ancora una volta al nocciolo della questione, vale la pena di ricordare che le nostre critiche, oltre a quelle di frantumazione dei mezzi che la Regione aveva a disposizione, erano critiche esplicite e piuttosto dure su quello che era lo sviamento del potere implicito di numerose delibere di intervento della Regione a favore di iniziative che con i lavori pubblici o di interesse pubblico avevano soltanto un denominatore comune dato dalle parole, ma non sicuramente dato dallo spirito della legge. E poiché questa mattina ho appena appena accennato — per carità di patria, lasciatemi dire così — non credendo di dover riprendere la parola su questo argomento, a quella che è stata la lettera del Governo che è pervenuta nel momento in cui è stato posto il visto alla legge n. 17, di fronte a questo eccessivamente agitato intervento dell'avv. Odorizzi, mi si consenta di ricordare qui a tutti voi, a tutti noi e pubblicamente, che nel momento in cui il Governo ha dato il visto a quella legge, ha anche richiamato la Regione a concedere contributi in conto capitale e in conto interesse a quei lavori pubblici che avevano per titolare un ente, che godesse dei requisiti previsti dal-

l'art. 12 del codice civile. È stata una tirata di orecchi che il Governo ha dato alla politica dei lavori pubblici della Regione, alla maggioranza democristiana e della S.V.P., che per anni e anni aveva amministrato questo settore, ed è stata una tirata di orecchi che il Governo ha dato a chi allora presiedeva la Giunta regionale.

AGOSTINI (P.L.I.): Chi era? L'avvocato Odorizzi o Dalvit?

CORSINI (P.L.I.): Perché, quando in una successiva interrogazione fatta dai banchi liberali al nuovo assessore dei lavori pubblici per sapere quali contributi in conto capitale, oltre che in conto interessi, erano andati ad iniziative a gruppi di persone, dico a gruppi di persone, e vi prego di non obbligarmi in questa sede a chiarire ulteriormente questo particolare, quali contributi erano andati ad enti, a gruppi di persone, ad associazioni, che non avevano i requisiti previsti dal codice civile per poter ottenere contributi per lavori pubblici, l'allora assessore regionale ai lavori pubblici, il collega Salvadori, rispondendomi per iscritto, ha elencato una serie di iniziative che erano fuori dai limiti dell'art. 12 del codice civile . . .

SANTONI (D.C.): Ma scusa, la Corte dei conti cosa faceva?

CORSINI (P.L.I.): Il richiamo è stato fatto a noi e contemporaneamente anche alla Corte dei conti. Erano fuori dei limiti previsti dall'art. 12 del codice civile, e in quella occasione è venuta alla superficie, in modo provato indiscutibilmente, la faziosità con cui la Regione ha operato in questo settore. Io non volevo parlare di questa situazione e riprenderla oggi; ne avevo appena appena accennato, quando questa mattina accennavo a quelle che sono state le centinaia di milioni che sono andati, ad

esempio — è l'esempio che ho dato questa mattina — alla Casa dello studente di proprietà della Curia arcivescovile di Trento, mentre invece sono state trascurate tutte quelle numerose situazioni, delle quali solo una ho portato come esempio questa mattina. Perciò che il già Presidente della Giunta regionale oggi venga a dirci che ancora una volta ha incontrato le popolazioni di Primiero che si sono rallegrate con lui per quelli che sono stati gli interventi della Regione, io questo non lo discuto, ma non è discutibile nello stesso modo che molti dei rappresentanti delle popolazioni si rivolgano oggi, forse non a voi, ma ad altri — io un caso almeno l'ho documentato — lamentandosi che da anni situazioni che meritavano l'intervento questo intervento non abbiano avuto.

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): Se ho detto che è un caso sbagliato quello che ha citato!

CORSINI (P.L.I.): Non è sbagliato!

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Lei vuole allora che io entri nei particolari?

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Lei vuole che io entri nei particolari e io nei particolari entrerò. Entrerò nei particolari, per esempio, analitici di quel caso che ho citato questa mattina. E li riprendo con esattezza di date e di riferimenti. Lei mi dice che oggi sono stati appaltati i lavori per i due acquedotti della zona di Trambileno. Rispondo: sissignore. Io questa notizia non la conoscevo, lei me la dà, la apprendo; ma siamo nell'anno 1967, ed è esattamente

dall'anno 1963 che la situazione dell'acquedotto di Cabianche è quella che io ho descritto questa mattina, e che si può comprovare, attraverso quelle che sono state le indagini e i rilevamenti fatti dal medico provinciale.

Ora, caro signor assessore Grigolli, che fra il resto non so per che cosa c'entri lei in questa situazione . . .

GRIGOLLI (assessore economia montagna e foreste - D.C.): C'entro perché l'abbiamo fondato con i soldi dei comprensori . . .

CORSINI (P.L.I.): vorrei farle bere per sei anni consecutivi dell'acqua che proviene da un deposito in cui ci sono dentro i nidi dei lombrichi, per vedere se lei non si ribellerebbe a questa situazione.

Non m'importa che le popolazioni di Primiero vengano a ringraziare il già Presidente della Giunta regionale. Lo ringrazieranno per delle cose effettivamente e giustamente fatte e in modo buono, ma questo non vuol dire che non rimangano delle zone d'ombra, che non rimangano delle zone in cui l'intervento non è avvenuto.

Ora volete un poco rifare, come vi è stato chiesto in altra occasione, volete rifare tutta la somma delle centinaia di milioni che voi avete distribuito per dei lavori pubblici che erano per lo meno superflui rispetto alle necessità di altri lavori pubblici che presentavano una maggiore urgenza. E del resto, lo ripeto, questo dito sulla piaga non è stato posto da noi, è stato posto dal Presidente della Giunta provinciale di Trento, in un convegno di vostri amministratori. È stato l'avv. Kessler che ha con esattezza identificato quanti dei nostri cittadini mancano ancora dell'acqua potabile, quanti dei nostri cittadini mancano ancora del servizio di fognature, quanti dei nostri cittadini vivono in una situazione che si può veramente dichiarare

incivile. Questa è stata la documentazione apportata da voi, non apportata da noi. E allora tutto il fuoco con cui il collega . . .

MARGONARI (D.C.): No, c'è ancora molto da fare!

CORSINI (P.L.I.): Dove c'è questa relazione . . .

MARGONARI (D.C.): No, la relazione c'è.

CORSINI (P.L.I.): Ah ecco, va bene. Non negate l'esistenza della relazione, per piacere . . .

MARGONARI (D.C.): Siamo qui apposta per parlarne.

CORSINI (P.L.I.): Ecco, e allora tutta questa situazione porta ad una conclusione: che voi avete adoperato del danaro pubblico perlomeno per delle opere che potevano essere dilazionate nel tempo, rispetto ad altre che erano estremamente più urgenti. Portano alla conclusione che voi avete fatto una politica dei lavori pubblici esclusivamente orientata nei confronti dell'interesse della vostra parte, per avere vicini a voi dei sostenitori della vostra parte, un'infinità di uomini che possono avere una certa influenza nel momento in cui si vedono aiutati per riparare oratori o canoniche o cose di questo genere. Oggi certo che vi fa impressione, a distanza di venti anni dall'inizio dell'autonomia, il dover constatare questa situazione di fatto; ma lasciateci allora che ve la diciamo e non venite qui a cercare di imbambolare noi e l'opinione pubblica affermando che tutto va bene. Chi è che nega che i miliardi siano stati impiegati in questo settore? Io stesso l'ho riconosciuto questa mattina. Ma vi ho detto anche che avete trascurato le situazioni di prima importanza umana e sociale per inse-

guirne altre. Non è una lieta polemica anticlericale, se vi dico che preferivo avere un acquedotto che fosse igienicamente sano, piuttosto che un oratorio o una canonica restaurata. Perché c'è un ordine di priorità e questo ordine di priorità non l'avete rispettato, e oggi la popolazione di questo se ne accorge, oggi la popolazione prende atto di questo. E non veniamo qui a voler fare i martiri di fronte alle cattive accuse delle minoranze. Io voglio, signor assessore, ancora una volta dimettere questi motivi di polemica, sui quali non sarei ritornato se non avessi sentito una frase che non mi ha proprio sfagiolato affatto: che sono andato al di là dei limiti del tollerabile. Qui non ci sono limiti del tollerabile o dell'intollerabile: qui ci sono limiti della realtà o della non realtà. dimostratemi che non è vero che 33 mila dei nostri cittadini della provincia di Trento vivono ancora senza acqua potabile nelle case. Quelli sono i limiti che non sono tollerabili: la falsità e la verità. Ma se questo è vero, allora dovete battervi il petto per questa politica dei lavori pubblici che avete condotto per tanti anni.

E a proposito di questo, signor assessore, io avrei ripreso ugualmente la parola perché questa mattina mi sono dimenticato di ricordarle che nel mio intervento in sede di discussione generale le ho domandato di darmi conto come e qualmente è stato attuato quell'impegno del libretto interpartitico che obbligava voi e i vostri compagni socialisti a rendere pubbliche le motivazioni per cui sono stati concessi determinati contributi in conto lavori pubblici ad alcune richieste e ad altre no. C'è il libretto, io l'ho citato nel mio intervento in sede di discussione generale. E questa sembrava la novità moralizzatrice apportata dal centro-sinistra. Questo sembrava quello che i socialisti avevano ottenuto, dopo anni e anni di critiche. Ma abbiate il coraggio di dire la verità, se è vero o non è vero che voi vi sollevavate sui vostri

scranni combattendo contro quella che era la politica elettoralistica . . .

(*INTERRUZIONE*).

CORSINI (P.L.I.): Benissimo. E allora diteci come avete attuato questa moralizzazione di questo settore, come l'avete attuata la moralizzazione di questo settore . . .

CONSIGLIERE: La attueremo.

CORSINI (P.L.I.): Ve lo domandiamo, non facciamo delle critiche, vi domandiamo come è stata attuata la moralizzazione di questo settore. E io vorrei veramente che nella risposta lei signor assessore non sottendesse questo tema che è un tema estremamente importante. Perché siamo andati avanti per degli anni con questa grave ipoteca di natura politica e morale sulla nostra regione, e i contributi per i lavori pubblici venivano dati e concessi, ed era il parere anche dei socialisti allora questo, a seconda di quello che era il beneplacito del principe. Mi risponda a questo, signor assessore, e mi risponda anche a quella che è stata la proposta del gruppo liberale questa mattina. E all'avvocato Odorizzi io vorrei dire questo: si ricordi, collega Odorizzi che nessuno di noi vuole misconoscere quelli che sono stati vantaggi che inevitabilmente derivano dall'aver a disposizione miliardi e miliardi con un reggimento autonomo, però non ci impedisca di accennare anche a quella che è la insofferenza che le popolazioni di alcune zone hanno di fronte a dei ritardi che non sono assolutamente giustificabili.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Non dubiti il cons. Corsini che ci sia da parte mia o da parte di

altri la volontà di impedirgli di affermare quanto egli pensa, nella sua libertà di apprezzamento, a proposito di attività che svolgiamo o che si sono svolte. Trovo strano che egli non si accorga che se il tono della mia reazione alle affermazioni di stamattina può essere stato vivace, il tono suo è addirittura violento. E non si accorge che la passione di parte gli fa velo al punto tale da non poter afferrare, neanche negli aspetti più evidenti, la portata di quello che si dice. Ho premesso che non vogliamo negare l'esistenza di casi in cui è assolutamente urgente l'intervento della Regione. Ma mi sono ribellato all'affermazione che non si sia pensato a queste cose adeguatamente in rapporto ai mezzi disponibili, nelle gestioni passate come nella gestione presente. E quello che mi ferisce, nel senso di giustizia, è che di fronte al dieci che manca, non si veda il 90 che si è fatto in vent'anni di lavoro faticoso e tenace. Ci vuole della equità in chi vuol giudicare dell'opera altrui. E quando egli viene ad affermare che si è agito dimenticando i suggerimenti che sono pervenuti a suo tempo dal Ministero dello interno, fino a tanto che egli ricorda il fatto, sta bene, ma quando egli si spinge ad affermare che si è operato contro lo spirito della legge, io lo smentisco categoricamente. Lo spirito della legge è quello nel quale si è operato, e la prova migliore ne è il fatto che la Corte dei conti ha sempre concluso positivamente il suo giudizio di legittimità su tutti gli atti che si sono compiuti. Respingo categoricamente l'affermazione che anziché preoccuparsi dello stato di urgenza e di bisogno delle popolazioni rurali, si sia pensato a fortune elettoralistiche. Si è agito allora, come si agisce ora, premettendo la constatazione della esistenza di reali bisogni. E voglio anche affermare che tutte le richieste che i comuni hanno fatto presenti in ordine alle loro reali necessità, tutte furono sempre accolte.

Ora, se rimangono situazioni locali ancora da sanare, per poter affermare che esse non sono state considerate, bisognerebbe poter dire che, allo scopo di dare la precedenza ad altre opere meno urgenti si sono volute differire queste, il che io nego assolutamente; almeno per quanto la mia memoria ricorda e per il periodo in cui ho potuto conoscere direttamente i criteri coi quali si è operato, lo nego assolutamente.

PRESIDENTE: Ha la parola l'assessore per la replica.

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, sarò breve per quanto è possibile e cercherò di rispondere a quanti hanno posto delle richieste o domandato delle delucidazioni.

Il principio al quale l'assessorato regionale ai lavori pubblici si è orientato nell'attuazione dei propri compiti e quindi nella predisposizione della propria relazione, è stato soprattutto che era indispensabile conoscere la realtà nella quale si doveva muovere per poter amministrare, di conseguenza quindi avrebbe potuto intervenire una visione politica dei problemi. E i fini ai quali si è orientato l'assessorato regionale sono i fini stessi della programmazione, che come è stato ricordato qui, sono l'aumento del reddito, l'eliminazione della disoccupazione e il superamento degli squilibri settoriali e territoriali. Su questa premessa la Giunta ha ridimensionato, per quanto era possibile, e attuato questo principio nella zona nella quale era chiamata ad operare, dandosi un metodo di lavoro; metodo di lavoro che si è poi concretizzato nella serie di piani che si sono elaborati per poterli inserire nel piano quinquennale di programmazione. Respingo

quindi la critica che è stata mossa di imprudenza, di tatticismo, di utopie, proprio perché negli anni precedenti, in sede di discussione di bilancio, ci si accusava delle cose esattamente opposte: ci si diceva di non avere il coraggio di affrontare certi problemi, di non essere sufficientemente preparati per avere una visione reale delle situazioni nelle quali dovevamo muoverci. Per cui oggi, quando sentiamo da più parti che il piano della viabilità è una cosa troppo costosa, che non riusciremo ad affrontare il piano generale degli acquedotti, che è inutile la revisione di un castasto delle esigenze per le opere pubbliche, che per quanto riguarda l'inventario delle risorse idriche regionali è necessario ampliarlo anche su posizioni non di competenza della Giunta regionale, ci si pone proprio il problema su che piano quindi si deve operare, quando di anno in anno si usano due linguaggi diversi.

L'assessore Dalsass, i cons. Ceccon, Corsini, Vinante e Santoni hanno posto il problema della legge 17, come se questa potesse risolvere nel futuro tutti quanti i problemi che angustiano non tanto le opposizioni, nè i consiglieri di maggioranza, quanto la Giunta, quanto tutta la popolazione. Noi abbiamo avuto in sede di Consiglio regionale un voto, approvato peraltro all'unanimità, nel quale è stata indicata quale doveva essere la posizione e della Giunta e del Consiglio in questo rifinanziamento. E qui, dovremmo ricordarlo più facilmente, è stato detto che si dovrebbe fare una scelta in ordine prioritario, secondo le finalità del programma quinquennale di sviluppo economico, in base a precise scelte, tenendo conto anche dei danni delle recenti alluvioni. Detto questo, diciamo onestamente che il problema non è ancora stato definito da parte della Giunta regionale, ma che è in corso di definizione, e i momenti validi che ci hanno indirizzato allora, sono validi ancora oggi e quindi

le preoccupazioni del cons. Ceccon, che non si scelga una priorità, le perplessità nello stesso tempo il riconfermare quelle che sono le posizioni del partito socialista, verranno attuate perché in questa linea intende muoversi la Giunta regionale, perché questa linea ha avuto dal Consiglio regionale.

Fare il processo alle intenzioni per dire quello che non abbiamo intenzione di fare è troppo facile; aspettate in sede di discussione di questa legge perché si possa accusare chi deve essere accusato. Abbiamo intenzione di operare coscientemente e responsabilmente sulla linea prioritaria; effettueremo le direttive che peraltro sono state indicate e riaffermate nelle posizioni che si sono verificate; riaffermeremo i principi ai quali le Province si dovranno attenere; se è necessario predisporremo anche un controllo sulle opere che verranno effettuate, però desidererei che in tutta questa polemica non venisse mai dimenticato che la sensibilità degli assessori regionali, dei consiglieri regionali, sono le stesse degli assessori provinciali e dei consiglieri provinciali, perché stessi sono gli uomini che si muovono, che concretizzano e che realizzano poi anche quelle realtà alle quali le leggi si orientano. Quindi non si dica che uno è più sensibile dell'altro; evidentemente la priorità è oggettiva e sul piano oggettivo ritengo che le Province o la Regione abbiano a muoversi.

Il cons. Spiegler ha posto in evidenza uno dei problemi fondamentali della provincia di Bolzano e cioè il problema della superstrada o autostrada da Bolzano-Merano-Spondigna-Passo Resia-Trafoi e il Traforo dello Stelvio. Il cons. Spiegler sa, perché insieme abbiamo partecipato a quegli alcuni incontri per mettere in luce il problema, sa che ci trova consenziente con quanto lui ha detto. Effettivamente si tratta di 123 Km. di superstrada che possono portare a una spesa di circa 25 miliardi. Que-

sto problema è uno dei fondamentali, sempre per quanto riguarda la viabilità della provincia di Bolzano, tant'è che sul piano di viabilità, anche per indicazione che è stata effettuata dalla provincia di Bolzano, questa superstrada è stata ritenuta la prima da doversi attuare. Abbiamo effettuato una serie di incontri a Merano, a Trento, a Bolzano per vedere di giungere a una conclusione, e in definitiva il problema essenziale è sempre il medesimo, è il problema del finanziamento. Come loro sanno, da parte dello Stato esiste la legge 729 che sull'art. 13 prevede l'eventuale rifinanziamento straordinario delle superstrade. Ora idealmente io sono certo che la superstrada sarebbe la cosa richiesta dagli amministratori, nel contesto generale della viabilità la soluzione migliore. Nella realtà, abbiamo detto, c'è un problema di finanziamento, che è lo stesso problema che tocca la Val Sugana e la strada di Rovereto-Riva. Ora per realizzare una scelta, era indispensabile che noi fossimo in grado di conoscere realisticamente se da parte del Ministero dei lavori pubblici era possibile un rifinanziamento della legge 729. A questo scopo sono stati presi dei contatti in sede generale dell'ANAS e del Ministero dei lavori pubblici. A una prima indicazione sommaria è stato concluso che per il momento non era attuabile un rifinanziamento e che quindi sarebbe stato utile da parte nostra orientarci verso quello che poteva essere un raccordo autostradale da Bolzano a Merano, e da Merano-Spondigna,-Ponte Resia-Trafoi dello Stelvio riferirci a una superstrada di futura attuazione. Però per intraprendere i contatti sulla scelta, anche per quelle che devono essere realisticamente le posizioni responsabili degli amministratori, era necessario che avessimo una presa di posizione da parte del Ministero. A questo scopo, già nel mese scorso, i primi dello scorso mese, dopo un intervento che abbiamo effettuato nella visita del Ministro dei

lavori pubblici e del direttore generale dell'ANAS nella città di Trento è stata indirizzata una richiesta ufficiale al Ministro Mancini, perché esaminasse la possibilità di poter concretamente portare a una soluzione quelle che sarebbero state le superstrade della regione, Bolzano-Merano, Rovereto-Riva, e della Valsugana. Naturalmente quando poi si tratta di vedere il costo, ci accorgiamo che si aggira sui 70 miliardi, una cifra evidentemente cospicua. D'altronde c'è la realtà che senza queste superstrade, da parte della nostra regione non si può giungere a quello sviluppo economico che tutti auspichiamo e quindi prima di assumere altre posizioni è parere della Giunta di dover attendere conclusivamente la risposta del Ministero. Risposta evidentemente che comporterà poi una scelta tra superstrada e autostrada, perché se si dovesse giungere alla realtà che la superstrada è attuabile tra vent'anni, evidentemente bisognerà ridimensionare le nostre richieste e poter trattare con le varie società per la costruzione di raccordi autostradali.

L'assessore Dalsass ha fatto alcune considerazioni sull'adeguamento della legge 19, sui danni alluvionali e sui sussidi per progettazioni. Per quanto riguarda la parte di progettazioni, è intervenuto anche il cons. Spoegler. Riservandomi di concludere generalmente con le alluvioni, desidero dire all'assessore Dalsass che ci rendiamo conto, come peraltro ho affermato in sede di commissione delle finanze, che il costo per la manutenzione delle strade comunali a carico della Provincia è notevolissimo ed è certamente superiore al sussidio, al contributo che la Giunta regionale dà a questo scopo, che come loro sanno, ammonta a 75 mila lire per Km., per un totale nel bilancio del '67 di 62 milioni 600 mila. Dire che ci rendiamo conto è troppo poco, io l'ammetto, però sa che la Giunta è oberata da gravi, grossi problemi, per cui alla mia richiesta su questo tema

è stato assicurato che nel prossimo futuro si cercherà di rivedere lo stanziamento. Per quanto riguarda i sussidi delle progettazioni, è vero che con una variazione di bilancio, variazione teorica peraltro, perché nel complesso l'importo resta il medesimo, è stato deciso di poter rimpinguare il capitolo degli incarichi a progettisti, per venire incontro ad alcune opere di interesse regionale che toccano più comuni, per cui ci sarebbe stata una notevole difficoltà di incarico da parte di un comune soltanto. Posso dire che la Giunta, su mia richiesta, ha già preventivamente deliberato la progettazione della Bolzano-S. Genesio, Merano-Avelengo e Merano, che in questo momento, sempre nel piano di programmazione della viabilità, è una delle opere che merita particolare interesse. Io penso che, all'approvazione del bilancio, si possa provvedere con immediatezza, con tempestività ad incaricare i progettisti perché per lo meno la progettazione possa essere già predisposta, in modo da poter usufruire di quelle leggi che potranno venire nel prossimo futuro per la esecuzione dell'opera. Per quanto riguarda la richiesta del cons. Ceccon, il quale fa un esame generale di opere, peraltro già completate e sulle quali ho già detto, in sede commissione alle finanze, che non c'è nient'altro da dire, desidero confermarli che, per quanto riguarda l'importo stabilito per gli edifici di Silandro e Vipiteno, l'importo stabilito allora è valido ancora oggi e quindi ci si manterrà entro lo stanziamento dei 100 milioni che è stato predisposto. Cercherò senz'altro di potergli far avere gli elenchi degli interventi avvenuti in provincia di Bolzano sulla legge 17.

Interessante è stato, anche se sotto certi aspetti polemico, l'intervento del cons. Corsini, il quale chiede che la Giunta mantenga una propria autonomia operativa su certi settori e che predisponga determinate direttive per poter mantenere, almeno per quanto riguarda le

leggi delegate, l'esecuzione delle opere su una certa gradualità e priorità. Certamente questo è un problema che merita un certo studio, che merita anche una meditazione quello che 33 mila persone in provincia di Trento sono senza acqua potabile e che 40 mila sono senza fognatura . . .

CORSINI (P.L.I.): Ci hanno dato i dati con beneficio di inventario!

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Una cosa del cons. Corsini non posso accettare, e cioè che mi accusi, pur benevolmente, di aver fatto dei programmi troppo ampi, quando in definitiva lui stesso mi fa queste denunce su certe situazioni, e quindi l'inizio al quale ci siamo orientati, che bisogna conoscere i problemi per amministrarli, dà conforto a quella che è stata la mia tesi. La necessità degli acquedotti di 5 miliardi resta anche se non ne vogliamo sapere niente; queste persone che restano senza acqua potabile ci sono anche se noi qui dentro non lo diciamo, quindi tanto vale vedere in faccia la realtà, esaminare i problemi e poi cercare di attuare i programmi che ci poniamo, perché non restino sulla carta. E questi programmi non saranno esclusivamente di intervento regionale, di intervento provinciale, di intervento comunale o di intervento statale; evidentemente dovrà essere un coordinamento di tutti quei fondi, di tutti quegli stanziamenti che in regione saremo chiamati direttamente o indirettamente a dover spendere.

Il cons. Pruner ha fatto un'osservazione utile, che era già stata messa in preventivo da parte dell'assessorato lavori pubblici, e cioè se dopo questo piano di viabilità, di acquedotti, catasto delle opere pubbliche, inventario delle acque potabili, non sia il caso di mettere anche in preventivo uno studio delle fognature. È senz'altro una proposta che noi abbiamo già e-

saminato, ma che evidentemente dobbiamo gradualizzare nel tempo, cercando intanto di completare lo studio sul catasto delle necessità; in base alle esigenze che dovremo poi sintetizzare, sarà nostra cura di mettere in studio anche questo piano, senza preoccupazioni e senza peccare, come ha detto il cons. Pruner, nè di prudenza, nè di tatticismo.

Per quanto riguarda la legge 614, sulla quale ha fatto amare considerazioni il cons. Pruner, direi che non possiamo dimenticare che ci ha portato 3 miliardi 200 milioni in Regione. Senza entrare nella polemica che si è verificata, teniamo presente di quello che era lo stanziamento, di quella che era la nostra richiesta, della realizzazione alla quale questa nostra richiesta è giunta, e 3 miliardi 200 milioni sono una notevole cifra, insufficienti forse per quanto sono le nostre necessità, ma una considerevole cifra, ci tengo a precisarlo. Per quanto invece riguarda gli inquinamenti delle acque, è un problema che esamineremo in sede di inventario delle acque potabili; mi pare una cosa alla quale si possa senz'altro giungere. Sull'inquinamento dell'aria lei sa che è competente il ministero lavori pubblici.

Il cons. Vinante, al quale ho parzialmente risposto nel dire che teniamo ben presente il voto espresso dal Consiglio regionale per la priorità di realizzazione delle opere che dovranno essere effettuate, desidero rispondere successivamente sulle alluvioni e dire peraltro che le incertezze, le perplessità e i disagi che lui ha trovato nel comune di Valfloriana dovrebbero essere attualmente superati, perché già da qualche tempo è stata costituita, esclusivamente per affrontare il problema della Valfloriana, che come loro sanno tratta di trasferimento di abitati, è stata costituita una commissione, la quale ha esaminato il terreno per il trasferimento degli abitati, ha interessato un geologo per l'esame di questo terreno e

ha dato l'incarico a due professionisti per predisporre un piano regolatore su quel terreno che verrà usato per il trasferimento di Ischiazza. Era una cosa difficile doverla affrontare sulla legge 1142 per cui la Giunta regionale, fermo restando, naturalmente, un preventivo che non è ancora stato realizzato al 100%, la Giunta regionale ha affermato di doversi impegnare per quanto riguarda il problema, nel senso che questo trasferimento deve avvenire prima dell'autunno; utilizzando la 1142 sui danni alluvionali, erano preventivamente indicati due anni per poter giungere a questo trasferimento. Perciò la Giunta regionale presume di dover far propria una deliberazione, nella quale interverrà con fondi straordinari per consentire il trasferimento nel più breve tempo possibile.

Il cons. Martinelli, parlando specialmente delle strade delle Giudicarie, che peraltro sono di competenza, come lui stesso ha affermato, dell'ANAS, le ha viste proiettate nel futuro come una necessaria eliminazione degli squilibri che possono sorgere fra zona e zona. Io posso senz'altro dargli l'assicurazione che come fino a questo momento ci siamo interessati per poter realizzare almeno una revisione sui punti più difficili della viabilità, interverremo nuovamente perchè si arrivi con sollecitudine a risolvere quei problemi più gravi.

Sono grato all'assessore Santoni per il suo intervento, il quale ha centrato in definitiva quelle che dovevano essere le indicazioni di massima, dalle quali è partito l'assessorato ai lavori pubblici nella compilazione del proprio programma. L'indicazione di aggiungere all'inventario delle risorse idriche anche il problema delle acque profonde, sarà esaminato e nei limiti del consentito, se non sarà evidentemente troppo impegnativo perchè non dobbiamo neppure pretendere di risolvere tutti i problemi in un colpo solo, si vedrà di poterlo mettere nello studio e poterlo affrontare.

Al cons. Odorizzi direi che ho apprezzato il suo intervento su una analisi, su una relazione di quelle che sono state le opere di intervento regionale, relazione peraltro che era già stata fatta in sede di Consiglio regionale, portando, per la mozione sulla legge 17, dei precisi dati e delle precise cifre di quello che è stato l'intervento regionale nel settore delle opere pubbliche. Sono concorde con lui nel dire che non tutto evidentemente si è riuscito a risolvere, anzi che molto resta ancora da fare, ma per i mezzi che si avevano a disposizione per le istanze che erano presentate dalle comunità uscite in quel certo momento anche da una situazione di disagio per una guerra, evidentemente si è fatto più del possibile. E al cons. Corsini che parla di moralizzazione, io posso dirmi d'accordo con lui, intendendo dire con ciò che quando gli amministratori sbagliano è giusto che il loro errore venga denunciato. Le affermazioni che possono colpire noi amministratori, in definitiva sono mi pare abbastanza generiche; ritengo da parte mia almeno di non avere nessun timore di accuse, come peraltro non ho nessun timore di accettare dei suggerimenti e delle indicazioni da qualsiasi parte dei banchi esse provengano, proprio perchè, se un lavoro di solidarietà si attua, è giusto che la solidarietà ci sia di carattere generale.

Affronto per ultimo, non per importanza, ma per concludere, il problema sotto certi aspetti angoscioso dei danni alluvionali; problema che più di ogni altro, se è consentito dirlo, prende proprio le nostre forze in questi momenti, e che è condiviso immagino da tutti loro per la serie di interventi che sono stati fatti su questo tema dai cons. Dalsass, Vinante, Pruner, e Santoni. Il cons. Dalsass, entrando nel merito, mi ha richiesto che intenzioni abbiamo oggi, considerando che non ci sono documentazioni da parte del Ministero lavori

pubblici per quanto è l'affidamento dell'importo, che intenzioni abbiamo per inserire nel bilancio il primo importo che ci viene assegnato e le procedure che intendiamo attuare su questo problema. Per quanto riguarda la documentazione, il cons. Dalsass dovrebbe sapere che è in nostro possesso una lettera ufficiale, mandataci dal Ministero lavori pubblici, nella quale si afferma che su un programma di opere che dovranno essere concordate con il Provveditore alle opere pubbliche, viene assegnato un primo importo di 6 miliardi 805 milioni . . .

(INTERRUZIONE)

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Per quanto riguarda un programma da concordare con il Provveditorato alle Opere pubbliche. Questo programma è già in fase di conclusione ma il Ministero ai lavori pubblici, al quale qualche giorno fa ci siamo rivolti per avere l'assegnazione materiale dell'importo, ha affermato che potrà essere trasmesso soltanto dopo che sarà in possesso del programma che noi stessi dovremo trasmettere, in accordo col Provveditorato, proprio perché i fondi non erano ancora stati trasmessi dal Ministero del Tesoro sul Ministero dei lavori pubblici. Prima considerazione. Seconda considerazione: gli accertamenti, sui quali abbiamo detto di dover intervenire con oculatezza, sono stati completati durante la settimana scorsa, e subito dopo si è iniziato un preciso programma delle opere da priorizzare e quindi da ammettere nel primo intervento di 6 miliardi 805 milioni. Oggi come oggi, quindi, è in fase di esame una serie di disposizioni, che verranno inviate ai comuni, perché possano provvedere a completare la documentazione relativa alla prima segnalazione. Come loro sanno noi abbiamo inviato già una disposizione ancora nel gennaio dicendo praticamen-

te ai comuni: predisponete immediatamente i progetti in modo tale che il comitato tecnico e l'ufficio tecnico possano esaminarli. La Giunta ha quindi intenzione di approvare il programma entro la prossima settimana, programma che verrà trasmesso. Nel contempo però non si sta perdendo tempo, perché i progetti che arrivano all'ufficio tecnico e al comitato tecnico regionale, vengono immediatamente approvati. Non solo, ma la Giunta si assume la responsabilità man mano che questi progetti arrivano, che sono inseriti nel programma concordato con il Provveditore alle opere pubbliche, si assume la responsabilità di concedere, per casi di indispensabilità, di concedere delle autorizzazioni con provvedimenti propri; il che significa che acquedotti, fognature, strade di allacciamento, cioè tutte quelle opere che hanno l'esigenza di immediata esecuzione, verranno autorizzate. Faccio notare che questo è un notevole impegno che la Giunta si assume in questo momento; il Consiglio comunale nel contempo è incaricato, è delegato, dopo questo primo provvedimento della Giunta, è delegato a dare l'incarico al progettista, approvare il progetto, inserire nel bilancio proprio un capitolo apposito in entrata e in uscita, sul quale potrà inserire, quando giungeranno, i fondi della Regione, e ottenere così dalle Giunte provinciali, in sede tutoria, l'approvazione. Questo mi pare il massimo di celertà e di impegno che la Giunta poteva porre con questo problema, tenendo anche presente che dei comuni non sono in grado, per insufficienza tecnica, per incapacità organizzativa o per altri motivi, di effettuare direttamente i propri lavori; quindi dovrà intervenire la Giunta regionale, alla quale per tutte le opere spetterà quindi la vigilanza dei lavori, il pagamento dei certificati di acconto, il collaudo e la liquidazione dei lavori stessi.

Il problema più grosso, lo ribadisco an-

che se lo ho indicato inizialmente, resta quello di avere l'affidamento, da parte del Ministero dei lavori pubblici, dal primo importo di 11 miliardi che ci son stati assicurati, all'importo effettivo dei danni che noi abbiamo avuto. Posso comunque assicurare, per quanto riguarda la attività straordinaria e per quanto riguarda la attività ordinaria in questo settore particolare, che tutti i suggerimenti e le indicazioni che ci verranno forniti, saranno sicuramente presi in esame e nei limiti delle possibilità concretati. Ritengo in tal modo di aver risposto a tutti gli interventi.

PRESIDENTE: Metto in votazione il capitolo 540: è approvato a maggioranza con 6 astenuti.

Metto in votazione il cap. 550: è approvato a maggioranza con 8 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1500: è approvato a maggioranza con 8 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1551: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1552: è approvato a maggioranza con 8 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1553: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1590: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Con ciò sono approvati tutti gli articoli dell'assessorato lavori pubblici e credito.

Proseguiamo ora con l'assessorato enti locali.

Cap. 590

Fondo per adeguare le finanze dei Comuni al raggiungimento delle finalità e all'esercizio delle funzioni stabilite dalla legge (art. 70, 2° comma della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 e legge regionale 31 ottobre 1964, n. 34) L. 190.000.000.

Sul cap. 590 la parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.U.): Signor Presidente e signor assessore, prendendo la parola su questo capitolo mi sento indotto a fare subito un rilievo, inteso questo rilievo *cum grano salis*, quello vale a dire che la misura dello stanziamento, così come è prevista nel bilancio di previsione per l'anno corrente, è rimasta esattamente uguale a quella dell'anno scorso. Ora il rilievo, se così si può chiamare, avrebbe potuto essere del tutto trascurabile se nell'autunno scorso non si avesse avuto l'alluvione, con le conseguenze che ha comportato per le pubbliche amministrazioni in genere e in particolare per quelle comunali. Ed è a queste ultime che intendo soprattutto riferirmi, per la evidente ragione che sto parlando sullo specifico articolo di bilancio che riguarda appunto le finanze comunali, non intendo fare proprio per questo una discussione di carattere generale. Ora è vero che per quanto riguarda i danni alluvionali sono state disposte delle provvidenze da parte dello Stato, da parte della Regione sono in essere, provvidenze che senza dubbio sono di una certa consistenza, ed io non intendo negare una cosa che per me è di una evidenza palmare. Tuttavia mi pare che occorra tener presente come gli eventi dell'autunno scorso hanno creato dei problemi per i comuni, che solo in parte — sia pure in una parte notevole, ragguardevole — sono traducibili in cifre. Ed è stato per questo, signor assessore, che in sede di commissione finanze, ho ritenuto opportuno far presente che in una simile situazione sarebbe stato per lo meno auspicabile che venisse aumentato lo stanziamento, previsto in 190 milioni come per l'anno scorso. Questo perché? Questo per consentire alle Province di intervenire con mezzi adeguati per supplire alle necessità che dirò normali per quanto

riguarda le amministrazioni comunali deficitarie; ed anche — e questo è il punto della richiesta che allora ho fatto in sede di commissione finanze — per quelle che chiameremo straordinarie e derivanti dalla questione alluvione. Ora, signor assessore, nessuno sa meglio di lei, che nessuna disposizione di legge obbliga le Giunte provinciali a concedere a questo piuttosto che a quel comune, e soprattutto a fissare le misure della concessione in tema di contributi. Ma ad esempio la Giunta provinciale di Trento ha fino ad oggi ritenuto di concedere integrazioni di bilancio solo a quei comuni che presentassero un disavanzo sul piano economico. È un criterio, io me ne rendo perfettamente conto e lo posso pacificamente ammettere, sul quale si può discutere, ma è comunque un criterio che a mio modo di vedere ha un suo fondamento abbastanza preciso e vorrei dire sotto un certo profilo anche abbastanza giusto. Ora, a seguito degli eventi del novembre scorso, ci troviamo di fronte a comuni che pur presentando un bilancio economico a pareggio, presentano altresì un disavanzo finanziario, che è del tutto fuori di quella che è la ordinaria amministrazione di quei comuni. Ed è su questo piano, signor assessore, che si giustifica, mi pare, la richiesta da me fatta in sede di commissione finanze, di avere un aumento dello stanziamento su questo capitolo. Che cosa avrebbe consentito ciò? Ciò avrebbe evidentemente, mi pare, consentito un intervento immediato a favore di quei determinati comuni, tenendo in pratica anche conto, data l'evenienza verificatasi, degli oneri derivanti da minori introiti tributari in dipendenza dell'alluvione, senza ricorrere ad un'apposita legge, il cui progetto è stato distribuito e sul cui contenuto mi riservo di intervenire a tempo debito. Ora è vero, signor assessore, lei lo ricorderà senza dubbio, che in commissione finanze avevo chiesto in alternativa, ma in alternativa però, un provvedimento

ad hoc per i comuni alluvionati; ma è altrettanto vero, e lo ripeto, che un aumento dello stanziamento, con l'intesa che ciò avrebbe dovuto tener conto — e questo è il punto — di particolari situazioni verificatesi a seguito dell'alluvione, sarebbe stato il mezzo più sollecito e più sbrigativo per far fronte alla situazione del tutto particolare creata dalla alluvione. A proposito poi di quanto affermato dal signor assessore nella sua relazione, in cui dice che il contributo in capitale può costituire mezzo efficace soltanto in presenza di situazioni deficitarie e temporanee, sì da permettere il superamento di una fase critica eccezionale, ed è invece controproducente nei confronti dei comuni cronicamente deficitari, debbo dire che una affermazione di questo genere mi trova consenziente su quello che è il piano generale e sul piano teorico, ma non mi può trovare consenziente sul piano pratico. Perché? Perché la situazione attuale, lo stato attuale dei comuni deficitari è quello che è e dobbiamo dire che a creare tale situazione ha dato un apporto notevole anche la Regione, consentendo il sorgere e il formarsi di numerose comunità, che non possono oggi, allo stato attuale delle cose, far fronte alle esigenze della collettività e di una vita moderna e civile nell'ambito delle amministrazioni. E obiettivamente non si possono lasciare, in un certo senso, intendiamoci bene, lasciar andare alla deriva amministrazioni comunali, il cui bilancio sia deficitario in senso reale e non fittizio, come potrebbe succedere senza l'attenta vigilanza che le Province esercitano nei confronti dei comuni. Quale è la situazione generale dei comuni della provincia di Trento? Il signor assessore agli enti locali ha fornito alcune cifre indicative sul piano generale e io do atto di queste cifre. Per quel che mi riguarda desidero in particolare soffermarmi sulla situazione esistente nella provincia di Trento e fare alcune

considerazioni sul modo con cui i comuni sono costretti a far fronte ai loro impegni economico-finanziari e sul comportamento — anche questa parola intesa *cum grano salis* — di certi istituti bancari, che dovrebbero favorire in primo piano gli enti pubblici, non essendo e non avendo scopo di lucro. Quale è questa situazione? Noi troviamo che in provincia di Trento il residuo dei debiti dei mutui assunti dai comuni e in ammortamento già al primo gennaio di quest'anno, ammontano a 17 miliardi 727 milioni, cui possiamo aggiungere 3 miliardi 143 milioni di mutui concessi dagli istituti mutuantisti, ma non ancora in ammortamento, comunque che sono già in fase di concessione. Se dovessimo aggiungere qualcos'altro dovremmo aggiungere quelli che sono stati deliberati dagli enti, ma che non sono ancora stati accesi, non sono stati deliberati. Ci troveremmo in presenza di un totale di 22 miliardi e 428 milioni, che indubbiamente rappresenta una cifra molto cospicua, se rapportata alle possibilità economiche dei nostri comuni. Di queste cifre che cosa troviamo? Troviamo che un miliardo 277 milioni sono impegnati per la copertura di disavanzi di carattere economico, mentre altri mutui, per oltre 12 miliardi, sono dati per il finanziamento di opere pubbliche; vale a dire oltre il 50 per cento dei mutui contratti rappresentano un aspetto positivo sotto il profilo del motivo per cui sono stati accesi i mutui stessi, ed altri per oltre 6 miliardi sono mutui accesi per altro genere. Non mi soffermo su quei mutui assunti per il conferimento di capitali alle aziende municipalizzate, che in sostanza interessano solamente un comune della provincia di Trento, che è ben identificato. Ma che cosa deriva da una situazione di questo genere oltretutto? Deriva che il costo che grava annualmente sui comuni per l'ammortamento dei mutui è di lire 1 miliardo 212 milioni, — trascuro i rotti —, di cui 600 milioni e rot-

ti per quote capitali e quasi 590 milioni per quote interessi; vale a dire l'ammortamento della quota capitale e l'ammortamento in conto interessi è praticamente suddiviso nella misura del 50 per cento.

E vorrei fare un'altra osservazione a questo proposito, senza addentrarmi in analisi particolareggiata per quanto riguarda i comuni più grossi e i comuni più piccoli della provincia, per dire che queste cifre, che annualmente i comuni devono sborsare per far fronte ai loro impegni contratti con i mutui e per gli interessi, in pratica comprendono il versamento di oltre il 26 per cento delle entrate tributarie dei comuni, vale a dire oltre un quarto delle entrate tributarie dei comuni sono dovute al pagamento di queste cose. Da aggiungere a questo proposito che la maggior parte dei mutui assunti e che rientrano evidentemente nelle cifre che io ho citato, per il finanziamento soprattutto di opere pubbliche, godono di contributi annui costanti da parte dello Stato, della Regione, dei consorzi dei B.I.M. e via dicendo; o sono concessi — ed anche questo è un dato che ha la sua importanza agli effetti generali — sono concessi con tassi a interesse agevolato. Qualche caso anche — e l'esperienza ce lo insegna — senza interesse alcuno, da parte dei B.I.M. ad esempio. Ora io volevo fare qualche considerazione, a proposito della legislazione che interessa da vicino i comuni, senza entrare nel merito se si dovranno o non si dovranno fare determinate cose. I vantaggi apportati per il passato, per lo meno dalla legge 17, sono quelli che sono; tuttavia sarebbe il caso di rilevare come sarebbe più opportuno, per lo meno per quanto riguarda le amministrazioni comunali, che il periodo di ammortamento del mutuo fosse più lungo di quello di 15 anni previsto dalla legge. Ciò avrebbe consentito e consentirebbe evidentemente un minore onere an-

nuo per l'ammortamento e di conseguenza un minor irrigidimento dei bilanci dei Comuni. Perché lei sa, signor assessore, senza dubbio meglio di me, che i bilanci comunali di questo irrigidimento risentono in misura veramente particolare, e non consentono agli amministratori di operare una certa politica. Inoltre — ed è la seconda questione, anche se mi rendo conto che ci troviamo di fronte a un cartello di quelle che sono le banche — di regola la Cassa di risparmio, ed anche questa è una esperienza corrente, stabilisce nella misura dell'8% annuo, grosso modo, il tasso di interesse per i mutui che vengono assunti dai comuni.

Questo tasso è ridotto, per quanto riguarda la Cassa depositi e prestiti, al 5 e 1/2%, e al 66,25% per quanto riguarda gli istituti di previdenza. Ora mi rendo conto — e non vorrei apparire ingenuo, anche se su certe cose è bene essere ingenui certe volte — che trovandosi in presenza di cartelli bancari, la Cassa di risparmio agisce in conformità. Però la Cassa di risparmio non è un ente che dovrebbe pensare solamente a fini speculativi, per cui dovrebbe essere aprioristicamente da escludere la possibilità di convenzioni con la Cassa che permetta di contrarre i mutui ad un tasso di interesse che sia inferiore a quello applicato, per lo meno per quanto riguarda gli enti pubblici o per lo meno le amministrazioni comunali, dato che siamo in questo discorso. Ho un'altra osservazione da fare a proposito degli enti bancari, anche se qui parlo di un ente particolare, ed è quello del Credito fondiario. Il Credito fondiario concede dei mutui anche a lunga scadenza, a un tasso di interesse favorevole, ma con uno scarto iniziale sulla vendita delle cartelle che è troppo pesante, per cui noi ci troviamo in presenza di un 14 un 15% del valore nominale del mutuo, che in certo qual senso viene praticamente decapitato come prestito da parte dell'istituto. E allora troveremo che i mu-

tui contratti con l'Istituto di credito fondiario, tenuto conto dello scarto per il collocamento delle cartelle, è superiore a quello per l'ammortamento di un mutuo di pari importo assunto presso la Cassa di risparmio.

Un'altra cosa vorrei dire a proposito degli istituti che potrebbero dare un apporto di carattere finanziario ai comuni, e che potrebbero essere le Casse rurali. Noi abbiamo sentito anche nei giorni scorsi, come nei confronti dei comuni, degli enti pubblici in genere, le Casse rurali non abbiano dato questo gran che di apporto; abbiamo sentito parlare di qualche centinaio di milioni sui molti miliardi che sono impiegati nelle Casse rurali. Però per questo sarebbe necessario che venisse istituito un apposito istituto di credito che raccogliesse parte dei depositi esistenti presso le Casse rurali, da destinare a investimenti a lungo termine, perché è notorio, ed è inutile che lo dica, che le Casse rurali, mutui di questi tipo, a lungo termine, non possono permettersi di farli. Ciò consentirebbe investimenti più redditizi; da un certo punto di vista le Casse rurali consentirebbero l'assunzione di mutui da parte dei Comuni, con minori oneri da parte degli stessi.

Sarebbe un vantaggio per i piccoli risparmiatori della provincia, perché sappiamo che nelle Casse rurali investono proprio operai e contadini, e sarebbe d'altra parte un vantaggio per i comuni.

Questo, signor assessore, per quanto riguarda i suggerimenti che potrebbero essere adottati e messi in pratica, pur con le difficoltà, intendiamoci bene, delle quali mi rendo perfettamente conto; ma è altrettanto chiaro che il pubblico amministratore non deve arrendersi di fronte alle difficoltà che si frappongono sul cammino da percorrere, per quanto riguarda le possibilità accanto alle altre predisposte dallo Stato, predisposte dalla Regione, per alleviare, in un certo qual senso, la situazione di pe-

santezza in cui si trovano i comuni, per quanto riguarda la provincia di Trento.

La Giunta provinciale di Trento, e in particolare l'assessorato agli enti locali della Provincia, ha nei confronti dei comuni una politica con contorni abbastanza precisi; politica con la quale si cerca di fronteggiare, nel modo migliore consentito, con le difficoltà che ci sono, la situazione. E questa politica si articola in che cosa? Si articola da un lato nel contenimento del carico debitorio, prendendo in esame le deliberazioni dei comuni e badando bene a che ci sia la copertura finanziaria necessaria. Politica che si articola, d'altra parte, in un incremento delle entrate soprattutto tributarie. Il signor assessore ha fatto un breve accenno a quello che è il carico tributario per quanto riguarda il riferimento tra il carico esistente nella nostra regione e il carico esistente in campo nazionale. Dobbiamo dire che da parte degli uffici della Provincia, — anche se la cosa non è delle più semplici, non è senza dubbio una cosa popolare, in questa direzione si opera proprio per incrementare quella forma tributaria, che è l'unica che possa garantire un gettito effettivo ai comuni, anche se è la meno popolare. E inoltre si opera in direzione della consorzializzazione dei servizi. Anche a questo problema il signor assessore ha accennato nella sua relazione. Io debbo aggiungere a questo proposito che in questa direzione, per quanto riguarda la consorzializzazione dei servizi, come razionalizzazione dei servizi stessi, da parte della Provincia di Trento per lo meno e da parte dell'assessorato, non si è lasciata perdere alcuna occasione, ci si è sempre indirizzati verso queste direttive, anche disattendendo il parere degli organi tecnici, che qualche volta hanno voluto riconoscere delle esagerazioni in questa direzione. Questo, vuoi per quanto riguarda servizi di lavatrici, servizi di segreteria, servizi di custodi forestali e via dicendo. Un unico

limite si sono posti la Giunta provinciale e lo assessorato agli enti locali, ed è che quel determinato servizio sia garantito; al di fuori di questo nessun altro ostacolo, anche da parte di organi tecnici chiamati a dare il loro parere, è stato preso in considerazione.

E un'ultima considerazione, signor assessore, in direzione della unificazione dei comuni. Ho già accennato prima a questo proposito e al fatto che la Regione si è resa compartecipe, sia pure in situazioni storicamente che potevano essere anche valide — io non discuto — allora, ma comunque si è resa compartecipe della proliferazione di un determinato numero massiccio anche di comunità soprattutto per quanto riguarda il Trentino. Ora in questa direzione noi abbiamo intrapreso una azione mettendo il naso fuori della porta, perché evidentemente non è sufficiente discutere nell'ambito di assemblee, o discutere unicamente nell'ambito di un determinato numero di amministratori. Occorre, ripeto, mettere il naso fuori della porta, e andare a discutere con gli amministratori locali, con i comuni. E questo è stato fatto, sia pure entro una certa misura, da parte dell'assessorato della Provincia di Trento, dell'assessorato agli enti locali.

Non è una cosa anche questa molto popolare, perché lo spirito independentista, chiamiamolo così per intenderci, che si giustifica parzialmente anche sul terreno democratico, è ancora radicato, e si tratta di vincere certe resistenze, di fare un'opera di persuasione che molte volte costa pazienza, costa fatica, costa spirito anche di sacrificio da parte di chi si reca a fare queste cose. Per cui sarebbe bene che un'azione di questo genere, — di mettere il naso fuori della porta —, venisse allargata a tutti quanti, a tutta quanta la amministrazione regionale, se si ritiene utile una cosa di questo genere, e a tutta quanta la amministrazione provinciale e non solo a un settore.

Ma io vorrei chiudere questo mio breve intervento. Dicevo prima che io non intendo fare degli interventi a carattere generale, come è successo nell'ambito di ogni assessorato, nel corso di questa discussione, a proposito di questo io vorrei invitare il signor assessore a non voler mortificare quelle poche iniziative che sono state prese nel senso della unificazione dei comuni, non mortificarle con ritardi eccessivi nel varo della necessaria legge. Quando ci troviamo in presenza di deliberazioni da parte di comuni, quando ci troviamo in presenza a dei referendum da parte delle popolazioni che dicono: noi intendiamo dare un nuovo corso alla nostra comunità, non si può disattendere questa attesa prolungando nel tempo il varo delle leggi. Io vorrei rivolgere in questo senso una vivissima preghiera all'assessore regionale, perché quando ci troviamo, ripeto, in presenza di queste deliberazioni, si prenda atto e si concluda con un provvedimento legislativo.

Con questo io termino il mio intervento, ringraziando senza dubbio per l'altro verso sul quale io non ho parlato, il signor assessore per la sua relazione ricca di dati e di indicazioni.

PRESIDENTE: La parola alla signorina Perazzolli.

PERAZZOLLI (D.C.): Signor assessore, riferendomi alla sua relazione, apprezzata, sintetica, sull'attività assistenziale del suo assessorato, desidero porre l'accento su alcuni temi per quanto riguarda in modo particolare il servizio sociale. Sono temi, lei ha detto, che verranno dettagliatamente approfonditi nella prossima conferenza regionale sull'assistenza, sono anche temi più vivi, più umani, che ben a ragione, oggi, sono di interesse preminente e sui quali si stanno elaborando abbondanti disegni di legge; temi cioè che hanno dietro di sé

l'uomo nei momenti più vivi, più dolorosi della propria vita, nei momenti cioè in cui si richiede un sollecito e attento intervento della società attraverso i suoi operatori sociali e assistenziali, tecnici preparati e particolarmente sensibili per questi delicati problemi. È ben presente a lei, signor assessore, e all'attenzione della Giunta regionale, che il diritto alla vita, al lavoro, alla previdenza e all'assistenza sociale, costituisce l'insieme di elementari diritti, che un società ordinata, civile, deve garantire a tutti i suoi membri, a qualunque condizione sociale essi appartengono, costasse ciò anche notevoli sacrifici finanziari. La Giunta regionale procede così, sempre di più, verso la realizzazione di quella protezione e sicurezza sociale, che è meta ormai di ogni stato moderno, di ogni società civile. In questo quadro si inserirà anche la conferenza regionale sull'ordinamento e sui compiti delle istituzioni pubbliche di assistenza e di beneficenza, che se ha dovuto essere prorogata per le imprevedibili calamità dell'autunno scorso, giungerà ugualmente molto opportuna e molto attesa da tutti gli operatori e dirigenti delle attività assistenziali. Se non dovremo attenderci da una conferenza — ed è naturale — una riforma della esistente sovrapposizione e talvolta disorganizzazione di tanti settori dell'assistenza e della previdenza, o della già fin troppo lamentata moltiplicazione degli enti assistenziali, potremo però sperare nella volontà precisa e decisa della Regione, di coordinare questa vasta materia assistenziale e previdenziale. Penso che lo scopo della conferenza sia proprio questo: di aumentare, cioè, lo sforzo, per un riordinamento delle attività volte al benessere sociale e un opportuno coordinamento fra di loro, onde si possano eliminare quei duplicati e quelle sovrastrutture rivelatesi ormai del tutto inutili.

Allora così si potranno anche sfruttare le energie, oggi impiegate nel settore dell'assisten-

za, di una moderna organizzazione assistenziale, che deve essere in grado di individuare i vuoti, le zone di esclusione dal processo di sviluppo e di intervenire attivamente per coprire tali carenze, per aiutare validamente ciascun cittadino bisognoso ad acquistare l'auto-sufficienza e per assicurargli una effettiva libertà del bisogno. È risaputo ormai che tutto ciò si può ottenere solo attraverso l'azione del servizio sociale, di quel servizio cioè che si avvia oggi sempre più verso una maggiore considerazione dei bisogni della persona umana, in relazione diretta all'ambiente familiare e di lavoro, alla comunità in cui vive. Sempre più cioè la pubblica assistenza non si può né si deve limitare a provvedimenti generici di ricovero immediato e di concessioni di sussidio e di aiuti; sempre più anche l'assistenza deve essere considerata problema di prevenzione, di recupero e di riadattamento, poichè soltanto prevenendo i mali è possibile raggiungere un effettivo miglioramento dell'individuo e della società. E per poter ottenere risultati più soddisfacenti ed erogare prestazioni assistenziali in forme più razionali, moderne e adeguate ai diversi stati di bisogno, occorre dare al servizio sociale una struttura più conforme alle nuove dimensioni che l'ente pubblico ormai ha assunto. Il cosiddetto trattamento del caso esige un personale tecnicamente qualificato di assistenti sociali, che posseggano chiara capacità, conoscenza di metodi, di tecniche, una particolare sensibilità che li rendano validi intermediari tra un organismo di per sé astratto, come l'ente pubblico e i singoli casi in cui si incarna il bisogno. La Regione si avvale già da diversi anni di un suo centro di servizio sociale, al quale è stata data una sempre maggiore autonomia di azione e un giusto trattamento giuridico e economico. Le prestazioni però che la Regione richiede al centro di servizio sociale si ampliano sempre più, al punto da creare una sproporzione, talvolta,

fra di essi e il numero di assistenti sociali disponibili; questo naturalmente anche per quanto riguarda le province o per lo meno la mia provincia, la provincia di Trento. Sempre più l'opera delle assistenti sociali viene richiesta nelle vallate, dove gli amministratori locali ne apprezzano la collaborazione e l'intervento adeguato alle reali necessità che la società presenta e alle sue aspettative. Il piano urbanistico provinciale di Trento prevede il decentramento nei comprensori di alcuni servizi, fra i quali non potrà mancare il servizio sociale. Si formerà così la condotta sociale, strumento validissimo per realizzare nel comprensorio un programma completo di assistenza, di studio e rilevazioni di problemi, delle condizioni economiche e sociali della popolazione.

L'assistente sociale potrà evidenziare gli aspetti tipici della vita associativa, potrà studiare e curare i problemi della emigrazione, coordinare gli interventi assistenziali e i vari servizi delle amministrazioni regionali e provinciali o di altri enti e rappresentare quel *trait d'union* fra le varie amministrazioni e i singoli cittadini, fra gli enti locali e tutti gli operatori assistenziali. Questi ultimi troveranno nell'assistente sociale il consigliere più utile, perché tecnicamente preparato, colui che abitando nel comprensorio è a contatto continuo con le popolazioni locali e può conoscere quindi in profondità le particolari caratteristiche di ogni comunità vivente nel comprensorio ed allacciare rapporti di collaborazione anche con tutti i responsabili scolastici, culturali, sanitari, religiosi, ecc. Non dubito — e di questo vorrei proprio pregare l'assessore — che la Regione collaborerà ad impostare il servizio sociale su queste basi più moderne e più rispondenti alle esigenze della nuova società in continua evoluzione. Desidero qui accennare, proprio per convalidare quanto detto, ad alcune specifiche attività che il Centro regionale di servizio sociale

ha svolto anche nel trascorso anno, adeguandosi prontamente ad esigenze del tutto notevoli ed in parte anche imprevedibili. È stato completato lo studio, come ha già detto l'assessore nella sua relazione, sulla situazione e sulla funzionalità dei 334 ECA della Regione. Il sopralluogo e il colloquio di un'assistente sociale con i dirigenti e responsabili degli ECA, ha potuto fornire una visione generale del settore, dati precisi sul numero e la natura degli assistiti e situazioni di bisogno, i tipi di prestazioni erogate, i bisogni scoperti, la situazione finanziaria, gli eventuali problemi organizzativi dell'ente. Sulla base di questi elementi, il centro ha potuto formulare una precisa proposta di contributo, come dice la relazione, fissando una tabella base degli importi di cui l'ente dovrebbe disporre per coprire i bisogni.

Lo studio esteso agli ECA, a tutti gli ECA della Regione, ha evidenziato alcuni problemi di fondo: la quasi generale insufficienza di fondi degli ECA, rispetto alle esigenze minime vitali dei soggetti da assistere, e spesso la mancanza di criteri razionali nell'assegnazione della assistenza e la inadeguata conoscenza e utilizzazione delle forme specifiche di aiuto da parte di enti previdenziali e assistenziali. Un altro aspetto emerso dallo studio sugli ECA è quello della scarsa funzionalità che si riscontra in gran parte di detti enti, considerati troppo spesso come enti — dice la relazione — a solo sfondo caritativo e non come organismi pubblici preposti all'assolvimento di un preciso compito nei confronti della popolazione bisognosa ed a cui la società ha dato in genere troppo scarsa importanza. L'intervento del Centro di servizio sociale si è proposto appunto di far prendere coscienza, sia agli amministratori degli ECA, sia alla comunità, della importante funzione sociale che questo ente è chiamato ad assolvere. Anche i gravi problemi posti dalle recenti alluvioni hanno aperto agli ECA orizzon-

ti nuovi e li hanno aiutati a valutare con maggiore obiettività e sensibilità umana e sociale le situazioni di bisogno. Molti di questi ECA, che annualmente potevano disporre di modestissime somme, si sono trovati improvvisamente a dover amministrare forti somme, che seppure corrispondenti a gravi necessità, hanno però aiutato gli ECA a valutare le possibilità di autonoma operatività e di ulteriore sviluppo. Il fatto che gli amministratori degli ECA si siano dimostrati in genere molto sensibili alla collaborazione loro offerta e che in più casi abbiano chiesto frequenti contatti con l'assistente sociale, incoraggia il Centro regionale di servizio sociale a continuare questa opera validissima per un migliore e più responsabile funzionalità degli ECA. Affiancamento che non significa sfiducia in essi, collaborazione che non diminuisce la loro libertà, ma che ne difende la discrezionalità e la loro autonomia. Importante è però che il colloquio con gli ECA continui; potrà essere domani un compito preciso dell'assistente sociale della condotta. L'anno scorso si era sentito parlare di un corso di aggiornamento per amministratori degli ECA. Considero la sua attuazione, signor assessore, assolutamente indispensabile, onde mettere il maggior numero possibile di amministratori all'altezza del loro compito e prepararli ad assolvere con consapevolezza il loro mandato, anche in vista della tanto auspicata riforma nazionale degli ECA, che dovrebbe assegnare loro una più ampia sfera di attività e maggiori mezzi finanziari.

C'è un altro tema, che il Centro regionale di servizio sociale ha particolarmente curato, ed è quello degli anziani, come lei giustamente ha detto. L'indagine sulle case di riposo è stata portata a termine, e lei, signor assessore, ne pubblicherà, penso, senz'altro i risultati. Sono stati approfonditi tutti i temi che riguardano le case di riposo, che sono ben 40 in provincia

di Trento e 56 in quella di Bolzano; si è chiarita la natura giuridica, la struttura amministrativa di ognuna, talvolta fondate su basi fragilissime e inesistenti. Si è messa in luce la situazione relativa al personale — dice la relazione — sia religioso che laico, riguardo ai compiti, alla qualificazione, all'età, alla retribuzione, e così pure la situazione relativa agli ospiti, come numero di presenze, zone di provenienza, categorie professionali rappresentate, condizioni fisio-psichiche, assistenza fisica, psicologica, ecc. Non si è trascurato, logicamente, l'aspetto della funzionalità della casa, per quanto riguarda l'ubicazione la disponibilità di aree verdi, le stanze da letto, i locali adibiti a soggiorno e via dicendo. Indagine quindi accurata, che può dare una visione completa di questo importante settore rivolto alla cura delle persone anziane, di coloro cioè che bene avrebbero meritato anche una maggiore comprensione, dopo una vita spesso dura e piena di sacrifici, priva, per molteplici cause, di quelle soddisfazioni che loro spettavano ed ai quali quindi la società ha il dovere di procurare un ambiente confortevole, sereno, caldo, che possa, almeno in parte, sostituire la famiglia, che per ragioni più o meno giustificate è venuta meno al suo dovere o non è in grado di ospitare il proprio congiunto. La attenta e completa indagine sulle case di riposo, fatta dal Centro regionale di servizio sociale, dovrà avere lo scopo anzitutto di giungere a una programmazione a carattere regionale sugli interventi da fare — e lei mi pare l'ha accennato nella sua relazione —.

Accanto agli aiuti finanziari sarà indispensabile la collaborazione tecnica sui lavori di riattamento, sui progetti di nuove costruzioni, sull'arredamento, sulla gestione della casa, sull'alimentazione, sull'organizzazione della vita interna delle case. Ciò dimostra come il cammino da compiere sia ancora lungo, sia per quanto riguarda le strutture edilizie, sia per

quanto riguarda la concezione dell'assistenza dell'anziano sano o ammalato. È giusto però riconoscere e dichiarare che tutto il settore è in movimento e che, specie in questi ultimi anni, alcune positive, coraggiose esperienze, hanno trovato pratica attuazione, sia per iniziativa degli enti locali, sia anche per l'opera di stimolo, di incoraggiamento e di sostegno morale e finanziario, svolto dalla Regione e dalle Province. È auspicabile quindi che quest'opera di intervento non solo continui, ma si sviluppi ulteriormente, specie per quella funzione di coordinamento, di stimolo e di diretto intervento che la Regione può assolvere e che io auspico faccia in relazione a un programma ben definito, affinché venga favorita una positiva evoluzione di queste benemerite istituzioni verso impostazioni sempre più razionali. Nel piano programmatico non potrà mancare la previsione delle case per lungodegenti — ne ha già accennato il cons. Mattivi — dei reparti cioè geriatrici, dove possono essere accolti gli anziani in condizioni precarie di salute, e tali da non consentire la loro permanenza in famiglia: certe categorie di anziani, come ex infermi di mente — e questo, purtroppo, è una piaga gravissima anche nella nostra provincia di Trento — o anziani che presentano malattie e disturbi per cui non c'è la possibilità fisica di provvedere a se stessi. Sono case che dovrebbero sorgere annesse agli ospedali, dove cioè l'assistenza medica possa essere sempre a portata di mano, con camere di un massimo di due o tre letti. È allarmante, veramente, la percentuale di ammalati cronici nelle case di riposo, per cui assolutamente è indispensabile anche l'istituzione del servizio medico obbligatorio nelle case di riposo che abbiano almeno un certo numero di posti letto, e così pure le visite specialistiche per arteriosclerotici e nevropatici. All'opera della Regione dovrà affiancarsi però quella di tutti gli enti interessati: ECA, am-

ministrazioni di opere pie, delle due Giunte provinciali, onde poter raggiungere un bene sociale di così vasta portata.

E come proposta pratica, signor assessore, io vorrei suggerirle di preparare una legge, tipo quella operante già per gli ospedali, con possibilità di accendere mutui con tassi agevolati. Potrebbe essere questa un'iniziativa che dà veramente stimolo e soprattutto forza alle amministrazioni locali anche private. Ritengo e auspico che questo importante tema trovi un'ampia trattazione nella prossima conferenza regionale sull'assistenza, alla quale potranno seguire degli incontri a tutti i livelli, affinché il problema degli anziani non rimanga insoluto o non sia uno sforzo di singole persone o di qualche ente, con scarso risultato, ma investa e unisca le responsabilità di tutti gli enti pubblici interessati al raggiungimento di ampie mete sociali e assistenziali, a un servizio cioè aperto a tutti i cittadini. Merita anche un particolare cenno il servizio svolto dal Centro regionale di servizio sociale in favore degli alluvionati: per due mesi abbondanti — l'abbiamo letto anche nella relazione — le assistenti sociali hanno sospeso quasi completamente la loro normale attività per dedicarsi ai servizi di emergenza. Alcuni assistenti sociali collaborarono con il Comune e l'ECA di Trento nei centri di assistenza istituiti nelle zone della città maggiormente danneggiate; io posso dire di averle viste operanti, di averle viste veramente e concretamente, e direi soprattutto con molto amore, con molto calore, operanti in questo particolare, triste momento. In un primo tempo furono a disposizione del pubblico, per raccogliere attraverso colloqui individuali le richieste di assistenza immediata e di dati sulle singole situazioni di bisogno, collaborando così all'assegnazione di sussidi in denaro e degli aiuti in natura. In una seconda fase approfondirono le singole situazioni famigliari, attraverso visite

domiciliari a tutti i nuclei danneggiati, allo scopo di rilevare in modo più completo l'entità del bisogno e formulare concrete proposte di intervento, per quanto riguarda consistenza, forma e durata di un'assistenza con carattere il più possibile risolutivo del bisogno. Il Centro è stato inoltre interessato al servizio di primo intervento nella zona di Primiero, dove collaborarono con i colleghi della provincia autonoma di Trento alla rilevazione, attraverso visite domiciliari, della situazione di bisogno delle famiglie colpite in tutti i comuni della zona; in più il Centro si assunse il compito di effettuare un servizio a carattere stabile, con la presenza settimanale in zona di due assistenti sociali, per aiutare gli ECA ad assumere le nuove responsabilità che la grave situazione richiese, particolarmente per il comune di Mezzano. Devo dire che l'opera prestata dal servizio sociale nelle zone maggiormente colpite, è stata, non solo molto apprezzata, ma di notevole conforto e utilità per gli operatori assistenziali locali, i quali da soli non avrebbero saputo affrontare con positivi risultati la gravissima situazione creata dall'alluvione. Da quanto esposto risulta evidente che le spese relative al servizio sociale possano e debbano essere considerate come assolutamente produttive, in quanto completamente rivolte al recupero sul piano sociale di situazioni carenti, sia personali che istituzionali. Molto opportuno sarebbe anche che la amministrazione regionale potesse offrire — e questa è stata anche la richiesta fatta, mi pare, nella relazione delle assistenti sociali — potesse offrire alle assistenti sociali un periodico aggiornamento sulle materie relative al loro settore di lavoro in considerazione sia delle notevoli esigenze della società attuale, come della continua evoluzione e del perfezionamento delle acquisizioni tecniche della professione. Tutto questo lavoro del centro regionale di servizio sociale ci porta inevitabilmente a una con-

clusiva considerazione sulla scuola regionale di servizio sociale. La Regione ha una sua scuola, lo sappiamo, scuola che per serietà di impostazione, per il corpo dei docenti, per l'ordinamento di studi, è fra le più apprezzate sicuramente in campo nazionale. La Regione l'ha a suo tempo voluta, ora la finanzia assieme ad altri enti. È una scuola però che meriterebbe d'essere maggiormente conosciuta, non solo dalla pubblica opinione, ma anche da questo Consiglio regionale, il quale potrebbe rendersi conto come essa si perfezioni sempre più, attraverso l'esperienza dei suoi già molti anni di vita e attraverso l'attento esame della realtà sociale in cui l'assistente deve operare. Il suo primo scopo è quello, logicamente, di una adeguata preparazione di assistenti sociali, attraverso un piano di studi di ben 1500 ore di lezioni e di 1200 ore di tirocini professionali nell'arco di tre anni di frequenza. Quest'anno sono stati anche ulteriormente modificati e approfonditi i programmi di alcune discipline; si sono utilizzati i docenti universitari, si sono programmati incontri di studio per l'aggiornamento del corpo docente, sia nel settore teorico che in quello pratico; si sono perfezionati alcuni importanti strumenti didattici. La seconda finalità di tale scuola è quella di verificare e sviluppare il livello culturale e professionale degli assistenti sociali e dei servizi sociali operanti nella nostra comunità, attraverso frequenti riunioni e corsi di aggiornamento e attraverso consulenze individuali o di gruppo.

Altra meta che la scuola si prefigge è quella di contribuire al miglioramento di alcuni problemi assistenziali e sociali locali, con esperienze pilota di servizio sociale in nuovi campi di azione, con convegni pubblici che servono a murare la pubblica opinione di fronte a determinati problemi sociali, con ricerche e studi su problemi specifici, con la elaborazione delle

tesi di diploma degli studenti. Gli iscritti a questa scuola vengono responsabilmente selezionati, onde evitare che elementi privi di particolare attitudine o di sensibilità sociale, equilibrio, serietà, vengano avviati a una professione così difficile e delicata. Ma tutti i diplomati da questa scuola — e mi pare che questa anche sia una ragione molto positiva per conoscere e anche per apprezzare la scuola — hanno trovato sempre facilmente occupazione, anche con possibilità di scelta del settore più confacente.

A conclusione, signor assessore, desidero asserire come la Regione stia attuando una valida e concreta politica sociale ed assistenziale, che è finalizzata alla valorizzazione della persona umana, alla salvaguardia della salute dei cittadini. È un programma ampio e impegnativo, basato su un programma preciso, che richiede un continuo coordinamento e impegni finanziari notevoli. Il tutto, volto alla sicurezza sociale e alla libertà dal bisogno, beni indispensabili e richiesti da ogni società evoluta e civile.

Visto che ho la parola però, signor assessore, vorrei approfittarne anche per accennare — e lei lo sa — a quel laconico « per memoria » dell'art. 585.

Necessità quindi di dire una parola anche sull'ONMI; su questa ONMI che pochi conoscono, che molti però dovrebbero vedere in attività e in una proficua e preziosa attività. Non sto a fare tutta la storia dell'ONMI, perché sarebbe veramente forse stucchevole per i colleghi. Dico solo che essendo nata quarant'anni fa, nata per una preoccupazione dei politici, dei responsabili di allora, per la fortissima, preoccupante percentuale di neonati o bambini morti nella prima infanzia, si era assunto, già d'allora e lo continua adesso, un compito esclusivamente profilattico, formando in ogni provincia una rete di consultori materni e pediatrici, di medici specialisti e assistenti sanitari e visitatrici, per affiancare e aiutare le madri, onde

concorrere ad una crescita armonica e sana del bambino. Alcune iniziative modernissime, che si aggiornano in pieno coi tempi, come quella del libretto sanitario consegnato alla nascita, una specie di carta di identità del bambino, sulla quale si scrivono tutti gli avvenimenti degni di nota, sulla crescita del bambino, ecc., la carta materna per la madre, fanno capire come questa opera, questa istituzione benemerita, che pure è nata quarant'anni fa, si stia aggiornando notevolmente e continuamente ai bisogni e ai criteri moderni del tempo in cui viviamo.

Il grave errore che anche in questo caso la Giunta regionale mi pare abbia fatto, è stato quello di pensare che quegli aiuti che in passato la Regione, come la Provincia di Trento, per esempio, come altre province e altre regioni, davano all'ONMI, fosse stato un incremento dei fondi praticamente che l'ONMI dovrebbe ammannire da sé. E questo ci tengo a precisare che non è vero, in quanto lei sa che l'ONMI ha preminente compito profilattico. Non è mai nata l'ONMI per fare cioè della assistenza vera e propria. Quindi per noi, almeno per la provincia di Trento, l'ONMI è sempre stato quel canale pratico, immediato, sollecito, per dare o per fare, almeno nella nostra provincia di Trento, un'assistenza immediata, un'assistenza cioè sollecita, proprio perché tutti sappiamo che chi dà subito dà doppiamente e che nel bisogno non si può attendere. Ecco perciò che questo canale che la Provincia di Trento ha sempre adoperato nell'ONMI per fare questa assistenza, non è naturalmente che sia un canale che può o che viene a mancare a un suo compito, chiedendo questi fondi sia alla Provincia come alla Regione. Sappiamo che la Provincia di Trento anche in quest'anno, anche in questo bilancio che ancora non ha discusso, ha stanziato una somma veramente considerevole. Ora io vorrei precisare qui quali tipi di assistenza,

attraverso questo canale dell'ONMI, viene fatta, assistenza che altrimenti — questo ci tengo a sottolineare — nessun altro ente, per legge o per competenza specifica, sarebbe nella possibilità di fare. L'anno scorso, per esempio, nell'anno 1966, sono stati spesi nella provincia di Trento 47 milioni, più 2 milioni e mezzo che poi la Regione aveva messo a disposizione, per assistenza, con sussidio a domicilio per un importo di quasi 10 milioni, con un numero di 568 minori assistiti. E questo perché? Perché erano famiglie che in particolari momenti, in particolari frangenti, si trovavano nella assoluta indigenza, nella necessità di essere aiutate. Per l'assistenza minori, mediante affido in istituto educativo assistenziale, sono stati spesi nella provincia di Trento ben 24 milioni e mezzo, assistendo un numero di bambini di 376: cioè minori che hanno necessariamente dovuto essere affidati alla cura di particolari istituzioni, perché la famiglia, per varie ragioni che io non sto a illustrare perché la casistica è vastissima, non poteva assolutamente tenere nel proprio ambito. Assistenza minori legittimi di età superiore agli anni 15: sono stati spesi quasi 5 milioni; questo perché purtroppo la legge italiana non consente alle Province di estendere la sua assistenza ai minori, dopo il 15° anno di età. È chiaro che a 15 anni un ragazzo non è né istruito, né formato, né preparato professionalmente, e quindi interrompere l'assistenza, il processo assistenziale proprio in quel momento, vuol dire rovinare un adolescente, vuol dire quindi interrompere o troncarlo una possibilità, a cui certamente qualcuno deve pensare. Ed ecco allora che in questi casi noi subentriamo con i fondi che la Provincia e la Regione ci danno, attraverso appunto questo canale che è l'ONMI. Così pure l'assistenza di minori affidati all'Istituto provinciale infanzia: noi sappiamo che molti bambini nascono in momenti drammatici, quando la madre per esempio può

morire, quando la madre può essere ricoverata in ospedale, quando può essere ricoverata in un ospedale psichiatrico. Purtroppo sono casi non rari in tutte le comunità, non solo nella nostra provincia, e penso questo anche a Bolzano, purtroppo, e lì nessuno, per legge o per competenza propria, potrebbe intervenire. Anche qui abbiamo speso quasi 4 milioni. Assistenza di minori affidati a famiglie private, cioè minori ai quali abbiamo dato una famiglia, visto che la propria famiglia o non c'era più o era carente o non poteva assolutamente trattenere in sé il proprio figlio, ed ecco che anche per questi sono stati spesi 2 milioni e mezzo. Sono interventi questi, signor assessore, che sicuramente, non solo sono indispensabili, ma sono socialmente, veramente, assolutamente necessari, nel senso che nessun altro, come le ho detto — insisto su questo — potrebbe farlo. Quindi io confido molto, in quanto già lei mi ha promesso nella commissione finanze, durante lo svolgimento della discussione di questo bilancio, che si sarebbe senz'altro adoperato per portare in seno alla Giunta regionale di nuovo questa istanza vivissima, calda, che io rivolgo a lei, signor assessore, e attraverso lei, naturalmente, al signor Presidente e a tutta la Giunta regionale. Io la ringrazio fin d'ora per quanto . . .

(*INTERRUZIONE*)

PERAZZOLLI (D.C.): All'assessore finanze bè, è chiaro . . .

AVANCINI (assessore finanze e patrimonio - P.S.U.): Abbiamo fatto la variazione.

PERAZZOLLI (D.C.): Va bè, se questo è, tanto meglio, e allora chiedo all'assessore, se è possibile, nella sua replica, avere una risposta precisa a questa mia richiesta, e sarò senz'altro pienamente soddisfatta.

PRESIDENTE: La parola al dott. Dal-sass. Rinuncia.

La parola all'avv. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Signor Presidente signori consiglieri, ho letto con molta attenzione la relazione che l'assessore agli enti locali ci ha fatto distribuire quest'oggi, e debbo dichiarare che la giudico veramente una relazione coraggiosa, coraggiosa per certi temi che egli ha affrontato e anche debbo dire per le soluzioni che ad alcuni problemi degli enti locali della Regione egli ha indicato. Innanzitutto debbo dire che ho constatato con compiacimento come, dopo 19 anni di autonomia regionale, uno dei fenomeni che ha contrassegnato più negativamente la vita dei nostri comuni, quello che fu definito della polverizzazione dei comuni, sta per essere visto da un angolo visuale che è nettamente l'opposto da quello dal quale fu considerato fino a non molto tempo fa. Mi compiaccio con l'assessore per averlo definito un fenomeno separatista; mi compiaccio soprattutto perché con questa espressione egli ha riesumato una definizione che altri prima di lui in questo Consiglio, molti anni fa, quando il problema, il fenomeno come egli lo chiama giustamente, ebbe inizio, tale espressione, tale definizione gli attribuirono. È giusto d'altra parte chiamarlo, averlo chiamato fenomeno separatista ed è altrettanto giusto aver dichiarato formalmente che esso va combattuto. Mi compiaccio altresì per aver letto che questo fenomeno si sta maturando, nel senso che ormai persino la mentalità degli amministratori e delle popolazioni lo comprende e lo afferra in tutto il suo aspetto negativo. Si parla appunto nella relazione di una nuova mentalità che amministratori e popolazioni stanno assumendo al riguardo. State attenti, signori della Giunta, sta

te attenti colleghi dei partiti avversari che in questo campo foste di parere contrario a quello di chi vi parla da questi banchi, tutte le volte che questo problema avete affrontato ai tempi della cosiddetta polverizzazione, state attenti che questo fenomeno, anzi che questa mentalità non venga definita una mentalità fascista. Infatti 40 anni or sono, nel 1927, una riforma di questo genere fu attuata dall'allora regime o governo che reggeva le sorti d'Italia, e contro questa riforma, dal 1950 in poi, anzi dal 1949 in poi, noi abbiamo sentito lanciare tutti gli strali, di fronte ad essa abbiamo visto stracciarsi le vesti di tutti i sinceri e provati autonomisti e regionalisti che allora si sentivano in dovere di fare, e in parte alcuni questo dovere lo sentono ancora oggi, esattamente il contrario di quello che era avvenuto, era stato fatto in quel campo 30 anni prima. L'assessore nella sua relazione ci parla di un piano di ridimensionamento organico delle attuali circoscrizioni. Nel compiacermi di questo, io vorrei pregare l'assessore di farcelo conoscere questo piano di ridimensionamento. A quanto pare dalla sua relazione, si tratta di uno studio non solo accurato, ma anche interessante, che noi vorremmo conoscere nei suoi dettagli e in tutti i suoi aspetti più particolari. Egli ci dice altresì che son già in corso alcuni disegni di legge, relativi all'attuazione di questo piano per quanto riguarda alcuni comuni che sentono la necessità di riunirsi soprattutto per ridurre le spese della loro gestione, quelle spese che costituiscono l'aspetto più negativo, più deleterio del fenomeno cosiddetto separatista. Fenomeno che ha colpito soprattutto il Trentino, perché in provincia di Bolzano, come ci ricorda lo stesso assessore, esso più che contenuto è stato, vorrei quasi dire, avversato. Infatti i casi di comuni, di frazioni che si siano voluti separare dal comune al quale appartenevano in Alto Adige, credo che si possano con-

tare sulla punta delle dita, sulle dita di una mano sola. Ecco perché oggi giustamente l'assessore mette in evidenza nella sua relazione, che in provincia di Bolzano il problema della riunificazione dei comuni quasi non esiste. Il Presidente della Giunta, nella sua relazione, ci ha dato anche un quadro sinottico molto interessante sulla composizione demografica dei comuni; e da questo quadro abbiamo visto che circa il 30% dei comuni, se non vado errato, hanno una popolazione inferiore a 500 abitanti, il 20% hanno una popolazione inferiore a 200 abitanti. Se si pensa che per molto tempo si sono prese in considerazione aspirazioni di popolazioni che pur di autogovernarsi, pur di autoamministrarsi non badavano al fatto che esse non avrebbero superato numericamente le 200 unità, ed oggi si riconosce che affinché un comune possa veramente amministrarsi, possa adeguatamente soprattutto amministrarsi, deve avere una popolazione non inferiore a 3 mila abitanti, non si può non constatare che finalmente, sia pure a spese nostre, sia pure a spese dei comuni, si è riconosciuto un dato fondamentale che molto tempo prima aveva costituito, come ho detto, consentitemi di ripeterlo, la base di una vera e propria riforma, contro la quale, soltanto per faziosità politica, si è voluto infierire, si è voluto insorgere in questo secondo dopoguerra. Comunque, ripeto, rallegriamoci di questo passo anche se esso è stato compiuto a spese delle stesse popolazioni, a spese se vogliamo di noi, perché l'esperienza è stata fatta proprio da coloro che hanno auspicato, non certo per ragioni di convenienza amministrativa, ma per ragioni che nulla avevano a che vedere con una sana amministrazione, la riforma contro la quale oggi si sta preparando quella che ben può essere definita la controriforma.

Ed interessante anche è quella parte della relazione dell'assessore agli enti locali, nella

quale ci intrattiene su uno dei temi più spinosi e più importanti del suo assessorato, quello della finanza locale. Interessante soprattutto per i dati che egli ci fornisce e di cui io gli devo esprimere il mio più sincero ringraziamento, il mio più sincero compiacimento, perché sono dati che illuminano la situazione dei comuni, sono dati che illuminano soprattutto noi, che di questa situazione ci dobbiamo interessare nella nostra veste di amministratori. Egli denuncia giustamente la preoccupante dinamica del fenomeno deficitario, sia in ordine al progressivo aumento del numero dei comuni interessati, sia e maggiormente in ordine all'ammontare complessivo del disavanzo economico. È una denuncia che deve fare seriamente meditare, è una denuncia che però non deve essere limitata alla pure e semplice meditazione, ma deve, secondo me, come tutte le volte che si affonda il bisturi in certe piaghe, invitare a riconoscere, invitare a ricercare le cause di questo fenomeno così negativo. E le cause ci sono indicate nella stessa relazione del Presidente, nella stessa relazione dell'assessore agli enti locali, anche se da un punto di vista, dirò così, generico, allorché ci viene detto che l'indebitamento dei comuni è il frutto di una amministrazione che non è mai stata oculata e che ha tenuto conto di interessi non sempre pertinenti a quelli propri dei comuni. In effetti noi stiamo raccogliendo i frutti di una politica che io definisco di sperpero del denaro pubblico, una politica di allegra amministrazione, che non sempre è stata fatta tenendo conto delle leggi dell'economia e della finanza che regolano anche la pubblica amministrazione come regolano l'amministrazione privata. Ma soprattutto stiamo raccogliendo il frutto di quello che è stato il fenomeno che nella prima parte della sua relazione l'assessore agli enti locali ha denunciato: il fenomeno della polverizzazione dei comuni. La provincia di Trento come voi sa-

pete è arrivata alla bella cifra di 227 comuni, quasi raddoppiando quelli che esistevano alla fine della seconda guerra mondiale. Ed è ancora interessante come questo fenomeno di indebitamento abbia assunto, come dice l'assessore, dimensioni e dinamica di rilievo. 950 milioni nel 1950, 6 miliardi e 200 milioni nel 1956, oltre 26 miliardi nel 1965, e ben 31 miliardi in quest'ultimo anno, cioè tra il 1965 e il 1966. Sono cifre veramente spaventevoli, quando si pensa che nello spazio di un anno, di un solo anno l'indebitamento è salito da 26 a 31 miliardi, è salito cioè di ben 5 miliardi, mentre nello spazio di 10 anni era passato da 6 a 26. È vero che questo fenomeno così acuto di crescita viene giustificato dal relatore con la considerazione ottimistica che due terzi dell'indebitamento riguardano investimenti in opere pubbliche e che pertanto si tratterebbe di investimenti produttivi. Ma io mi domando come, anche ammesso che le cose — e non lo voglio mettere in dubbio — stiano in questi termini, come si può ragionevolmente tollerare o ritenere logico ed equo un indebitamento che assume proporzioni della natura di quello che ci viene indicato in cifre precise nella relazione, anche se due terzi di questo indebitamento riguardano le opere pubbliche, quasi che la spesa per le opere pubbliche non fosse una spesa fatta attraverso la contrazione di mutui e quasi che questi mutui non fossero pesati o costati nel bilancio dei singoli enti pubblici e singoli enti locali, così come qualsiasi mutuo pesa in qualsiasi ente e in qualsiasi azienda. Spaventevoli, ho detto queste cifre, soprattutto se si considera che l'indice di incremento in sede regionale dei mutui è doppio rispetto a quello dello Stato, dico doppio a quello dello Stato, perché mentre quello dello Stato è pari al 400%, quello della Regione è pari al 780%. Quindi un indice di indebitamento della Regione doppio rispetto a quello dello Stato. Si-

gnori miei, io vi invito a fare le debite considerazioni su questo fatto, vi invito soprattutto a meditare e a riconoscere che almeno da questo punto di vista l'autonomia non è servita certo all'interesse della Regione, soprattutto non ha raggiunto quelle finalità che lo Statuto di autonomia e i profeti dell'autonomia le affidavano, se è vero che essa avrebbe dovuto servire soprattutto per incrementare sì le attività in genere pubbliche, ma per incrementarle in senso positivo, per incrementarle in modo non da pesare nella finanza pubblica, così come stanno pesando queste attività in base alle indicazioni che ci sono state fornite dalla relazione. È anche questo un indice che sta a dimostrare come i frutti del regionalismo siano, a distanza di venti anni, frutti veramente negativi, frutti che addirittura ci mettono in una condizione diversa e peggiore di quella di altre regioni dello Stato italiano che non godono ancora della fortunata autonomia della quale godiamo noi. A questo proposito la relazione dell'assessore cerca di indicare i rimedi alla situazione che si è creata in questo campo. E i rimedi che l'assessore indica mi trovano per lo meno pienamente consenziente, perché sono i rimedi più naturali, più ovvi e più logici che si possono trovare in una situazione del genere: quello di ridurre le spese correnti e di potenziare le corrispondenti entrate correnti. Aggiunge l'assessore: « Non è certamente una semplicistica enunciazione questa, bensì una realtà che bisogna affrontare con coraggio, invocando tutte le vie possibili, come ad esempio quella della razionalizzazione dei servizi, della revisione delle posizioni tributarie dei contribuenti, della migliore utilizzazione del patrimonio, ecc ». Io non posso che sottolineare, ripetere, e condividere pienamente questa enunciazione. Certo avrei gradito una maggiore precisazione sui mezzi, sugli strumenti specifici e diretti sui quali la Regione cerca di fare affida-

mento per il raggiungimento di questi obiettivi; e se è vero che il carico medio tributario della regione è inferiore a quello dei cittadini residenti nelle altre parti dello Stato, è più che giusta la osservazione dell'assessore, quella che vorrei dire la promessa dell'assessore, di equiparare questo carico per lo meno a quello dello Stato, soprattutto se si tiene conto che il reddito pro capite in regione è superiore a quello medio pro capite nelle altre regioni dello Stato. Questo scompensamento va indubbiamente corretto, e attraverso questa correzione indubbiamente si potranno ottenere risultati che servano a sanare la situazione della quale ci stiamo preoccupando. E quando io dico che questa relazione è coraggiosa, lo dico anche a ragione veduta per un'altra considerazione che ho trovato in essa: quella che ci dice come la politica dei contributi fatta dalla Regione e dalle Province nei confronti degli enti locali, sia una politica che ha dato risultati assolutamente controproducenti, una politica che ha addirittura, a quanto ci dice l'assessore stesso nella relazione, creato una mentalità del contributo da parte degli amministratori, i quali ormai considerano il contributo della Regione o quello della Provincia come una entrata normale del proprio bilancio. Interessante altresì quanto ci dice l'assessore a proposito sempre dei rimedi che egli suggerisce per sanare una situazione di tali preoccupanti proporzioni, allorché egli ci dice e ci ricorda come ad esempio lo Stato in questo campo abbia emanato una legge, quella del 6 agosto 1966, n. 637, una legge che gli consente di intervenire nelle situazioni deficitarie dei comuni italiani e che non può trovare applicazione nella nostra regione a causa dell'art. 90 dello Statuto, il quale, come voi sapete, stabilisce proprio la cessazione dei contributi dello Stato nei comuni deficitari con la entrata in vigore dell'autonomia. Ecco un altro esempio dal quale si può dedurre quanto e qua-

le pregiudizio l'entrata in vigore dell'autonomia abbia portato almeno in questo settore, quanto e quale grave pregiudizio l'entrata dell'autonomia abbia comportato. L'assessore ritiene che questa legge possa servire di esempio alla Regione e ci dice che è allo studio del suo assessorato l'emanazione di una legge analoga che possa supplire questa deficienza. Noi auspichiamo che questa legge sia portata all'esame del Consiglio regionale il più presto possibile, perché indubbiamente, sull'esempio dello Stato, la Regione potrà intervenire organicamente e fare opera di rimedio in un campo che lo esige con una certa sollecitudine, con una certa premura. Nel fare queste constatazioni io ho voluto semplicemente dare non solo atto all'assessore, ripeto, della opportunità delle sue messe a punto fatte attraverso la relazione e del coraggio che egli ha dimostrato nel denunciare certe preoccupanti e gravi lacune che nella amministrazione degli enti locali si sono presentate, ma anche per potergli dire che in questi rimedi egli ci troverà senz'altro d'accordo; d'accordo nel ritenere che l'aumento delle entrate e la riduzione della spesa sia una delle soluzioni accettabili, una delle soluzioni indicate, d'accordo soprattutto nel problema del ridimensionamento delle circoscrizioni comunali, come egli lo definisce, che serve finalmente a rimediare errori di cui, come diceva stamattina il cons. Corsini, ci dovremo battere il petto o vi dovrete battere il petto soprattutto voi. Ma io direi che non bastano questi rimedi di ordine politico-amministrativo per poter ridare alle nostre circoscrizioni comunali, ai nostri enti locali quel respiro che essi debbono avere, per restituire ad essi quella funzione che essi hanno per tradizione. E direi che accanto a questi elementi di carattere tecnico-amministrativo, occorre anche fare in modo — e questo è un compito politico al quale dobbiamo provvedere noi, al quale debbono provvedere

per il sistema che vige in Italia i partiti — occorre fare in modo che anche gli amministratori, signori colleghi, siano all'altezza del loro compito, che gli amministratori abbiano coscienza delle loro funzioni e abbiano soprattutto la capacità di assolverle, cosa che non sempre si riscontra nelle varie amministrazioni della Regione, dove la scelta degli amministratori risponde più a criteri politici che non a criteri di capacità, di preparazione e di competenza. Fino a quanto noi non riformeremo questo sistema di scelta degli amministratori, io credo che anche le migliori riforme, le riforme più sensate, le riforme più logiche, i rimedi più appropriati, non sortiranno l'effetto che essi dovrebbero sortire.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Assessor! Ich hatte schon anlässlich der Generaldebatte die Möglichkeit, einige Probleme aufzuzeigen, die Sie als zuständigern Assessor insbesondere interessieren. Nun möchte ich noch ein wenig genauer auf dieselben hinweisen.

Wir haben in der Zwischenzeit Ihren Bericht über das Feuerwehrwesen bekommen, aus dem einiges hervorgeht. Es geht in erster Linie hervor, daß von seiten der Region die seinerzeit versprochene Kommission, die beratende, technische Kommission eingesetzt worden ist und daß dieselbe auch schon im Mai 1966 ihre Arbeiten abgeschlossen hat, indem sie dem Regionalausschuß einige konkrete, ich möchte auch sagen gute Vorschläge unterbreitet hat.

Diese Vorschläge kann man ganz kurz in folgende Punkte zusammenfassen: die Unterstützungsbeiträge, die außerordentlichen Beiträge zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren

sollten erhöht werden, weil sie, so wie sie festgesetzt worden sind, nicht hinreichen, um den effektiven Bedarf zu decken. Für die Bezirkshauptorte oder für sonstige größere Orte sollte eine Sonderausrüstung vorgesehen werden. Als Sonderausrüstung sind auch ein Tanklöschfahrzeug, sowie andere wichtige Geräte und Ausrüstungsgegenstände angegeben worden, um im Notfall auch in Katastrophenfällen konkret einschreiten zu können.

Ich möchte auf die anderen Punkte finanzieller Natur nicht hinweisen, sondern hervorheben, daß diese beratende Kommission auch die Notwendigkeit hervorgehoben hat, die schon bestehenden Gesetze auf dem Sektor für das Feuerwehrwesen umzugestalten, um einen funktionelleren Einsatz, einen konkreteren und besseren Eingriff der Freiwilligen Feuerwehren zu gewährleisten.

Diese Kommission hat diese Vorschläge dem Regionalausschuß unterbreitet und ich möchte sagen, daß auf Grund dieser Vorschläge nur ein Punkt, nur einer dieser Vorschläge berücksichtigt worden ist, dadurch daß die außerordentlichen Beiträge zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren erhöht wurden. Für Sonderausrüstungsgegenstände ist eigentlich nichts vorgesehen worden. Außerdem ist noch etwas vergessen worden. Anlässlich der Unwetterkatastrophen vom August und November des vergangenen Jahres sind den Freiwilligen Feuerwehren zahlreiche Ausrüstungsgegenstände verlorengegangen. Und diese verlorengegangenen Ausrüstungsgegenstände, diese Maschinen, werden den Freiwilligen Feuerwehren nicht ersetzt, während andere Schäden, die den Privaten oder auch den öffentlichen Körperschaften seinerzeit entstanden sind, wiedergutmacht werden. Die Freiwilligen Feuerwehren sind die einzige Organisation, die nichts bekommt, wenn sie auch beträchtliche Schäden infolge der Unwetterkatastrophen aufzuweisen hat. Ich

möchte vielleicht den Herrn Assessor ersuchen, zu sagen, ob es nicht möglich wäre, von seiten des Ministeriums entsprechende Beträge zu bekommen, um auch den Freiwilligen Feuerwehren die verlorenen Geräte und Ausrüstungsgegenstände irgendwie zu ersetzen.

Der Herr Assessor hat dann auch gesagt, im Jahre 1966 sei die Neufassung des Feuerwehrgesetzes ausgearbeitet worden, die dem Regionalausschuß unterbreitet worden sei. Der Regionalausschuß hat es jedoch nicht für zweckmäßig erachtet, dieses neue Gesetz zu verabschieden, weil auf nationaler Ebene — bei den Kammern, nehme ich an — ein Gesetzentwurf über den Zivilschutz zur Genehmigung vorliegt, und man auch die Bestimmungen, die mit dem Zivilschutz zusammenhängen, in dieses neue Feuerwehrgesetz aufnehmen möchte. Nun, wenn man sagt, daß ein Gesetzentwurf vorhanden sei, dann stimmt dies sicher, aber daß derselbe demnächst auf staatlicher Ebene genehmigt werde, ist sehr, sehr zu bezweifeln. Es ist sehr fraglich, daß dieser Gesetzentwurf, der sich also im Studium befindet, demnächst verabschiedet wird, ja ich möchte es beinahe ausschließen, daß er noch in dieser Legislaturperiode von den Kammern verabschiedet wird. Deswegen betrachte ich diese Begründung, nach welcher das neue Feuerwehrgesetz nicht verabschiedet werden könne, als ein Ausrede; man will irgendwie einen Grund finden, um es nicht zu verabschieden. Ich habe dies schon anlässlich der Generaldebatte gesagt.

Dann noch etwas, Herr Assessor! Könnten Sie nicht vielleicht sagen, ob die Stelle des Landesfeuerwehrinspektors endlich besetzt werden könnte? Sie wissen, sie ist schon seit einigen Jahren frei, weshalb im September 1965 eigens ein Gesetz verabschiedet wurde, um diese Stelle ausschreiben zu können. Nun sind wir im April 1967 — also sind in der Zwischenzeit beinahe zwei Jahre verstrichen —

und die Stelle ist immer noch nicht besetzt, weil die Ausschreibung nicht durchgeführt worden ist. Ich glaube, ich brauche wohl nicht auf die unbedingte Notwendigkeit, auch in der Provinz Bozen einen eigenen Landesfeuerwehrinspektor zu haben, hinzuweisen. Es ist unbedingt notwendig, daß ein Landesfeuerwehrinspektor für Bozen allein vorhanden ist. Dabei will ich keineswegs die Verdienste des jetzigen provisorischen Landesfeuerwehrinspektors herabmindern, aber es ist nicht möglich, daß eine Person zwei Inspektorate gleichzeitig betreut, nämlich jenes in Trient wie auch das in Bozen. Deswegen würde ich Sie ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Ausschreibung zur Besetzung dieser Stelle etwas schneller zustandekommt.

Ich habe hier noch zwei besondere Probleme zu erwähnen: Anlässlich der letzten Unwetterkatastrophe vom November 1966 ist folgendes passiert: Eine Freiwillige Feuerwehr befand sich im Einsatz, um einen Bach wieder in sein Bett zu bringen. Dabei war es notwendig, einige Bäume zu fällen. Nun hat die Freiwillige Feuerwehr selbst keine Motorsäge besessen und hat daher eine solche von einem Privaten geliehen. Wie es nun das Unglück haben wollte, ist dann eine Mure niedergegangen und hat den Feuerwehrmann, der die Motorsäge benützte, zusammen mit derselben mitgerissen. Der Feuerwehrmann konnte gerettet werden; er hatte einige Verletzungen davongetragen, die auch der Feuerwehrrkasse gemeldet wurden. Aber die Motorsäge ist verlorengegangen. Die betreffende Freiwillige Feuerwehr hat die diesbezügliche Schadensmeldung an die Feuerwehrrkasse weitergeleitet, wozu sie meines Erachtens auch berechtigt war, weil ja nicht der Feuerwehrmann selbst für diesen Schaden haftbar gemacht werden kann. Wir haben nämlich im Feuerwehrgesetz einen Artikel, den Art. 26, der sagt, daß im Brandfall oder

bei öffentlichen Notständen, in Katastrophenfällen alle Einwohner der Gemeinde vom Bürgermeister oder vom Feuerwehrrkommandanten herangezogen werden können, damit sie unentgeltlich ihre Arbeit leisten. Außerdem müssen diese Leute, wenn es der Kommandant oder der Bürgermeister verlangt, die für den Einsatz notwendigen Geräte zur Verfügung stellen. Wir haben also hier einen klassischen Fall. Die Schadensmeldung ist meines Wissens von der Feuerwehrrkasse leider nicht angenommen worden, sondern die Freiwillige Feuerwehr hat einen Brief bekommen, unterschrieben vom Landesfeuerwehrinspektor, in dem es heißt, daß in diesem Fall, nachdem die Freiwillige Feuerwehr eine Motorsäge von einem Privaten geliehen habe, der Feuerwehrmann selbst für den Verlust haften müsse. Im letzten Absatz des Briefes ist dieser Feuerwehr auch noch der Vorwurf gemacht worden, daß sie zu wenig aufgepaßt hätte, denn sonst hätte dies nicht passieren können. Ich habe schon vorausgeschickt, daß eine Art Mure niedergegangen ist und den Feuerwehrmann samt Motorsäge mitgerissen hat, als er sich im Dienst befand. Man kann also nicht sagen, daß er sich etwas zuschulden hat kommen lassen. Deswegen würde ich Sie ersuchen, Herr Assessor, diesen Fall nochmals, ich möchte sagen im Geiste der Billigkeit, aufgreifen zu wollen, damit auch diese Schadensmeldung ihren Lauf nimmt, wie sie ihn gemäß Art. 33 des Feuerwehrgesetzes nehmen müßte.

Und dann muß ich noch etwas aufzeigen. Sie wissen, daß von seiten Ihres Assessorates an alle Freiwilligen Feuerwehren, vor einem Jahr oder noch länger, ein Rundschreiben ergangen ist, in welchem Sie die Freiwilligen Feuerwehren aufgefordert haben, die eigenen Mitglieder, also die Wehrrmänner, einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Nun haben die

Freiwilligen Feuerwehren versucht, dieser Anforderung nachzukommen, nur wußten sie nicht genau, wieweit diese Untersuchung vorzunehmen sei. Im Bezirk Meran hat ein Arzt, der selbst Feuerwehrmann ist, anlässlich einer Tagung folgendes erklärt: Wenn man sich vergewissern will, ob ein Mann die Eignung besitzt, innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Dienst zu leisten, müßte er mehreren Proben unterzogen werden. Man müsse z.B. eine Untersuchung der Lungen vornehmen, ein Elektrokardiogramm und noch sonstige Untersuchungen. Und alle diese Untersuchungen würden sehr teuer kommen. Der Arzt sagte, daß das Krankenhaus von Meran es übernommen hätte, all diese Untersuchungen zum Preis von rund Lire 9.000 je Feuerwehrmann vorzunehmen. Nun, Herr Assessor stellen Sie sich vor, wenn für jeden Feuerwehrmann nur für die ärztliche Untersuchung 9.000 Lire gezahlt werden müssen, dann ist das mehr als die Freiwilligen Feuerwehren überhaupt für die ordentliche Verwaltung der Feuerwehr selbst bekommen. Stellen Sie sich vor, für 10 Feuerwehrmänner sind das 90.000 Lire!

Wir wissen, daß die Provinz Bozen, glaube ich, 8.000 Feuerwehrmänner hat. Für nur 1.000 Feuerwehrmänner wäre dies eine Ausgabe von 90 Millionen. Wo kommen wir da hin, wenn alle Feuerwehrmänner einer derartigen ärztlichen Untersuchung unterzogen werden müssen?

Es ist daher unbedingt notwendig, Herr Assessor, genau anzugeben, welcher ärztlichen Untersuchung die Feuerwehrmänner unterzogen werden müssen, damit nicht morgen eventuell der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, wenn etwas passieren sollte, zur Verantwortung gezogen wird. Es muß genau angegeben werden, welche Untersuchung vorzunehmen ist. Herr Assessor, ich glaube, dieses Problem ist sehr wichtig, denn es können nicht

Hunderte von Millionen für die ärztliche Untersuchung ausgegeben werden, denn die Gemeinden besitzen diese Gelder nicht und die Freiwilligen Feuerwehren selbst noch weniger.

Außerdem ist dann noch festzusetzen — das müßte auch vom Assessorat aus bestimmt werden —, innerhalb welcher Zeit diese Feuerwehrmänner immer wieder einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden müssen, ob dies alle zwei Jahre, alle fünf oder alle zehn Jahre gemacht werden muß. Es sind dies Probleme, die einer konkreten Regelung unterzogen werden müssen. Ich bitte Sie daher, Herr Assessor, ein für allemal eine Entscheidung zu treffen.

Weiteres habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Sie haben selbst in Ihrem Bericht hervorgehoben, wie kostbar die Arbeit der freiwilligen Wehrmänner gewesen ist, und ich kann mich nur Ihren Worten anschließen und auch sagen, es wäre in unserer Provinz viel mehr passiert, wenn wir nicht die tatkräftige Mithilfe und den opfervollen Einsatz der freiwilligen Wehrmänner gehabt hätten. Ich habe schon in meiner ersten Debatterede anlässlich der Generaldebatte hervorgehoben, daß die freiwilligen Wehrmänner der Provinz Bozen im Jahre 1966 — wir hatten ja zwei Unwetterkatastrophen in der Provinz Bozen — nicht weniger als 331.000 Arbeitsstunden geleistet haben, was übrigens auch aus Ihrem Bericht hervorgeht.

(Egregio signor Assessore! Ebbi, già in occasione del dibattito generale sul bilancio, la possibilità di esporre alcuni problemi di particolare interesse per lei che ne è l'Assessore competente. Ora vorrei mettere un poco più in rilievo tali questioni.

In questo frattempo abbiamo preso visione della sua relazione, dalla quale emergono molte cose riguardo al servizio antincendi. In primo luogo si rileva che è stata insediata

dalla Regione la Commissione tecnico-consultiva a suo tempo promessa, e che la stessa ha concluso i propri lavori già nel maggio 1966 sottoponendo al Consiglio regionale alcune concrete e, direi, ottime proposte.

Tali proposte possono riassumersi brevemente nei seguenti punti: I contributi, quei contributi straordinari cioè, a favore dei Corpi volontari vigili del fuoco, avrebbero dovuto essere aumentati in quanto la misura in cui sono stati fissati è insufficiente a coprire l'effettivo fabbisogno. Si dovrebbe provvedere a dotare i capoluoghi mandamentali, o comunque i centri maggiori, di attrezzature speciali nelle quali, come è stato segnalato, dovrebbe essere prevista anche una autobotte, nonché altri importanti atrièzzi ed oggetti d'equipaggiamento, onde poter intervenire fattivamente allorché si verificano pubbliche calamità.

Tralasciando altri punti di carattere finanziario, desidererei tuttavia far presente che la citata Commissione consultiva ha posto anche in rilievo la necessità di una riforma legislativa nell'ambito del servizio antincendi, al fine di garantire più tempestivi nonché più funzionali e concreti interventi dei Corpi volontari vigili del fuoco.

La Commissione consultiva sottopose queste proposte alla Giunta regionale, ma delle stesse solo una ne venne presa in considerazione, furono cioè aumentati i contributi straordinari a favore dei Corpi in parola, mentre per quanto riguarda l'equipaggiamento speciale nulla è stato fatto. E si è dimenticato ancora qualcosa. Allorquando nell'agosto e novembre dello scorso anno si verificarono le note calamità atmosferiche, andò perduto ai vigili del fuoco parecchio materiale e tale materiale non venne rimpiazzato, mentre si provvide invece a riparare gli altri danni subiti a suo tempo da privati ed anche da enti pubblici. Il Corpo volontari vigili del fuoco è l'unica organizzazione che non

ha ricevuto nulla malgrado i considerevoli danni sofferti causa le calamità atmosferiche. Vorrei pregare il signor Assessore di dirci se non sia possibile ottenere dal Ministero adeguati contributi, per poter fornire ai vigili la possibilità di rimpiazzare il materiale e le attrezzature andate perdute.

Il Signor Assessore ha pure detto che nel 1966 venne rielaborata e quindi presentata alla Giunta regionale la legge relativa al servizio antincendi. La Giunta non ha ritenuto tuttavia opportuno sottoporre quella legge al Consiglio regionale inquanto, essendo stato approntato su piano nazionale un disegno di legge sulla protezione civile, disegno giacente, ritengo, presso le Camere, in attesa di approvazione, si vorrebbero incorporare le norme connesse alla protezione civile, nella nuova legge relativa al servizio antincendi. Ordunque se si afferma esservi un disegno di legge, ciò sarà indubbiamente vero, ma che lo stesso venga prossimamente approvato su piano nazionale, ebbene ciò è molto problematico. È assai dubbio insomma che il disegno di legge, attualmente in fase di studio, venga approvato in un prossimo futuro; io propendo quasi ad escludere che ciò possa avvenire ancora durante l'attuale legislatura delle due Camere. Per questo io considero la motivazione, addotta per non approvare la legge sul servizio antincendi, un pretesto: si vuol trovare in qualche modo un motivo per non approvarla ecco tutto, e questo l'ho già detto in sede di dibattito generale.

Inoltre ancora qualcosa signor Assessore! Vuole dirci se potrebbe finalmente venire coperto il posto di ispettore provinciale del servizio antincendi? Lei sa che quell'impiego è vacante già da diversi anni e che per ricoprirlo è stata varata nel settembre 1965 un'apposita legge atta ad indire un bando di concorso in merito.

Siamo ora giunti al mese di aprile 1967,

sono dunque trascorsi nel frattempo quasi due anni ed il posto è sempre vacante perché non è stato indetto il concorso. Non credo davvero di dovervi illuminare sulla assoluta necessità per la provincia di Bolzano, di avere un proprio ispettore del servizio antincendi. È indispensabile, ripeto, che Bolzano possa contare su di un ispettore che operi solo per questa provincia. Con ciò non intendo affatto sminuire i meriti dell'attuale ispettore provvisorio al servizio antincendi, comunque non è possibile che una sola persona sovrintenda contemporaneamente a due Ispettorati, cioè a quello di Trento ed a quello di Bolzano. La prego pertanto di adoperarsi a che venga messo in atto celermente il bando di concorso per l'occupazione del posto in parola.

Vi sono ancora due particolari problemi cui desidero accennare: Durante l'ultima alluvione del novembre 1966 accadde quanto segue: Uno dei Corpi volontari vigili del fuoco era all'opera per far rifluire nell'alveo le acque di un torrente straripato, e per farlo si rese necessario abbattere alcuni alberi. Essendo quel Corpo vigili del fuoco privo di una propria sega a motore, dovette farsela prestare da un privato. Disgrazia volle che in quel punto cadesse una frana e che questa trascinasse con sé la sega ed il pompiere che la stava manovrando. L'uomo, che aveva subito alcune lesioni denunciate poi alla Cassa antincendi, potè essere tratto in salvo, mentre la sega a motore andò perduta. Il Corpo dei vigili del fuoco in questione trasmise quindi alla Cassa antincendi la denuncia relativa al danno, atto questo, a mio avviso, pienamente giustificato, in quanto non si poteva assolutamente renderne responsabile il vigile. Infatti l'articolo 26 della legge sul servizio antincendi prevede che in caso di incendio o di pubbliche calamità, il Sindaco o il Comandante dei vigili del fuoco hanno la facoltà di poter chiamare tutti gli abitan-

ti del Comune a prestare gratuitamente la loro opera ed a mettere a disposizione, qualora il Sindaco o il Comandante lo richiedano, gli attrezzi necessari allo svolgimento dell'opera di soccorso. Ed ecco che abbiamo qui un caso classico. Per quanto dunque mi consta, il Corpo volontario vigili del fuoco si è purtroppo vista respinta la denuncia del danno, ed ha in merito ricevuto una lettera a firma dell'ispettore provinciale del servizio antincendi, nella quale si spiegava che in quel caso, ossia essendosi il Corpo dei vigili del fuoco fatto prestare la sega a motore da un privato, era da ritenersi responsabile del danno il vigile stesso. Nell'ultimo capoverso dello scritto veniva mosso a quel Corpo dei vigili del fuoco, addirittura il rimprovero di non aver prestato sufficiente attenzione, perché altrimenti ciò non sarebbe accaduto. Ho già detto dianzi che era calata giù una frana o qualcosa di simile, trascinando con sé la sega a motore ed il vigile del fuoco che stava prestando la propria opera. Non si può dunque addossare a questo ultimo alcuna colpa o responsabilità. Pertanto vorrei pregarla, signor Assessore, di riprendere in mano, diciamo per amor di giustizia, questo caso, onde la denuncia di danni segua quel corso che di diritto dovrebbe conformarsi all'articolo 33 della legge sul servizio antincendi.

Vi è inoltre un altro punto che desidero far presente. Lei sa che un anno fa, o forse più, è stata diramata da parte del suo Assessorato, a tutti i Corpi volontari vigili del fuoco, una circolare nella quale li si invitava a far sottoporre i propri componenti, ossia i vigili, ad una visita medica. I singoli Corpi hanno cercato di ottemperare a questo invito, solo che non sapevano quali fossero esattamente le visite mediche richieste. Nel circondario di Merano, un medico appartenente egli stesso ad un Corpo di vigili del fuoco, dichiarò, in occasione di un convegno quanto segue: Per accertare l'idonei-

lità al servizio volontario antincendi, un uomo dovrebbe essere sottoposto a diversi esami clinici. Sarebbe necessario, ad esempio, la radiografia dei polmoni, l'elettrocardiogramma ed altri controlli medici, e tutte queste visite verrebbero a costare un occhio della testa. Il medico disse che l'ospedale di Merano si sarebbe assunto l'impegno di effettuare queste visite al prezzo di complessive 9.000 lire per persona. Ma pensi signor Assessore, che dovendo pagare per ogni vigile del fuoco 9.000 lire solo per le visite mediche, comporterebbe una spesa complessiva superiore a quanto i Corpi volontari vigili del fuoco ricevono per l'ordinaria amministrazione. Immagini un po', per 10 vigili 90 mila lire! Sappiamo che in provincia di Bolzano il numero dei vigili assomma, credo, ad 8.000 unità. Per 1.000 soltanto di essi la spesa ammonterebbe a 90 milioni; dove si arriverebbe dunque dovendo sottoporre a visite mediche tutti gli 8.000 uomini? È pertanto assolutamente necessario, signor Assessore, specificare a quali visite mediche debbano essere sottoposti i vigili del fuoco, al fine di evitare, qualora dovesse in un domani accadere qualcosa, che ne venga addossata la responsabilità al Comandante di Corpo. È d'uopo dunque indicare con esattezza il genere della visita medica richiesta. Io credo, signor Assessore, che questo problema sia assai importante, in quanto non si possono spendere centinaia di milioni per le visite mediche, visto che i Comuni non dispongono di fondi ed ancor meno ne dispongono gli stessi Corpi volontari vigili del fuoco.

Non è stato inoltre ancora stabilito — ed anche questo sarebbe compito dell'assessorato — ogni quanto tempo i vigili del fuoco dovrebbero venire sottoposti a controllo medico, se cioè ogni 2 anni oppure a distanza di 5 oppure 10 anni. Sono questi i problemi che

necessitano di una concreta regolarizzazione, per cui la prego, signor Assessore, di decidere una volta per tutte.

Non ho altro da aggiungere. Lei stesso ha messo in rilievo nella sua relazione quanto preziosa sia stata l'opera dei vigili del fuoco, ed io non posso che associarmi alle sue parole ed affermare a mia volta che la nostra provincia avrebbe subito danni assai più rilevanti qualora non avessimo potuto contare sulla fattiva collaborazione e sullo spirito di sacrificio dei vigili del fuoco. Già nel mio primo discorso in sede di dibattito generale, avevo messo in rilievo che nel 1966, allorquando cioè due catastrofiche alluvioni si erano abbattute sulla nostra provincia, i Corpi volontari vigili del fuoco hanno prestato un'opera pari a 331.000 ore lavorative, il che d'altronde emerge anche dalla sua relazione.)

PRESIDENTE: C'è tempo ancora un quarto d'ora per parlare.

Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. assessore, in questi ultimi anni mi pare che lo squilibrio dei conti economici delle amministrazioni comunali e degli enti locali in genere, ha assunto proporzioni allarmanti e vicini, penso, ormai al limite di rottura. Detto squilibrio si riflette, direttamente o indirettamente, per il peso che viene a determinare, sulla già precaria situazione economico-finanziaria dello Stato e diventa così un pericolosissimo fattore di turbamento e un pericolosissimo fattore di inflazione. Mi pare che siano indicative a tal riguardo le cifre che documentano la entità dell'indebitamento proprio ormai agli enti pubblici. Essi vedono nel nostro paese per mutui in ammortamento un debito complessivo di lire

4.495 milioni. Mutui approvati ma non ancora in ammortamento sono presenti per un insieme di 361.013 milioni; mutui di altri enti, contratti usufruendo dei cespiti delegabili degli enti locali, sono presenti con una cifra di 226.257 milioni; in tutto allora l'indebitamento degli enti pubblici nel territorio della Repubblica tocca oggi come oggi i 5.083 milioni di denaro. Ed è interessante notare, on. assessore, come si attui la ripartizione nei mutui già in ammortamento. Essi, come abbiamo visto, toccano le lire 4 miliardi 495 milioni 981 mila, così divisi e ripartiti per settore di spesa: a ripiano disavanzi economici, che sono quelli che maggiormente ci interessano, lire 2 miliardi 51 milioni 736 mila; per finanziamento opere pubbliche lire 1 miliardo 874 milioni 330 mila; per conferimento capitali ad aziende municipalizzate lire 250 miliardi 967 milioni. Per debiti consolidati ed altro lire 318.898 milioni. Quello che più ci interessa naturalmente è la cifra riferita ai mutui contratti per ripiano di disavanzi economici. Il 31 gennaio dell'anno in corso il Ministro degli interni on. Taviani, proprio in riferimento a questo eccessivo carico debitorio contratto dagli enti locali a ripiano del conto economico, pronunciava queste parole: « È questo disavanzo, per il suo enorme ammontare, che desta le più profonde e vive ansie. È assolutamente inconcepibile — continuava — che possa continuarsi ad integrare il deficit di esercizio degli enti locali con mutui che hanno come unico risultato quello di aggravare ulteriormente una situazione di per sé stessa già grave. Abbiamo visto come all'interno dei debiti contratti a ripiano di conti economici, di disavanzo dei conti economici in provincia di Trento, noi si sia presenti con 1.277 milioni. Quello che era cioè la piaga messa in evidenza dal Ministro degli interni, anche da noi trova terreno fertile per il suo sviluppo. E questo complesso di debiti, questo ca-

rico enorme di passività è equamente diviso all'interno del territorio della repubblica, su ogni tipo di ente locale. Difatti 63 sono le amministrazioni provinciali che hanno i bilanci deficiari, 72 sono i comuni capoluogo di provincia, 3.446 sono i comuni non capoluogo di provincia. Come vede il numero degli enti locali è enorme, è assolutamente rilevante, specialmente se raffrontato agli enti che hanno e posseggono un bilancio non gravato da questo tipo di oneri. Tutto ciò è evidente che viene a determinare una situazione assai pesante nei confronti dello Stato, che deve concorrere esso al pagamento dei relativi interessi per i mutui accesi. Ma vorrei anche completare il pensiero, affermando che tutto ciò costituisce una remora per il funzionamento anche del mercato finanziario. Noi già abbiamo visto, on. assessore, trattando degli altri assessorati, quale peso abbia determinato l'intervento degli enti pubblici di Stato nel drenaggio del denaro pubblico. Orbene, accanto a quel drenaggio che conosce cifre ormai di dodici zeri, noi dobbiamo poter collocare anche l'indebitamento condotto a termine e perpetrato da lungo tempo dagli enti pubblici. Il mercato finanziario infatti, che sarebbe per il concorso del risparmio pubblico dotato di ampie disponibilità, viene, in virtù di questo continuo attingere da parte degli enti autonomi per il ripiano dei loro bilanci, continuamente impoverito, depauperato, e tutto ciò a scapito evidentemente dell'attività, privata, del finanziamento delle aziende private, della propensione allo sviluppo di nuove attività nel campo della economia. E purtroppo a questa constatazione altra ne dobbiamo far seguire, on. assessore: non risultano chiari del tutto, per lo meno a me, i motivi di tale situazione. Potremmo dire che al riguardo forse esistono cause di origine fisiologica e accanto ad esse altre cause ci è dato cogliere, che possiamo definire di natura e di carattere patologico. Vor-

rei affermare che alle prime appartengono tutti quei problemi connessi in un qualche modo alla stessa evoluzione quantitativa e qualitativa del nostro sistema economico e della nostra struttura demografica e sociale. Infatti non è scoperta d'oggi, che sotto i nostri occhi crescono di continuo nuovi insediamenti. Non è fenomeno questo attinente soltanto alla Repubblica italiana; è fenomeno di tutte le comunità in sviluppo; è fenomeno che caratterizza la vita moderna di tutti gli stati. Nuovi insediamenti umani, che sono determinati e sono creati dalla emigrazione dalle zone rurali verso la città. E quindi le amministrazioni locali si trovano necessariamente vincolate a delle necessità, a delle esigenze fondamentali, che vanno ricercate nella necessità di creare nuove dotazioni, di fornire nuovi servizi collettivi, di provvedere ad alcune opere fondamentali infrastrutturali, opere di infrastruttura sociale, come si amano definire, quali le scuole, gli ospedali, le strade, i mezzi di comunicazione, di trasporto pubblico: sono esigenze che vengono a gravare sulla collettività e che richiedono il loro costo. E badi bene che questi servizi debbono essere creati e prestati senza il corrispettivo della capacità contributiva da parte dei nuovi insediamenti. Questa capacità contributiva dei nuovi insediamenti viene a mancare su due fronti: al comune che li ospita e al comune che li ha perduti. Al comune che li ospita perché le nuove fonti di lavoro ancora non si sono create o sono in via di sviluppo e questa nuova comunità umana non si è inserita in quello che è il vasto processo della vita collettiva della città che li ospita e viene a mancare questa capacità contributiva nel luogo di origine da dove ci si è distaccati per portare altrove le proprie attività e il proprio posto di lavoro.

Accanto a questa esigenza nuova di interventi da parte degli enti pubblici per creare queste nuove infrastrutture connesse con l'e-

spansione del centro urbano, con il propagarsi della nuova vita attorno alle città, altro motivo esiste, che è venuto a costringere l'attuale indebitamento entro i limiti così vasti che ci è stato dato di conoscere. Questo motivo va ricercato, on. assessore, secondo il mio modesto modo di vedere, nell'eccessivo carico derivato dagli oneri per il mantenimento del personale. Se noi osserviamo attentamente la relazione che ci ha proposto, noi ci accorgeremo come ci sia una gradualità nell'aspirazione del debito nei comuni con bilancio deficitario. Partiamo all'incirca da comuni con 500 milioni di deficit complessivo, per giungere oggi giorno al miliardo e mezzo, al miliardo e 600 milioni. Or bene, soltanto nei due ultimi anni, on. assessore, questo debito che, torno a ripetere, era incentrato attorno ai 600 milioni, conosce una rivalutazione tripla di quella che era la sua consistenza originaria. Che cosa vuol dire questo improvviso e massiccio affacciarsi dell'indebitamento comunale, se non il trovarsi improvvisamente di fronte a questi nuovi oneri acquisiti dal personale, dalle rivalutazioni degli stipendi e degli emolumenti del personale, quando da parte delle singole amministrazioni non si è avuto il coraggio di porre il fermo là dove il fermo andava posto, ma si è trovata invece la esigenza, con il susseguirsi delle singole elezioni comunali, di accontentare i vari amministratori che costituivano le nuove maggioranze, per la collocazione di nuovo personale, per la occupazione immediata del posto che si era reso libero e vacante per il pensionamento dei precedenti occupanti, con nuove forze di lavoro che provenivano dalle singole campagne elettorali? Proprio a questa visuale dell'ente pubblico inteso come mezzo, come sistema per l'appagamento delle proprie clientele, proprio nella visione dell'ente pubblico inteso come creatore, forgiatore di stipendi, come creatore di nuove fonti di reddito, noi siamo giunti oggi-

giorno a constatare l'onere massiccio che sugli enti pubblici è venuto a gravare, proprio per questi motivi che le ho prima enunciato.

On. Presidente, posso interrompere.

PRESIDENTE: Va bene.

Dunque noi riprendiamo alle ore 20.30, puntuali.

La seduta è sospesa.

(Ore 19).

Ore 20.35.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Il cons. Ceccon può continuare il suo intervento. Dove è il cons. Ceccon? È fuori? Allora, dato che manca il cons. Ceccon do la parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, signor assessore, signori consiglieri — pochi, ma insomma . . . —, l'assessorato agli enti locali, con la sua politica della finanza locale, merita di essere esaminato con una certa attenzione, forse maggiore di quella che è stata riservata negli anni scorsi. La situazione alquanto diversa, le ragioni, le cause non sono necessariamente e non obiettivamente ascrivibili nè alla cattiva volontà della Giunta, nè alla cattiva volontà dell'assessore. Comunque le cose sono tali da dover essere un tantino approfondite. L'assessorato enti locali, col suo art. 590, all'occhio dell'osservatore estraneo ai costumi, alla realtà e alla moderna concezione della pubblica amministrazione, sembrerebbe tutto tranquillo; vedendo questo stanziamento di 190 milioni, sembrerebbe tutto piano, tutto pacifico e risolto, per quanto riguarda l'adeguamento delle finanze dei comuni e il raggiungimento delle proprie finalità, come è previsto e stabilito all'art. 3 della legge 31 ottobre 1964, n. 34.

Ma, ripeto, all'occhio superficiale. Ma tornano alla ribalta anche qui, anche in questo settore della pubblica amministrazione quelle situazioni abnormali che abbiamo registrato e abbiamo illustrato per gli altri assessorati e gli altri settori. Anche nel suo assessorato, on. assessore, nel suo campo la realtà riveste delle dimensioni del tutto diverse da quelle che sono riportate dagli elementi contenuti nel bilancio stesso. Se con 190 milioni si dovesse poter far fronte, come ritiene l'occhio profano, alle difficoltà contabili dei nostri comuni, diremo « meno male, 190 milioni non sono tanti ». Ma il signor assessore ci ha portato invece nella realtà, ci ha fatto toccare con mano, con la sua brillante e completa relazione, quella che è la situazione reale. La sua coraggiosa, obiettiva, realistica relazione ci ha soddisfatti da una parte e anche noi modestamente vorremmo contribuire nell'esame di quelli che potrebbero essere i punti validi per una soluzione. In un primo momento sopravvengono, nell'animo di chi osserva, i dubbi e le preoccupazioni, non i dubbi sulla validità dei dati e della relazione, ma i dubbi sulla possibilità d'uscita da una morsa di indebitamento, di situazione difficile e tendenzialmente sempre più difficile verso l'aumento di questi indebitamenti da parte dei comuni. Noi la relazione comunque la riconosciamo valida sotto tutti i punti di vista, sotto tutti i profili, e diciamo che immediatamente da questa relazione nasce un'immagine della situazione finanziaria dei comuni alluvionati; la situazione degli stessi comuni magari che ieri, prima dell'alluvione, manifestavano già sintomi di difficoltà, quindi difficoltà che si accumulano su altre difficoltà preesistenti. Risaltano subito all'attenzione di chi legge la sua relazione, gli impegni ultimamente assunti da parte dei comuni alluvionati verso le ditte appaltatrici o non appaltatrici, comunque che hanno eseguito i lavori con estrema urgenza, eseguiti in

periodi di estrema emergenza, ecc., ecc. Poi si profila la condizione dei comuni alluvionati o non alluvionati, comunque colpiti da quella disposizione per la dilazione dei pagamenti dei tributi. Nella sua relazione si parla di accumuli di mutui per somme enormi. Noi non riportiamo le cifre che sono già note per chi ha letto e si è interessato del settore, ma quello che ci colpisce in maniera considerevole è il fatto che due terzi dei mutui si riferiscono a mutui per opere pubbliche soltanto e un terzo è per le spese correnti. Sembra a noi eccessiva questa proporzione e molto bene ha fatto l'assessore a parlare di riserva mentale. A me piace quando si denunciano le cose, quando si preavvisa l'opinione pubblica, qui nel caso nostro gli interessati diretti. Ha fatto molto bene a parlare di riserva mentale di certe amministrazioni, per le quali l'indebitamento, il mutuo, l'appesantimento della loro situazione finanziaria gioca un determinato ruolo sì, ma non eccessivo, perché comunque presto o tardi ci penserà lo Stato, ci penserà la Regione, la Provincia, ci penserà la Provvidenza. Denunciare queste situazioni, questi stati d'animo, è cosa lodevole. Una educazione anche nell'ambiente degli amministratori, educazione in fatto di amministrazione pubblica non va mai male. Ma quello che volevo appunto dire è quali soluzioni efficaci esistono per sanare la attuale situazione. Varie sono le soluzioni prospettate dal signor assessore, ma quali, più di ogni altra o in ordine di importanza o in ordine di validità assoluta, sono da preferirsi? Noi diciamo che crediamo e crediamo effettivamente per esempio nella riforma delle finanze locali, i provvedimenti che saranno adottati e studiati e ora prospettati, che si impernano sulla diversa strutturazione del sistema tributario fiscale generale del Paese; ma ci crediamo per necessità, ci crediamo per bisogno, non per convinzione assoluta, perché non abbiamo ancora ottenuta nessuna prova, non

conosciamo i termini, quindi ci crediamo per necessità. Noi ancora di più crediamo nella possibilità effettiva della riduzione delle spese correnti. A questo crediamo effettivamente, vogliamo crederci, e ci crediamo anche accettando quelli che sono stati i suggerimenti, le impostazioni fatte o avanzate dal signor assessore nella sua relazione. Crediamo nella unificazione dei comuni, nel ridimensionamento dei servizi amministrativi, nella costituzione di consorzi per il servizio amministrativo, ecc., crediamo in tutte queste cose. Ed ora vorremmo chiarire una cosa: questo non significa una sconfessione della politica seguita almeno in mezzadria dalla Regione con lo Stato, quando sono state ricostituite le amministrazioni comunali, la separazione di determinate frazioni, costituzioni di comuni, quando è stata fatta la politica dell'autonomia di certe comunità, che si sono rese indipendenti.

Questo non significa sconfessione della politica, anzi a questo proposito noi ci teniamo a chiarire ancora di più che non dobbiamo condannare per niente il nobile passato verso una democratizzazione delle amministrazioni comunali, democratizzazione realizzatasi in modo particolare con la separazione e l'autonomia nelle singole comunità. Quindi non è una difesa dell'operato della Giunta, del Consiglio, di tutti coloro che si sono adeguati a quelle necessità democratiche di un tempo, di 10-15-20 anni fa, nel riconoscere la libertà e la democrazia, nel riconoscere l'amore alla cosa pubblica e la maturazione civica delle nostre popolazioni. Il prezzo di una democrazia, il prezzo di una maturità civica, è costituito anche da questo fenomeno, dal fenomeno della deficitaria situazione dei comuni; fenomeno che è il prezzo della conquista della libertà e della democrazia. L'immedesimazione del cittadino nella cosa pubblica, l'immedesimarsi con gli interessi della collettività e con l'interessenza in tutta quel-

la che è la vita comunitaria è reso possibile con la corresponsabilità diretta dei cittadini amministratori e proprio attraverso le situazioni difficili dove si matura una certa convinzione, situazioni difficili sotto il profilo finanziario e altro. Oggi parliamo di questo, domani potremo denunciare altre difficili situazioni dei comuni, che però sono il prezzo che abbiamo pagato per la democratizzazione dei comuni, democratizzazione di questi enti che sono la prima cellula della libertà e della democrazia. Quindi non giustifico in nessun modo la pur timida e tenue insinuazione — non anche troppo timida — da parte del cons. Mitolo. Quelle insinuazioni di rimprovero e di rampogna verso coloro che hanno democratizzato queste nostre amministrazioni comunali, non le accettiamo in nessun modo. Forse dobbiamo dire che cosa si è ottenuto: si è ottenuto molto; qualche prova negativa c'è sotto i nostri occhi e ce la assorbiremo o se la assorbiranno, ma non c'è prezzo che paghi la maturità civica cui sono giunti questi amministratori, queste amministrazioni. Questo è stato ottenuto e nessuno ce lo toglie. La democratizzazione della cosa pubblica, anche nella tendenziale riforma del sistema che oggi si chiama riagggregazione o riunificazione o addirittura unificazione, dove il fenomeno della separazione non era avvenuto, su base volontaria però e democratica, anche se richiesta e sollecitata da situazioni impellenti di necessità, alla cui base però sta sempre, lo ripetiamo, la libertà e l'incontro di libere volontà fra le varie comunità che sono vitali e che sono maturate sotto il segno della democrazia, tutto questo è da iscrivere con lettere maiuscole nel bilancio nella parte attiva, nelle entrate di un popolo civile, di un popolo democratico. Perciò non vogliamo scandalizzarci se ora si fa qualche passo indietro sulla strada percorsa, ma non è un passo indietro inteso in senso radicale e assoluto; è un passo indietro soltan-

to su un aspetto che è quello della scelta, della migliore delle scelte dei sistemi amministrativi, delle strutture amministrative, ma è un passo avanti sempre sul piano della democrazia, sul piano della maturazione delle responsabilità e del senso civico dei cittadini stessi. Come altro suggerimento o come contromisura alla difficile situazione, noi possiamo indicare la riduzione, come è stato prospettato dal signor assessore e da altri consiglieri che han preso la parola prima di me, la riduzione del tasso di interessi pagati dai comuni. Io penso che sia sensibile l'apporto ai comuni deficitari, dato da una riduzione di questi tassi di interesse, ottenuti con sforzi notevoli, ottenuti con riforme statutarie degli enti, con riforme amministrative. Comunque dovrebbe riuscire possibile anche attraverso quanto è stato suggerito dal consigliere Manica, attraverso la creazione di quell'ente centrale delle casse rurali, che raccogliendo i depositi e le disponibilità delle casse rurali del nostro territorio, della nostra regione, potrebbe giungere a qualche cosa di concreto, di tangibile e di valido per l'alleggerimento della situazione finanziaria dei comuni. Non so l'aumento del carico fiscale; il reddito medio nostro è lievemente superiore al reddito medio pro capite nazionale, ecc., quindi una pressione fiscale lieve, del 10%.

Anche questo accorgimento, con tutti gli altri, potrebbe contribuire per la sua parte alla soluzione o contribuire per lo meno a una parziale soluzione di quella che è la critica posizione verificatasi nei bilanci dei comuni. Invece la riforma tributaria, come ho detto, la vediamo, ma il banco di prova è assai distante, non possiamo esprimerci anticipatamente. Le solite prospettive, quelle dell'attendismo, il solito tirar avanti, che per la verità non è stato ventilato o prospettato nella relazione del signor assessore, questi sistemi, questi elementi non li riteniamo benché minimamente validi, non

crediamo neanche nelle visioni miracolistiche di nessun genere, di nessun tipo, nelle improvvisazioni ancora meno; l'attendismo è da condannare, perciò non ci sono che i nostri mezzi. Sono entro di noi questi mezzi, nelle nostre vive forze, nelle possibilità delle nostre amministrazioni, nella maggiore oculatezza nell'affrontare le spese da parte delle stesse, nel reperimento del denaro a costi più bassi anche se attraverso strumenti difficili da attuare, e naturalmente attraverso tutte quelle provvidenze che dal di fuori possono pervenire, Regione, Stato, Provincia, ecc. Questo per quanto riguarda la finanza locale.

In merito all'art. 580, assistenza ai lavoratori disoccupati, emigranti, rimpatrianti, anche a mezzo di enti, ecc., dirò che questo articolo per noi costituisce il termometro della nostra economia, signor assessore, più ancora che della nostra situazione sociale. 111 milioni non sono aumentati dagli altri anni, sono sempre i soliti milioni, sappiamo quale destinazione hanno, se ce ne fossero di più tanto di guadagnato, stando le cose come sono, ma quello che a noi preme è dire che questo è un termometro pesante, un termometro negativo. Quello che noi ci auguriamo è la scomparsa di un capitolo di questo tipo. La sua tremenda realtà è la disoccupazione, l'emigrazione mal riuscita, il rimpatrio più mal riuscito. O sono gli strumenti che non funzionano all'estero o sono i nostri che non funzionano, o non funzionano nè l'uno nè l'altro, comunque qualche cosa non funziona. 111 milioni, in effetti oggi sono troppo pochi ed è perfino superflua, pleonastica la esistenza di un capitolo di questo tenore, che suona in questi termini. Eliminate le situazioni di disoccupazione, di emigrazione! Questi capitoli son vent'anni che sussistono e ci auguriamo che scompaiano. Io ho chiesto in sede di discussione generale e in sede di discussione articolata a vari assessori — forse il più com-

petente è l'assessore all'assistenza — la consistenza del fenomeno emigranti. Diciamocelo chiaro, questo è un aspetto della nostra economia che ci preoccupa. Abbiamo chiesto varie volte, non ci è stata data risposta, io non so perché. Si è parlato di 12 mila emigranti in provincia di Bolzano, si è parlato di meno in provincia di Trento. Signori, la realtà è che abbiamo centinaia e centinaia di emigranti solo in un comune, in un paese. Abbiamo a Castello Tesino 700 passaporti, abbiamo a Strigno più di 600 passaporti e non si può dire che sono 5 mila gli emigranti nel Trentino o che sono 6 mila. Non facciamo né demagogia, né politica; facciamo una sottolineatura a quella che è la realtà delle cose. Una analisi completa è possibile farla, è possibile averla, e io so che l'assessorato possiede dati ed elementi sufficienti per rispondere a questa nostra richiesta. È una realtà penosa che sarà espressa, ma che dovrà essere espressa comunque, per amore alla verità e anche perché è sempre meglio che le cose siano portate a conoscenza di tutti.

Io, detto questo, non ho altro da aggiungere che due parole brevissimamente per quanto riguarda le provvidenze per gli alluvionati. Sono stati distribuiti dei fondi, sono pervenuti dei fondi da varie fonti; una certa discriminazione però, devo dirlo, nella distribuzione è avvenuta; discriminazione non voluta, non dolosa, non attribuibile alla volontà degli amministratori che qui direttamente o indirettamente operano, ma una discriminazione effettiva, questa è la verità. La discriminazione è avvenuta per tutte le voci di aiuti, di assistenza varia, ecc., che sono stati messi a disposizione delle popolazioni alluvionate, discriminazione avvenuta fra la città e la periferia. È un dato di fatto che, ad esempio, per quanto riguarda l'anticipo delle pensioni, delle 90 mila lire, è stata completamente realizzata la distribuzione e la consegna di queste 90 mila lire in città,

non è stata raggiunta in periferia. Ritardi sono avvenuti di tale entità che quasi non giustificano più l'intervento, avendo questa gente avuto bisogno immediatamente. Quelle famose 400 o 500 mila lire sono state distribuite a gente forse meno bisognosa in città, a tutti; in periferia questo non è avvenuto. In periferia si attende con ansia e con bisogno estremo di poter godere di questo. In periferia non è arrivata questa mano provvidenziale che è giunta in città. Anche altre provvidenze non finanziarie ma di ordine più concreto, consistente in altri articoli di vario genere, sono stati largamente distribuiti in determinate zone cittadine e fuori niente. Questo è un fatto, fatto che io richiamo all'attenzione del signor assessore, che se detto pubblicamente penso che possa ottenere anche una certa valida risonanza nell'ambiente o negli ambienti in cui queste cose sono avvenute e dove troviamo i responsabili della discriminazione. Grazie.

PRESIDENTE: La parola alla signorina Gebert.

GEBERT - DEEG (S.V.P.): Ich möchte ganz kurz zum Kapitel « Tätigkeit und Eingriffe sozialen Charakters » Stellung nehmen und darauf hinweisen, daß gerade die Bezeichnung « Eingriffe sozialen Charakters » auf die immer dringender werdende Notwendigkeit einer Gesamtschau der sozialen Fragen hinweist, einer Gesamtschau der sozialen Sicherheit und der Fürsorge. Erste Aufgabe ist, diese soziale Sicherheit zu schaffen; die zweite Aufgabe besteht in der Fürsorge für solche Menschen, die in Not geraten und krank sind. Aufgabe der Fürsorge — und das habe ich in diesem Raum schon des öfteren gesagt — besteht vor allem darin vorzubeugen, zu heilen und wiederinzugliedern.

Ich möchte hinsichtlich der Fürsorgetätigkeit im regionalen Bereich einige Schwerpunk-

te hervorheben. Wenn auch nicht alle Fürsorge- und Vorsorgeinstitutionen in die Zuständigkeit der Sozialpolitik fallen, so muß doch die politische Aufgabe auch die sein, sich mitverantwortlich für die Funktionsfähigkeit sämtlicher Fürsorgeinstitutionen zu fühlen. Wenn wir hier im ersten Kapitel « Beistandsleistung an Arbeiter » lesen, so möchte ich diesbezüglich aufzeigen, daß auch die Funktionsfähigkeit der Fürsorgeinstitutionen des Staates in unserem Bereich mit zu unserer Verantwortung gehört, wenngleich wir nicht direkt am Schalter sitzen. Ich meine hier vor allem die Tätigkeit der Nationalinstitute.

Zweitens möchte ich aufzeigen, daß es gerade in unserer Provinz notwendig ist zu überlegen, wie ein besseres Funktionieren der allgemeinen Fürsorge zu erreichen ist. Erstens in der Struktur der Fürsorgetätigkeit. Sie wissen selbst, daß diese Struktur bis zu den Gemeindefürsorgestellen, bis zu den peripheren Fürsorgeämtern besser aufgebaut werden muß. Nur durch eine zeitgerechte Struktur des Fürsorgewesens, durch geschultes Personal, das der Volksgruppe auch angehört, kann erst die Funktionsfähigkeit der Fürsorgetätigkeit gewährleistet werden, wobei diese Funktionsfähigkeit vom echten Dienst am Menschen getragen sein muß.

Hier möchte ich nochmals die Bitte vorbringen, die ganze Betreuung und finanzielle Unterstützung der Gemeindefürsorgestellen mit den anderen Zuschüssen zu koordinieren. Die zuständige Frau Assessor Menapace hat immer wieder behauptet, daß es nicht möglich wäre, die Zuschüsse für die Gemeindefürsorgestellen der Provinz mit der Region zu koordinieren. Ich möchte also hier um diesen subsidiären Dienst gegenüber der Provinz bitten, denn subsidiär heißt auch, daß die höhere öffentliche Stelle der unteren öffentlichen Stelle hilft.

Eine zweite Aufgabe möchte ich hier aufzeigen, und zwar die ganze Jugendbetreuung und -fürsorge. Ich möchte bitten, die Gesundheitsfürsorge gerade unserer bergbäuerlichen Jugend mehr zu beachten. Gerade die Kinder von den Bauernhöfen und von den Gebirgstälern haben einen Ferienaufenthalt nötig, aber gerade dafür sind die finanziellen Mittel am wenigsten vorhanden. Leider sind bisher in den Ferienheimen der Caritas immer zu wenig Plätze für Südtiroler vorhanden gewesen. Ich möchte den zuständigen Assessor bitten, dieses Anliegen zu berücksichtigen.

Aber neben dieser körperlichen Betreuung besteht noch ein anderes Problem, und hier schneide ich ein Kapitel an, das den Assessor Nicolodi angeht, nämlich die Zuschüsse für die Jugendbetreuungsstellen. Es gibt in Italien eigentlich kein Jugendschutzgesetz z.B. dafür, daß Jugendliche vom Kinobesuch bei Filmen, die für sie nicht geeignet sind, ausgeschlossen werden. Denken Sie auch daran, daß wir hier in der Provinz kein Heim für Schwererziehbare, oder wie wir heute sagen, für Erziehungsschwierige haben. Es wurde einmal ein Versprechen abgegeben, auch für die Einrichtung und Erhaltung eines solchen Heimes für erziehungsschwierige Kinder Sorge zu tragen. Wir haben solche Kinder auch in zunehmendem Maß bei uns hier, so daß der Wunsch und die Notwendigkeit einer solchen Institution gegeben ist. Ich weiß auch, daß der Jugendrichter von Trient schon des öfteren den Wunsch ausgesprochen hat, eine Jugendrichterstelle hier in Bozen zu errichten, damit die Jugendlichen, die also vor das Jugendgericht kommen, nicht alle den langen Weg nach Trient zurücklegen müssen. Diese öffentliche Richterstelle ist also absolut dafür, daß man dieses ganze Problem der Jugendbetreuung, fürsorge und -gerichtsbarkeit auf provinzieller Ebene überprüft.

Bezüglich der Gesundheitsfürsorge, zum

Kap. 583, möchte ich an den Assessor die Frage richten, ob er unter Beiträge zur Ausstattung und Einrichtung von Erholungsheimen für Arbeiter auch die Frauen der Arbeiter versteht und in dieses Kapitel auch die Einrichtung eines Müttererholungsheimes miteinbeziehen könnte. Ich bitte Sie, darauf eine Antwort zu geben.

Dann möchte ich noch die Frage der Altenbetreuung unterstreichen. Gerade in bezug auf die Altersheime möchte auch ich ersuchen, wie schon heute hier angeregt wurde, daß eine Planung für den Bau von Altersheimen und auch für deren zeitgemäße Einrichtung vorgesehen wird, damit eine für die alten Menschen gerechte Führung dieser Heime gewährleistet werden kann, in dem Sinne also wie dies z.B. von meiner Kollegin aus Trient dargelegt worden ist.

(Desidero prendere brevemente posizione relativamente al capitolo « Attività ed interventi di carattere sociale », ed accennare in merito che proprio la definizione « Interventi a carattere sociale » rende sempre più impellente la necessità di procedere ad una visione globale nel quadro delle questioni della sicurezza e dell'assistenza sociali. Compito primo è realizzare tale sicurezza sociale il secondo compito consiste nell'assistenza a favore delle persone cadute in difficoltà o ammalate. Il dovere della assistenza — e ciò l'ho ribadito in questa sede diverse volte — consiste anzitutto nel prevenire, nel guarire e nel reinserimento.

In merito all'assistenza sociale in ambito regionale, vorrei mettere in rilievo alcuni punti fondamentali. Anche se non tutta l'opera assistenziale e tutti gli istituti di previdenza sociale rientrano nelle competenze della politica sociale, pur tuttavia il compito degli uomini politici deve comprendere il senso di corresponsabilità nei confronti del buon funzionamento di tutte le istituzioni assistenziali. Su quanto ri-

portato al primo capitolo e cioè « Assistenza ai lavoratori », vorrei far presente che siamo tenuti a rispondere della funzionalità anche nell'ambito della nostra sfera di istituti previdenziali ed assistenziali dello Stato, pur non manovrandone direttamente le leve di comando. Mi riferisco soprattutto all'attività degli istituti nazionali.

In secondo luogo vorrei far presente quanto sia necessario, proprio nella nostra provincia, ponderare sul come poter conseguire una migliore funzionalità dell'assistenza in generale. Voi stessi sapete come urga provvedere ad una migliore strutturazione degli enti comunali di assistenza, ivi compresi gli uffici periferici. Solo mediante una ristrutturazione rispondente alle esigenze del tempo, solo avvalendocisi di personale qualificato appartenente anche al gruppo etnico, si potrà garantire la funzionalità dell'attività assistenziale, tenendo presente che tale funzionalità deve essere concepita quale opera al servizio dell'essere umano.

Desidererei a questo punto rinnovare la preghiera di coordinare tutta l'assistenza ed il funzionamento degli E.C.A. Il competente assessore, signora Menapace, ha sempre affermato che sarebbe impossibile coordinare le sovvenzioni per gli enti comunali di assistenza della provincia, con quelli della Regione. Prego dunque di provvedere a questo servizio sussidiario nei confronti della provincia, in quanto il termine « sussidiario » sottintende anche che gli enti pubblici maggiori aiutino gli enti pubblici minori.

Desidero ora far presente un secondo compito da assolvere, quello cioè relativo all'intero settore riguardante l'assistenza e previdenza dei giovani. Vorrei pregare di tenere in maggior considerazione l'assistenza sanitaria da prestarsi particolarmente alla gioventù di alta montagna. Infatti sono i giovani che vivono nei

masi ad aver più bisogno di un periodo di vacanze e proprio per questa necessità si riscontra la maggior carenza di fondi. Purtroppo nelle colonie della Carità sono stati disponibili finora sempre troppi pochi posti per i sudtirolesi. Vorrei pertanto pregare il competente assessore di tenere in considerazione questa richiesta.

Ma al problema dell'assistenza sanitaria — e qui tocco un capitolo che riguarda l'assessore Nicolodi — se ne affianca un altro e cioè le sovvenzioni agli organi dell'ente per la protezione morale del fanciullo. Non c'è infatti in Italia una legge proposta alla salvaguardia morale della gioventù, una legge cioè che vieti, ad esempio, ai giovani l'ingresso in quei cinema in cui si proiettano films non adatti a loro. Considerate inoltre che nella nostra provincia non esiste alcun istituto per i disadattati. Venne promesso a suo tempo che ci si sarebbe interessati per la fondazione ed il mantenimento di un istituto del genere. Il numero dei ragazzi da raddrizzare moralmente va aumentando anche qui da noi, cosicché sono giustificati il desiderio e la necessità di una tale istituzione. Mi risulta che il giudice tutelare di Trento ha già espresso più volte il desiderio che si provveda ad istituire anche qui a Bolzano un tribunale per minorenni, onde quei giovani che incorrono nei rigori della legge non debbano essere accompagnati fino a Trento. La pubblica magistratura concorda dunque assolutamente sulla necessità di riesaminare l'intero settore dell'assistenza ai giovani.

In merito all'assistenza sanitaria, di cui al capitolo 583, vorrei chiedere all'assessore se nella voce relativa ai contributi per attrezzatura ed arredamento di ricreatori per lavoratori, debbano intendersi comprese anche le mogli dei lavoratori stessi, e inoltre se in questo capitolo potesse venire inclusa pure l'istituzione di un ricreatorio per madri. La prego di darmi una risposta in merito.

Desidero altresì sottolineare la questione dell'assistenza ai vecchi. Proprio in relazione alle case di riposo vorrei anch'io chiedere quanto è qui già stato proposto, e cioè che venga previsto un programma per la costruzione di case di riposo, comprendente un moderno arredamento, affinché garantisca a quelle anziane persone una gestione umana in queste case, nel senso, ad esempio, illustrato dalla mia collega di Trento).

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Riassunto della puntata precedente: il cons. Ceccon ha detto che il deficit dei comuni e degli enti locali esistenti in Italia, se ha raggiunto la cifra favolosa che ha raggiunto, lo si deve a due essenziali motivi; il terzo non lo ha detto, lo dirà fra poco. I due motivi essenziali, in precedenza enunciati, si sono individuati nelle grandi masse di denaro occorrenti per l'inurbamento delle popolazioni rifluite nelle città dai comprensori rurali e per l'eccessivo onere del personale, che grava sugli enti locali, dal momento che le singole amministrazioni non hanno inteso di ridurre gli organi quando i pensionamenti loro concedevano questo obiettivo e per evidenti motivi politici. Il terzo motivo — e riprendo il discorso — il terzo motivo dell'appesantimento deficitario degli enti locali va individuato nel cronico disavanzo accumulato ormai nelle gestioni municipalizzate dei comuni, che nel 1955 ha raggiunto la cifra record di 125 miliardi, oggi abbondantemente superata, perché loro mi insegnano che il passo del gambero è conosciuto in tutti gli enti e in tutte le attività dell'uomo, ma non certo nelle attività dei nostri bravi amministratori delle aziende municipalizzate. 125 miliardi. Gli organici di

sempre si sono mantenuti, anzi ci hanno inflazionati e non sono affatto rispondenti ai reali bisogni delle gestioni economiche, perché rispondono purtroppo all'imperativo di una gestione pubblicistica, malamente intesa e quindi di per sé antieconomica. Tutto questo evidentemente concorre ad esaltare lo squilibrio finanziario degli enti locali, on. assessore, esasperato dagli oneri che per loro natura dovrebbero gravare nei bilanci dello Stato. Perché non è giusto, nel momento stesso in cui si individuano motivi di indebitamento o si muovono rimproveri per una determinata politica che all'interno degli enti locali all'indebitamento ha portato, non è assolutamente giusto che si dimentichi la responsabilità, la pesante parte di responsabilità che allo Stato stesso compete. Perché proprio con l'accumulo dei servizi è venuta ad estinguersi la linfa dei finanziamenti. Quali sono i rimedi in questa situazione disperata che ci è dato cogliere? I rimedi sono ispirati a criteri contingenti; almeno i rimedi proposti dal Parlamento, votati dal Parlamento, attuati dal Governo, portati avanti dal Ministro degli interni, rispondono a criteri che a mio modesto modo di vedere sono soltanto criteri contingenti. Si parla molto — anche lei ne ha fatto cenno e ne ha fatto cenno più volte, on. assessore, anche nel corso delle passate sue relazioni, ogni qualvolta di questo bilancio suo si è discusso, sempre quando il tema scottante degli enti, o dei comuni dirò meglio, con bilancio deficitario si è affrontato — di riforma tributaria. Esiste in progetto una riforma tributaria; ama molto parlarne e discutere di fronte al pubblico televisivo delle serate dedicate al Parlamento, il Ministro Luigi Preti. Giovinezza, giovinezza, ed è sempre giovane questa riforma tributaria, perché di essa conosciamo forse indirizzi, prospettive, volontà enunciate dal Ministro, ma non la vediamo mai concreta in precise disposizioni di legge, che

permettano finalmente ai comuni, alle Province, agli altri enti che dei cespiti delegati dei comuni fanno largo uso per attingere al denaro del risparmio pubblico che dovrebbe affluire alle iniziative private e che è sottratto ad esse, per risanare i bilanci. E questa riforma tributaria, ci si garantisce; ci si dice, dovrebbe servire essenzialmente a rinsanguare anche le casse esauste dei comuni; essa serve, ci si dice, proprio per porre finalmente il punto finale alla lunga parabola che nella corsa all'aumento degli oneri i comuni, le province e gli altri enti pubblici hanno incontrato. È una riforma graduale, anche questo abbiamo appreso dalla stampa; è una riforma graduale perché essa deve procedere o servire fino al 1970. Ecco perché, immagino, gli organi di Governo hanno assunto nel frattempo talune iniziative intese, io penso, ad arginare il fenomeno, non a modificare il fenomeno, non a frenare il fenomeno fino ad estinguerlo, ma ad arginarlo in attesa di tempi migliori. E la prima di queste iniziative il Ministero delle finanze la vede in alcune innovazioni nel regime delle imposte comunali di consumo. Assicura il Ministro Preti, in una sua recente intervista che saranno ben 75 i miliardi destinati a questa riforma ad affluire entro le Casse degli enti locali; in più, accanto a questo provvedimento particolare specifico, dovrebbe esistere la legge ed esiste la legge 6 agosto 1966 n. 637, per contributi dello Stato, limitata però negli esercizi 1966-1967 e 1968. Ed ecco anche qui il contingente del provvedimento, anche in questo limite di tempo ci è dato cogliere la volontà del legislatore nazionale di intervenire, non certo in maniera decisa per assicurare il risanamento e la bonifica di questa situazione paludosa all'interno dei bilanci comunali, ma la volontà manifestata invece di portare il palliativo di comodo. E si provvede con quella legge, mi pare di aver capito, con un fondo autonomo ammi-

nistrato dal Ministro degli interni. Certo si è, on. assessore, che è mia convinzione che questi provvedimenti altro destino non abbiano che quello di lasciare il tempo che trovano. Sì, lo Stato, la sua riforma tributaria dovrebbe averla bell'è pronta. Si dice che essa si imposta su queste linee generali: assorbimento della imposta di famiglia attraverso una imposta unica del patrimonio sui redditi delle persone fisiche. Mi piace la distinzione delle persone fisiche, instaurata dall'on. Ministro delle finanze. E accanto a questo assorbimento la nuova imposta dovrebbe essere data dal contribuente, un'imposta commisurata però sui redditi personali, ed esso gettito dovrebbe entrare direttamente nelle casse dei comuni. Lo Stato sarebbe soltanto l'esattore, lo Stato sarebbe soltanto il daziere che raccoglie il denaro e che o passa, una specie di art. 60 per i comuni, e per i comuni senza oneri, senza ricerche da condurre tramite i propri uffici e quindi costose; così il comune verrebbe a trovare a sua disposizione una massa di denaro che gli consentirebbe, si dice, di affrontare quelli che sono i nuovi compiti, le nuove iniziative lasciate agli enti locali dalla vita moderna che progredisce. Naturalmente le imposte di consumo verrebbero sempre prelevate fino al giorno in cui lo Stato opererebbe con la propria riforma sui tributi locali, perché anche in questa materia lo Stato avoca a sé la responsabilità dell'intervento diretto e la responsabilità della norma. In attesa della operatività di questi provvedimenti e di queste riforme, on. assessore, quali sono gli indirizzi che a mio modesto modo di vedere l'assessorato da lei presieduto dovrebbe intraprendere e dovrebbe mantenere all'interno di una propria attività da condurre nell'ambito dei comuni situati nelle due Province? Tre interventi, mi pare di poter dire, che hanno le seguenti caratteristiche: il primo è un intervento di vigilanza. Vigilanza, che vuol dire? Vuol dire che bisogna esercitare

un assiduo controllo sulla spesa; non è pensabile che si possano dare contributi se prima lo ente erogatore non eserciti la propria potestà di sorveglianza sulle spese che provocano i nuovi indebitamenti da parte degli enti che vengono sovvenzionati. Secondo provvedimento: unificazione dei servizi nel limite della possibilità, entro cui condurre questa unificazione. Terzo settore di intervento, riguarda la riunificazione dei comuni, riguarda il ripristino di unità un tempo esistenti e separate poi nel nome dell'albero della cuccagna. Il nostro bravo Nievo parlava dell'albero della cuccagna, l'aveva battezzato l'albero della libertà. Ho sentito prima teorizzare molto il cons. Pruner su questo prezzo che si verrebbe a pagare alla democrazia. L'albero della cuccagna, che ha portato il comune di Strigno a scindersi in 5 comuni, quando la continuità territoriale è garantita dal muro delle case che da un comune raggiungono l'altro comune. O han visto il comune di Fiera di Primiero, nella conca del Primiero, scindersi in 5 comuni, quando soltanto un piccolo ponte separa il centro abitato di Transacqua da quello di Fiera. Quindi è contro la degenerazione di questa polverizzazione comunale che oggi si sente l'esigenza di tornare a una riunificazione. E la situazione nostra mi pare ci confermi e ci conforti in questi indirizzi, on. assessore. Ci conferma e ci conforta, perché noi dobbiamo por mente alle cifre. E lei di cifre è sempre stato l'autofornitore, mi par di poter dire, perché nel 1956, se le cifre noi interroghiamo, la Provincia di Trento è presente con un disavanzo di 216 milioni, salito nel 1966 a ben 1608 milioni. E il passo, la conquista, la cadenza verso queste mete che sembrano non aver mai fine, mi pare sia costante e sia pesante. Pesante a onor del vero negli ultimi due anni, perché risale al '65 il vertiginoso aumento, il triplicarsi del deficit, se nel '64 esso era di 588 milioni e nell'anno successivo

giunge al vertice di 1414 milioni. E la Provincia di Bolzano non è che ignori la stessa cadenza, la stessa progressione nella conquista dei suoi deficit, quando dai 68 milioni del 1956 essa è capace di giungere nel '66, dieci anni dopo, alla cifra di 690 milioni di deficit, per quello che riguarda il disavanzo economico, e alla cifra di un miliardo 371 milioni per quello che riguarda il disavanzo finanziario. E allora, on. assessore, lei vede che è assolutamente necessario l'intervento nel limite e nella misura che io mi sono permesso di enunciare prima. Bisogna a un certo momento avere il coraggio di controllare le entrate, di dare direttive alle entrate dei comuni, perché bisogna farsi un abito mentale. Non si può fare un taglio di legname, il cui ricavato viene introitato dal comune direttamente l'anno successivo a quello in cui esso lo ha messo in bilancio, perché la spesa appartiene al bilancio in cui figura l'introito, mentre l'effettiva corresponsione del denaro avviene magari con un anno di ritardo. E non è pensabile allora che questo avvenimento destinato a creare il debito, ad aumentare il deficit, venga ignorato dal suo assessorato. Non è pensabile che non si possano invitare i comuni a por mente all'onere che nasce quando le spese che possono essere differite incontrano invece la bontà e l'ausilio di un mandato che si è soliti emettere, perché il convincimento dei nostri amministratori è che tanto pagare bisogna, e allora vale il gioco di pagarlo subito, senza pensare che esistono le scoperture di cassa, che bisogna ricorrere all'esattore e che si aggrava di nuovi oneri passivi un bilancio già di per sé aggravato di oneri passivi. E non è pensabile, allorché si chiede la integrazione del bilancio, di non valutare il gettito delle supercontribuzioni, il gettito proveniente dalle imposte, perché lei sa, lei mi insegna quanto di artificioso e di artificiale vi sia nei bilanci di molti comuni, perché si può ampiamente e profondamente

giocare sul volume del gettito tributario, il quale è sempre correggibile in un momento successivo alla approvazione del bilancio. Le scoperture di cassa in questo caso sono inevitabili. Ma lei lo sa a quanto ammonta la scopertura del comune di Trento? Raggiunge la cifra vertiginosa di 2 miliardi.

Quanto paga il comune di Trento per 2 miliardi di scopertura di cassa? Evidentemente pagherà il 6%, penso, e il 6% comporta un 150 milioni di denaro investito per dare oneri alla Cassa di risparmio. E non sono spese obbligatorie, non sono spese produttive. Dirò meglio: nessuna legge può vincolare l'amministratore comunale a pagare o a mettere in bilancio oneri di tal tipo, quando essi non siano assolutamente necessari e vengano artificialmente provocati nella maniera in cui io ho prima detto. E pensi che malgrado questa situazione, proprio il comune di Trento si lamenta e piange alti lai, perché non gli è stato concesso il modo di indebitarsi ancora, di ricercare nuove fonti di finanziamento, di delegare cespiti che più non ha, di procurarsi altro denaro per investire in imprese « di cui è meglio non porre lingua », come Pappagone. 160 milioni gravano quindi sul bilancio del comune di Trento per questo onere: spesa produttiva. No, io lo nego di sicuro. E gli altri comuni? I comuni minori, on. assessore, quanto pagano di interesse? I comuni minori per le scoperture di cassa? Se il comune di Trento paga il 6%, non meno dell'8% proverrà da essi. E allora se questa è la misura, il metro, noi dobbiamo avere la certezza che nella nostra regione si spendono 360 milioni annui per le sole scoperture di cassa; volume che andrebbe di gran lunga ridimensionato se fosse possibile, come era possibile un tempo esercitare la vigilanza sui comuni che presentano il bilancio deficitario. Questa vigilanza attualmente non è più possibile esercitarla, per-

ché la Regione ha ritenuto di dover delegare le proprie competenze alle Province e le Province hanno inteso attuare tutt'altra politica che quella del risanamento dei bilanci disastriati. È una spesa quindi che va contenuta, perché non è, mi pare, obbligatorio spendere denaro per arricchire le casse delle esattorie.

La nostra legge, la legge che lei ha annunciato incontra senz'altro la approvazione da parte di questo banco, incontra senz'altro la approvazione perché essa tende a portare un equilibrio là dove l'equilibrio è stato rotto, però si ricordi, on. assessore, che la legge di per sé non vale nulla se lei non la controlla, se lei non la applica nei suoi effetti, se lei non interviene per impedire che il fenomeno combattuto dalla legge non si moltiplichi ancora in avvenire. Quindi ecco la esigenza, mi pare, del controllo. E qui il discorso sarebbe lungo. Non si spaventi, non lo faccio, ma il discorso sarebbe lungo, perché quale controllo si può esercitare sui comuni? qual'è l'organo di vigilanza e tutela? Ma è la Giunta provinciale, la quale è organo di amministrazione attiva, la quale è organo che amministra direttamente i fondi delle leggi delegate ad essa trasmessi dalla Regione. ed ecco allora la politica della spesa. E come è pensabile che chi esercita una politica della spesa attui una vigilanza sulle spese dei comuni? Il controllo può essere un controllo economico; il controllo può essere un controllo finanziario, il controllo può essere un controllo giuridico, non potrà mai essere un controllo politico sviluppato da parte della Giunta provinciale. E allora il male che colpisce i nostri comuni è un male destinato a incancrenirsi. Il controllo politico è di spettanza soltanto del Consiglio, che è il legislativo, non può competere in questo campo alle Giunte provinciali. E se noi non abbiamo il coraggio di sortirne, se noi non creeremo i tribunali di giustizia amministrativa, se noi non sbloccheremo questa si-

tuazione carente di questo strano statuto concepito da strani uomini, « impazziti » li definì il prof. Vassallo al convegno giuridico della Regione sarda, se noi non vediamo di rimediare a questa carenza che incombe sulle nostre istituzioni, non servirà la sua legge, non serviranno i milioni che stanzieremo, non serviranno le leggi dello Stato, e anno dopo anno ci incontreremo qui dentro a farci vicendevolmente questi discorsi, a proporci cose che forse tutti dentro di sé portano, di cui sono convinti, ma delle quali non sanno trovare assolutamente il mezzo per sortirne. E allora, on. assessore, come è possibile esercitare il controllo, quando i fondi per i bilanci deficitari vengono assegnati prima che i comuni presentino, approvino i loro bilanci. Com'è possibile dare queste contribuzioni senza che sia esercitato il controllo da parte dell'assessorato su quelle che sono le spese che devono essere coperte? Come è possibile pretendere il controllo, quando, on. assessore, da parte degli organi politici si ricorre alla incentivazione nel settore dei lavori pubblici, quando si invitano e si spingono i comuni a intervenire in maniera massiccia proprio nel settore dei lavori pubblici? Ma ci sono decine di comuni, il cui bilancio ordinario è inferiore di milioni ai contributi stanziati dalla Regione per quel comune, in favore dei lavori pubblici. Come è possibile non pretendere che il bilancio diventi automaticamente deficitario? Siamo noi la colpa di questi deficit, siamo noi uomini politici, che creiamo questi deficit, che li aiutiamo, che li vogliamo. E anno dopo anno ci troviamo qui a condannarli, anno dopo anno noi diciamo che bisogna por freno alla proliferazione degli enti indebitati. Bello il discorso dell'ambasciatore Cavallotti. Anche a lei piacerebbe alla televisione interpretare le istanze dell'on. Fanfani, parlare della non proliferazione, ricevere Humphrey e gettargli i limoni marci. E invece noi proliferiamo. Che cosa pro-

liferiamo? Enti autonomi indebitati, anno dopo anno. Questa è la fine della nostra politica di non proliferazione. Basta guardare il dato da lei fornito sulla percentuale dei comuni con bilancio deficitario esistenti nella nostra regione, per capire quanto purtroppo si avvera la verità che mi sono permesso in questo momento di enunciare. Ed è certo che a por mente a quale è la dinamica esercitata dai comuni o vissuta dai comuni esistenti nelle due province per la ripartizione dell'indebitamento sulla via di Damasco dei loro bilanci, noi troviamo motivi che ci inducono alla riflessione. Ci sono i mutui. Abbiamo visto i mutui. La Provincia di Trento ha iniziato in maniera massiccia con i mutui, è andata avanti dilatando sempre di più le proprie autorizzazioni, affinché i comuni contraessero mutui. E questa era la politica degli oneri differiti, questa era la politica dell'indebitamento delle generazioni future, questa era la politica che conduceva dritto dritto al no alla programmazione. Perché, togliamocelo dalla testa, è pia illusione programmare con gli enti pubblici che hanno all'incirca 6 mila miliardi di debito acceso, e alla Cassa depositi e prestiti e agli istituti di credito. È pura follia parlare di programmazione, dimenticandosi della esigenza prima del risanamento di questi enti indebitati. E dall'altra parte in provincia di Bolzano abbiamo visto l'inizio del ripianamento dei debiti affidato alle supercontribuzioni. Perché alle supercontribuzioni? Ma perché diverso è il polso, perché diversa è la fisionomia, perché diversa è la consistenza economica, diverso è il potenziale economico e sociale dei comuni indebitati nella provincia di Bolzano. Lì si poteva veramente ricorrere in maniera massiccia alle supercontribuzioni, perché la loro clientela estiva, perché l'afflusso di tante persone da parte degli altri comuni d'Italia nel periodo estivo-invernale delle due stagioni permetteva la esaspera-

zione o il potenziamento di simile politica delle supercontribuzioni. In provincia di Trento no. Solo che abbiamo assistito poi al fenomeno inverso anche in provincia di Bolzano, perché a un certo momento si è arrestata la autorizzazione alle supercontribuzioni per esasperarsi quella dei mutui. E anche qui han capito l'antifona. Anche in provincia di Bolzano si son fatti furbi e i comuni hanno acceso mutui, mutui e mutui, perché solo in questo modo il problema poteva essere incancrenito, diventare generale, imporsi all'attenzione del legislatore, richiedere l'intervento degli oneri regionali, per togliere i comuni da una *impasse* entro la quale si sono cacciati e difficilmente potranno da soli sortirne. Ecco quindi che anche questa strana impostazione della ripartizione degli oneri trova la sua logica spiegazione. Del resto, on. assessore, anche lei ha trovato il coraggio di dirlo, e ha fatto bene, allorché accenna che lo spirito che alita entro certe mentalità di amministratori è quello che il debito non conta perché tanto qualcuno pagherà. Ed è la mentalità, vede, che albergava in tanti bambini, forse anche in me quando ero piccolo, allorché lanciando con la fionda il sasso contro la lampadina del giardino pubblico, dicevano: tanto, è del Comune, e non riuscivano a comprender che invece era dei loro padri, che invece era della collettività che entro il comune vive, prospera e lavora.

E passando al secondo degli indirizzi che io riterrei essenziali per condurre a una certa bonifica entro questo settore così ormai profondamente inciso dai debiti, bisognerebbe parlare dei consorzi. Ne ha sentito far cenno: consorzi di servizi. On. assessore è pura fola, è favola il Consorzio. Quanti segretari comunali abbiamo inteso che sentono essi l'esigenza di un trasferimento dall'interno di un consorzio a un comune singolo, perché è inevitabile la presa di posizione dei singoli paesi che compongono il consorzio, in quanto che si sentono

torteggiati. Ormai questa politica spicciola del campanile sta dando i suoi frutti. Ma quante discussioni si sono fatte sugli impiegati, all'interno dell'organico del consorzio, perché l'applicato non appartiene al comune tale, perché lo scrivano o il messo non proviene dal comune talaltro! Ma sono posizioni che si esasperano, sono posizioni che hanno al loro vertice un aspetto, una situazione umana, dalla quale non è assolutamente possibile prescindere, che si presentano giorno dopo giorno.

Ed è inutile pensare quindi a questi consorzi, perché gli amici dei nemici mi pare siano i motivi dominanti che ne regolano la vita. Strane situazioni, anche oggi giorno là dove i comuni sono uniti, e sono uniti perché attorno ad essi han confluato con volontà più o meno manifesta o espressa, quelle che sono le frazioni o che ne costituiscono le frazioni. Situazione del comune di Pergine, on. assessore. Situazione del comune di Pergine, il cui consiglio comunale è dominato, è comandato dai rappresentanti delle frazioni, dove non è possibile condurre una politica se non in senso frazionale, dove le esigenze e i bisogni, le necessità del centro devono sottostare a quelle che sono le imposizioni, gli accordi, i ricatti magari della periferia. E qual è la situazione del comune di Trento? L'ha mai guardata nelle sue cifre? Anno dopo anno aumentano progressivamente le imposte della città, diminuiscono le imposizioni dei sobborghi; aumentano i lavori nei sobborghi, diminuiscono i lavori in città. È inevitabile, anno dopo anno. Si immagini se queste posizioni esasperate con i consorzi non avrebbero il loro aspetto patologico dal quale mi sembra sia meglio e sia doveroso prescindere. L'unico provvedimento, il vero provvedimento, quello che forse richiederà coraggio ma che è l'unico valido, è quello di alzarsi una mattina, egregio assessore e dire: non faccio il dittatore, monto a cavallo, mi metto

gli stivaloni, tanto bisogna avere *phisque du rôle*, nessuno di noi ce l'ha, sono tramontati i dittatori perché i dittatori sono un prodotto della storia; oggi non c'è la storia, ma c'è la cronaca, quindi tutt'al più nascono i Mario Missiroli, ma non nascono i dittatori. Bisogna però trovare il coraggio di dire, on. assessore: abolisco tutti i comuni inferiori ai 1500 abitanti. Perché solo in questo provvedimento lei può trovare il mezzo di porre rimedio all'emorragia dell'indebitamento. E lo Stato? Lo Stato che aumenta i suoi oneri e che diminuisce i propri finanziamenti? Anche qui il discorso va intrattenuto, e va intrattenuto dalla Regione. È lei che lo deve intrattenere con il molto onerevole Ministro degli interni, è lei che gli deve porre il dito sulla piaga, che non è piaga nostra, ma è piaga generale, è lei che deve fargli sentire l'esigenza di por fine a questo giochetto delle parti. Non si può devolvere compiti nuovi agli enti locali e non dare, nel rispetto della Costituzione, il finanziamento necessario per corrispondere agli obblighi nuovi. E siccome le imposte non sono di nostra competenza, è evidente che bisogna rivolgersi allo Stato e lo Stato le imposte le adopera come vuole e non per pagare gli oneri che accolla ai comuni. E i comuni in questa maniera subiscono. On. assessore, undici volte, immagini, ci siamo incontrati, undici volte. Per undici volte io mi son letto le relazioni belle che lei ha stilato. Per undici volte, che sono undici anni, non ho consumato sette paia di verghe o sette paia di scarpe, nè colmato sette fiasche di lacrime amare, perché non piango su ciò che non compete alla mia responsabilità diretta. Constato ora che voi non volete riempire le fiasche di lacrime amare e fate marcia indietro su determinati provvedimenti, ma undici anni sono, che anno dopo anno noi leggiamo le sue relazioni. E anno dopo anno, per undici anni, lei ci ha parlato dei motivi che portano i co-

muni all'indebitamento. Anno dopo anno, con bellissime cifre e diagrammi e paradigmi e lunghe esposizioni, lei ha messo il dito sulla piaga, lei ha centrato il male, lei ha indicato i rimedi. E anno dopo anno, per undici anni, noi parliamo dei rimedi, noi constatiamo i mali e noi non troviamo la medicina. Cioè c'è qualcosa di peggio: la medicina la sappiamo, ma non la vogliamo bere perché siamo peggio dei bambini cattivi. Neanche se le diamo il cioccolatino lei, on. assessore, sarà capace di prendere i provvedimenti che vanno presi. Neanche con il cioccolatino. E badi non è un cioccolatino purgativo; anche se io sono un ragazzo cattivo, non le faccio questo scherzo. Però è evidente che siamo giunti al limite. Non si può sempre intrattenere l'on. Consiglio sui motivi, sulle cause, parlare della riforma della finanza locale, parlare della riforma dello Stato. Non ci si può sempre prospettare i panicelli più o meno caldi, e poi perdere per strada non solo le grandi riforme, ma perdere per strada anche i pannicelli. Di anno in anno, di fronte a questa nostra impotenza e a questa nostra incapacità di constatare, di porre il dito sulla piaga, di anno in anno aumenta il numero dei milioni che stanno a segnare il cammino fallimentare di tante nostre amministrazioni deficitarie. Io penso, on. Assessore, che non si attui ciò che è al di fuori della legge statale, ciò che è al di fuori delle riforme, ciò che è al di fuori delle grandi trasformazioni di struttura. Non si attua questo, non è compito nostro. Noi dovremmo attenerci strettamente ai nostri doveri e il nostro dovere è quello di attuare i controlli. Noi dovremmo aiutare i comuni, tutti i comuni, controllandoli. Noi dovremmo potenziare, istituire quello che è un severo servizio ispettivo. Noi dovremmo veramente andare nei comuni in fase di approntamento del bilancio con i nostri ispettori, preparati, per insegnare, per aiutare, non a eludere la legge, ma a servire la legge; per costi-

tuire il bilancio reale all'interno delle possibilità effettive e delle contribuzioni e di quelli che sono gli oneri che lo Stato differisce e concede. Questo è il nostro compito. Ma noi facciamo le riforme in cui aboliamo addirittura le divisioni degli enti locali, dei settori degli enti locali. Diciamo che tutto è controllo, niente è controllo, per cui nessuno controlla e ciascuno fa quello che vuole, tranne una volta l'anno a trovarci qui a piangere calde lacrime sui bilanci deficitari dei comuni. E quindi penso veramente che noi veniamo meno a un nostro compito istituzionale, che è quello di essere a fianco e vicino alla nostra gente per aiutarla in questo difficile cammino dell'amministrare. Amministratori non ci si improvvisa mai, uomini politici sì. Cosa vuole, è molto facile fare gli uomini politici, ma amministratori no. È sul bilancio che cadono gli uomini, mai nei comizi, almeno per quello che mi consta.

Il consorzio dei comuni. A che cosa serve il consorzio dei comuni? Proprio ha perso anche esso quella sua fisionomia, quella sua natura di organismo chiamato a sorreggere, ad aiutare, da un punto di vista obiettivo delle esigenze economiche, finanziarie, i comuni, ed ha assunto sempre più una sua fisionomia politica. Perché l'ente pubblico, quando non ha il potere, dove lo cerca il potere? Lo cerca presso gli uomini politici. Per questo i nostri comuni, i nostri enti autonomi sono in crisi. Sono privi del potere finanziario. Come si procurano il potere finanziario? Ricorrendo all'aiuto del potere politico. E c'è la vicendevole interferenza che può portare alla vicendevole corruzione. È uno dei motivi fondamentali per cui è in crisi lo Stato. Lo Stato è in crisi perché sono in crisi i comuni, anche perché sono in crisi i comuni, e i comuni sono in crisi perché non possono sottrarsi al marasma generale di questo mercanteggiare delle disponibilità del potere, che è stato instaurato ormai entro la cerchia della nostra terra, non

dentro il fazzoletto piccolo della nostra terra Trentino - Altoatesina, entro il fazzoletto molto più grande di tutta la terra che costituisce la nostra Repubblica. La Regione, vede, ha delegato le sue potestà, nell'applicare questa legge, nell'amministrare questa legge, ed io non spenderò mai parole sufficienti per dimostrare o per proporre alla sua attenzione, una volta ancora, quanto sia stato un errore quella delega, come da quel giorno si segnalò il cammino del regresso sul piano inclinato della finanza comunale. E mi stupisce che l'assessore Manica abbia invocato prima nuovi aiuti, nuovi contributi. È vero che ha detto: ci troviamo di fronte a un fatto calamitoso, di natura straordinaria. Questo è vero. Dice: in modo temporaneo forse dobbiamo intervenire e intervenire in maniera diversa e più massiccia. E ignora l'on. Assessore, ancora per la poca esperienza forse che ha dell'assessorato che dirige, ignora che questi debiti, che questi deficit sono destinati ad appesantirsi via via, perché vengono protratti negli anni e non certo sono destinati a contrarsi, a diminuirsi. L'intervento del legislatore, on. Assessore, era inteso a creare una legge che dovesse sanare le eccezioni, la vita eccezionale dell'ente, e questa legge si è trasformata invece in uno strumento ordinario di vita amministrativa. I comuni deficitari sono un non senso, sono la eccezione, dovevano essere la eccezione nella vita ordinata dei comuni. Ne hanno costituito invece addirittura la componente fondamentale; ecco perché la nostra legge è fallita, è diventata, a sancire quasi un intervento ordinario, strumento ordinario anch'essa di amministrazione attiva su cui ogni amministratore è chiamato a fare affidamento; e sul quale e sul quanto si conducono trattative, e si intrattengono colloqui e si intrattengono discorsi. Ed ecco che la Regione allora attua una sua politica generale dei contributi per interposta persona, tramite le due Province. C'è un aspetto

politico in tutto questo. L'aspetto politico l'ho voluto mettere in evidenza, e c'è riuscito, il mio collega Pruner, allorché prima, partendo da una affermazione dell'avv. Mitolo, giungeva a conclusioni alle quali l'avv. Mitolo non voleva certamente giungere. Egli ha parlato di un prezzo della democratizzazione, e questo prezzo lo ha inteso come un tributo di amore civico. È un conto economico che noi paghiamo, la democratizzazione dei comuni. Quanti ex voto, quanti santi nuovi sulla via della democratizzazione dei comuni. Bilanci deficitari. Il deficit è una conquista della libertà, ha detto il cons. Pruner. La democrazia ha un prezzo e noi questo prezzo lo abbiamo corrisposto.

E io mi permetterei di dire al mio collega che questo prezzo bastava non farlo pagare ai comuni. Non è necessario creare Massimeno perché noi paghiamo un prezzo alla democrazia. E non voglio fare un discorso sulla democrazia; non è luogo, non è l'ora e soprattutto non è la tribuna, perché i colleghi miei di democrazia mi son maestri, e non hanno quindi bisogno di apprendere tutt'al più l'imparaticcio di un tardo convertito o pseudo convertito. Basta non far pagare i Massimeno ai comuni della provincia di Trento e Bolzano, e la democrazia non c'entra. C'entra l'intelligenza dell'uomo politico, che ha virtù e capacità di sintesi, che ha virtù e capacità di leggere entro la vita dinamica delle persone che amministra, e che non può pensare, in terre che hanno ancora bisogno di una espansione economica di cui prive sono da tanto tempo, di dilapidare sostanze e denaro pubblico per pagare prezzi consimili. Ma evidentemente questo rientra in uno di quei dolci amori che il mio collega Pruner, di quando in quando qui dentro, ha portato nella discussione di questo bilancio. Voi ve lo ricordate, allorché si accorse che anche il Papa aveva individuato una certa esigenza di impiegare le forze armate a

scavare buchi, a elevare argini, a ripulire torrenti piuttosto che a sparare cannonate? Ve lo ricordate? E non pensava in quel momento che la Costituzione fa obbligo al cittadino italiano di difendere la patria e di fare il soldato. E non si ricordava in quel momento . . .

PRUNER (P.P.T.T.): Sì, sì.

PREVE CECCON (M.S.I.): Sì? E allora non hai ricordato, collega Pruner, che se il soldato viene impiegato in lavori che non gli competono per la Costituzione, bisogna pagarlo per i lavori che fa. E si fonda il sindacato dell'esercito, perché se tu gli fai far strade, deve essere pagato come un operaio che crea le strade, e non con la decade del militare. Questo allora vorrebbe dire che la Regione dovrebbe istituire un altro . . .

CONSIGLIERE: Nonostante il Papa!

PREVE CECCON (M.S.I.): Nonostante il Papa, sì. Eh, lui li ha a Forte Knox i lingotti d'oro, non li ha mica nel bilancio della Regione. Dovremmo istituire un capitolo nuovo nella nostra Regione per pagare anche questi interventi. Comunque, on. Assessore, mi pare che su questo argomento nulla vi sia più, almeno da parte mia, da dire, se non che la constatazione che non può giungere esso a una soluzione, se non abbiamo il coraggio di camminare, per quanto riguarda la competenza delle Province, anche nel settore degli usi civici. Ecco un prezzo pagato dalla democrazia: gli egoismi che all'interno delle singole amministrazioni comunali scattano allorché si amministrano usi civici contrapposti agli interessi del comune. Ecco l'altro prezzo che si paga all'interno delle amministrazioni, quando per la scarsità della gente che vive in un comune, si è costretti ad attuare

una scelta di amministratori per parentele, e si soggiace ai poteri locali, poteri di famiglia, non certo poteri di capacità amministrativa. Anche per questo motivo bisogna giungere ad agglomerati sempre più vasti, per permettere appunto la qualificazione e per garantire la scelta. Mi pare, on. assessore, che se una riforma entro questa delicata materia va intrapresa, essa deve, doveva per lo meno, riguardare — e qui ha fallito proprio la democrazia che si invoca — essa doveva riguardare il metodo della scelta degli amministratori chiamati a reggere la cosa pubblica. I partiti dovevano essere disintegrati nel momento in cui si dovevano esprimere le liste; era per capacità, per categoria, per albo di amministratori che si doveva procedere alle elezioni. Solo se si fosse trovato il coraggio di una simile riforma oggi noi non ci troveremmo a discutere del problema che tanto ci tormenta. Abbiamo fallito allora; io mi auguro, per il bene di tutti, che non si continui a fallire.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente e signori colleghi, mentre il cons. Ceccon parlava, come aveva fatto precedentemente anche l'altro collega di gruppo, l'avv. Mitolo, con una analisi così approfondita e dettagliata di questo problema, io stavo meditando a che cosa possono servire queste discussioni particolarmente sull'assessorato agli enti locali. Mi stavo domandando perché mai, parlando di questo tema e di questi argomenti, vale quella formula che ormai è entrata qualche volta nel discorso comune, che la storia d'Italia procede a ventenni. Procede a ventenni anche per quanto riguarda la situazione degli enti comunali, perché se nel 1948, quando è incominciata l'era dell'impero della democrazia cristiana nella regione Trentino-Alto Adige, si è seguita una po-

litica in materia di costituzione di comuni autonomi, a distanza di vent'anni l'assessore responsabile, responsabile in questo momento, responsabile anche per quelle che sono le sue responsabilità di partito negli anni precedenti, lo assessore viene a dirci che questa politica è stata completamente sbagliata. Ce lo viene a dire anche con una cara ingenuità, che potremmo anche apprezzare se non fosse il risultato di una forza delle cose alle quali forse la democrazia cristiana non è riuscita a far argine e a sottrarsi. Di tutta la relazione che ha fatto il signor assessore, una affermazione mi pare che confermi questo mio giudizio completamente negativo: l'affermazione che si ritiene che il minimo sotto il quale non dovrebbero scendere le comunità della regione Trentino-Alto Adige, dovrebbe essere quello dei 3 mila abitanti. Nell'anno 1945, finita la guerra, la provincia di Trento contava ad esempio 117 comuni, oggi ne conta 227. La provincia di Bolzano più prudente — mi piace dirlo questo — ha aumentato di poco il numero dei suoi comuni, e si è in parte salvata dalla situazione in cui versiamo noi nel Trentino, anche se per dir la verità ha approfittato delle leggi regionali e dei contributi regionali per dare quei sussidi a richiamo delle finanze deficitarie dei comuni, con altri intenti completamente diversi da quelli per i quali la legge era stata pensata e approvata. Non si ritiene che un comune nella regione Trentino-Alto Adige abbia possibilità di vita autonoma, di vita finanziaria ed economica autonoma, se inferiore ai 3 mila abitanti. Le statistiche — ce le ha fornite lei un'altra volta, ma ci erano completamente note anche dal passato — sono completamente difformi da questo. Voi per vent'anni avete seguito una politica della quale oggi vi battete il petto. Recitate il « *mea culpa* » ma è una recitazione che giunge dopo che avete sconquassato completamente le nostre amministrazioni comunali e le

finanze delle stesse. Ha ragione il collega Ceccon quando dice che quella legge su interventi a ripiano dei comuni deficitari, che avrebbe dovuto essere o rappresentare un intervento di natura eccezionale, ha finito invece per essere un intervento ordinario. Siete riusciti appena appena ad evitare che questi interventi a ripiano dei comuni deficitari venissero richiesti anche per le grandi amministrazioni comunali. E forse non vi sarà grato l'ex sindaco di Trento, il fratello dell'on. Flaminio Piccoli, il mio sindaco per tanti anni, non vi sarà grato perché forse, se avesse potuto anche il comune di Trento fruire di questi interventi regionali, non si troverebbe oggi nella situazione paurosa in cui si trova. Si è parlato da parte del collega Ceccon di 2 miliardi di spargio, ma il debito consolidato del comune di Trento, signor assessore, a quanto ascende? Io non credo che siamo molto lontani dai 9 miliardi. Questa è la realtà delle cose che voi avete creato, e l'avete creata, e mi dispiace che l'abbiate creata in questo modo, per due motivi: l'avete creata per il desiderio di potere paesano e di potere locale, perché voi avete moltiplicato i comuni nel modo in cui li avete moltiplicati, per crearvi delle conventicole locali in appoggio al vostro partito e alla vostra politica. Ma questo non è ancora niente. Quello che è estremamente grave, signor assessore, è la diseducazione di natura democratica che voi in questo modo avete fatto, perché non c'è oggi cittadino di un comune trentino — e parlo del Trentino perché in questo il fenomeno è stato molto più macroscopico — non c'è oggi cittadino del comune del Trentino il quale non senta dentro le proprie orecchie la sirena di quello che è stato il passato antecedente al 1945, quel passato che voi stessi avete dichiarato infausto, quello successivo al decreto del 1926, non c'è cittadino dei comuni della provincia di Trento, il quale non dica ancora una volta: forse si stava meglio

quando si stava peggio. Questo è quello che mi dispiace della vostra politica: la diseducazione che voi avete compiuto nei confronti dell'opinione pubblica. Perché alla fine della guerra anche voi, in parte per queste vostre illegittime opportunità di partito, in parte così, per mettervi all'avanguardia di una posizione opposta a tutto quello che era accaduto nel passato, vi siete messi a fare questa politica che ha avuto oggi queste conseguenze. E oggi ci si dice che nessun comune dovrebbe scendere al di sotto dei 3 mila abitanti. Come fate, signori della democrazia cristiana, voi della Giunta regionale, i vostri colleghi della Giunta provinciale di Trento, come farete oggi ad andare presso le popolazioni dei comuni nelle quali avete istillato quello che chiamavate il bisogno dell'autonomia, in nome di una contrapposizione a tutto quello che contro questa supposta autonomia nel passato era stato fatto, li avete educati a pensare che è meglio mangiare una carota, anche senza olio, pur di essere autonomi, e oggi dovete tornare presso queste popolazioni e dire alle stesse che non sono più in grado di reggersi da sole, che l'indebitamento va progredendo nella misura in cui anch'io poi indicherò con alcuni dati, sia per quanto riguarda la Regione, sia per quanto riguarda lo Stato. Dovrete in sostanza fare un discorso completamente opposto a quello che avete fatto per tutti questi anni. Sì, la storia procede veramente per ventenni. E l'abbiamo visto oggi, parlando di quella che era stata la politica dei lavori pubblici, lo constatiamo in questo momento parlando della politica degli enti locali. Ecco perché all'inizio del mio discorso dicevo ad alta voce quella che era la mia riflessione intima: a che cosa serve oggi di fare tutte queste constatazioni e queste considerazioni? Serve di fronte alla propria responsabilità e alla opinione pubblica, ma ormai quello che è accaduto è accaduto. Serve anche a rilevare che

quello che è accaduto è accaduto contro la volontà di molti degli schieramenti della opposizione, che queste cose che vi diciamo oggi non ve le diciamo per la prima volta; ve le abbiamo ripetute decine di volte, ogni volta in cui questa proliferazione dei comuni si moltiplicava e si attuava. È stato il risultato di una mentalità caratteristica della democrazia cristiana, e particolarmente della democrazia cristiana trentina, la quale ha sempre avuto sulla propria bandiera un unico motto: quello di accontentare il pubblico, qualsiasi fossero le esigenze della loro giustizia, della loro razionalità, anche lasciando che le situazioni si creassero in questo modo che oggi è veramente fallimentare. Non è una caratteristica della democrazia cristiana di oggi, è una caratteristica della democrazia cristiana che abbiamo ritrovato in tutta la storia, della democrazia cristiana o del partito popolare del Trentino. L'abbandante tra le necessità di un moto nazionale che abbiamo ritrovata nel momento in cui, oscillava faceva sempre più vivo e sempre più esigente, e il timoroso legalismo che aveva sempre voluto seguire, aveva trovato la strada di mezzo: quella della coscienza nazionale positiva, che non era un modo deciso nè per stare a favore dell'Italia, nè per stare a favore dell'Impero austro-ungarico, termini nei quali allora il problema si poneva. Questa tendenza ad accettare così le irrazionali esigenze da voi stessi sollevate e da voi stessi rafforzate, come si manifestano all'interno di un'opinione pubblica che qualche volta non ha la capacità di mettersi a fare i conti con la situazione amministrativa e con la situazione dei bilanci, questa tendenza vi ha posti di fronte alla constatazione del fallimento della vostra politica. Ma la mia domanda, è la domanda che tutti si fanno, è questa: quanto tempo passerà prima che voi riusciate a dare un colpo di timone a que-

sta situazione che avete creato? Lei ci cita alcuni esempi, degli esempi che dovrebbero essere di consolazione, e ci cita per esempio il fatto che il comune di Vigolo Baselga e di Baselga, vicino a Trento, abbia chiesto la riunificazione con il capoluogo, e di quanto si sta prevedendo per quanto concerne i comuni di Banco, di Casez in Val di Non e via dicendo: Ma quanti esempi ci dà di questa situazione? Due o tre, non di più, mentre noi sappiamo, per sua stessa constatazione, che se è vero come è vero che la popolazione del Trentino-Alto Adige supera di poco i 400 mila abitanti, diviso per 3, i comuni dovrebbero superare di poco il numero di 100-110. Quanti anni passeranno perché voi troviate la forza di ritornare all'indietro? Questo è un problema che si pone di fronte alla relazione sua e di fronte al nuovo orientamento che la democrazia cristiana ha da un anno a questa parte intrapreso e iniziato. Le conseguenze, oltre che essere di natura spirituale e di natura politica, sono drammatiche poi sul piano finanziario. Guardi, signor assessore, voglio fare un piccolo confronto con i dati che lei ci dà, a pag. 6 della sua relazione, a proposito dei mutui contratti dai comuni della regione e i dati corrispettivi in sede nazionale. I mutui concessi in favore dei comuni, a cominciare dall'anno 1962, per quanto riguarda i capoluoghi di provincia erano 55 di numero e per un importo in volume totale di 143 miliardi. Nel 1963 erano in numero di 60 per 203 miliardi; nel 1964 erano in numero di 66 per 223 miliardi; nel 1965 in numero di 72 per 252 miliardi. Questo per quanto riguarda i capiluoghi di provincia. Per gli altri comuni il numero dei mutui concessi riguardava 2524 comuni nel 1962 per 65 miliardi, 3069 comuni nel 1963 per 100 miliardi, 3293 comuni nel 1964 per 107 miliardi, 3446 comuni nel 1965 per 120 miliardi. Siamo passa-

ti dal 1963 al 1965 da 100 miliardi a 120 miliardi, con un aumento perciò del 20 per cento. Veda un poco le cifre che lei ci dà per quanto riguarda la Regione. Incomincio dal 1950 e parlo di mutui contratti da tutti i comuni della regione e in ammortamento in quell'anno, che erano pari a 950 milioni. Nel 1956 erano pari a 6 miliardi 200 milioni; per giungere nel 1965 a oltre 26 miliardi; e poi dal '65 al '66 abbiamo avuto un salto di altri 5 miliardi, tanto che i mutui in essere e in ammortamento per tutti i comuni della regione nell'anno 1966 erano di 31 miliardi. È evidente che se siamo spaventati di fronte a quello che è l'indebitamento degli enti locali per tutto il territorio della Repubblica italiana, molto ma molto più spaventati siamo di fronte all'aumento dell'indebitamento degli enti locali per la Regione Trentino-Alto Adige. Qui il fenomeno è stato tale da superare addirittura la media nazionale: 5 miliardi in più, su 26 che erano nel '65 a 31 nel 1966. Di fronte a questa situazione quali sono i rimedi che l'assessorato propone? L'assessorato propone un rimedio che ho avuto occasione di raccomandare anch'io alla Giunta regionale nel mio ultimo intervento in sede di discussione economica: la riduzione delle spese correnti. Ma la Regione dà questo esempio di ridurre le spese correnti o la Regione invece non fa proprio l'opposto e diseduca e non ammaestra, anzi ammaestra in senso contrario le amministrazioni comunali? Il bilancio della Regione, per quanto riguarda le spese correnti, l'ho documentato nel mio intervento economico, è aumentato quest'anno, è salito fino al 53 per cento. Con quale forza morale può il signor assessore agli enti locali rivolgersi ai comuni perché diminuiscano le spese correnti, se il bilancio della Regione invece non fa altro che di anno in anno aumentarle? La Giunta ci dice ancora che non ritiene più utile

il tradizionale sistema di intervento a ripiano dei bilanci deficitari dei comuni della Regione. La sua inutilità era data innanzi tutto dalla scarsità dei mezzi a disposizione. Palliativi, palliativi nel senso più pieno e assoluto della parola, di fronte a un carico deficitario che per il Trentino riguarda la metà dei comuni esistenti. Che cosa vuole che siano quelle poche decine di milioni che vengono stanziati nel bilancio regionale? Questo bilancio regionale che per questo capitolo è stato sempre da voi, per motivi egoistici, suddiviso in parti uguali, fino a qualche anno fa, quando di fronte alla ribellione di parte del Consiglio regionale, vi siete decisi a puntare i piedi e a dare timidamente prima 5 poi 10 milioni in più per la provincia di Trento, che ha il doppio dei comuni e che ha un numero eccezionalmente più grande di comuni deficitari rispetto alla provincia di Bolzano. Ci si dice che il sistema non è più utile. Ne siamo perfettamente convinti. Ma quale altro sistema la Giunta oggi ha pensato di suggerirci o di escogitare per ripianare i bilanci deficitari dei comuni? C'è una proposta, a prescindere da tutte quelle che sono le considerazioni e le aspettative che dimostrate di avere nei confronti dell'intervento dello Stato, c'è una proposta timida che viene buttata lì fra una riga e l'altra, ed è quella di aumentare il contributo alle Province in conto art. 70. Io mi domando: già questo art. 70 è stato sufficientemente aumentato in questi ultimi anni; ma se l'art. 70 dovesse essere assorbito per ripianare le finanze dei comuni deficitari, come potrebbero poi le Province valersi degli stanziamenti per il raggiungimento degli scopi istituzionali e per il raggiungimento degli scopi che l'art. 70 stesso prevede? Anche qui mi pare che la causa di questa situazione vada un'altra volta indicata nel fatto che questo problema è stato sottratto al giudizio e alla considerazio-

ne del Consiglio regionale. La Giunta, come rappresentante di una maggioranza e di uno o di alcuni partiti, è inevitabilmente soggetta a una serie di richieste e a una serie di necessità di dare delle assicurazioni preventive. Lei scuoteva prima la testa, quando il collega Ceccon ha detto che praticamente i comuni mettono già in bilancio preventivo quello che sarà il contributo che ad essi la Regione darà per ripianare il deficit di bilancio, anche se questo non si rileva in nessuna delibera della Giunta. La realtà è proprio questa, signor assessore. Lei la sa meglio di me. La realtà è questa: i comuni vengono, parlamentano, sanno che chiuderanno il bilancio di previsione con un determinato deficit e domandano alla Giunta regionale o all'assessore competente quanto possono inserire fra le entrate di contributo da parte della Regione per il ripiano dell'esercizio deficitario. L'aver sottratto questa materia al Consiglio regionale, ha posto voi nella condizione di non saper resistere alle richieste, e ha posto gli amministratori comunali nella condizione di pensare che dietro le spalle tanto c'è papà che paga, e il papà che paga è la Giunta regionale. Se ogni volta questi temi fossero stati portati qui in Consiglio regionale, dove si fossero potuti considerare gli elementi e i fattori positivi per la concessione del contributo, e gli elementi e i fattori negativi, forse le stesse amministrazioni comunali sarebbero state estremamente più prudenti, estremamente più caute nell'affrontare delle spese che rendevano il loro bilancio deficitario. Debbo, signor assessore, richiamare ad esempio la situazione del bilancio comunale di Levico, in cui abbiamo delle spese che per alcuni settori sono addirittura equiparabili, anche in termini assoluti, con le spese che un grande comune come è il comune di Rovereto sostiene. E non venite a dire che dell'amministrazione comunale di Levico sia-

mo oggi compartecipi direttamente prima, indirettamente adesso anche noi, perché questa situazione ce l'avete trasferita voi, attraverso la vostra amministrazione comunale. Abbiamo nel comune di Levico un numero di dipendenti operai, che è all'incirca pari a quello del numero dei dipendenti del più grande comune di Rovereto. Ricordatevi ancora, che prima di uscire dalla precedente legislatura, le Giunte provinciali hanno, se non incitato, per lo meno tollerato che venissero fatte alcune riequiparazioni degli stipendi che non erano obbligatorie e dei salari; riequiparazioni non obbligatorie che erano tutte quante fatte in nome della socialità, in nome del bene della popolazione e via dicendo. Signor assessore, sarebbe stato interessante che lei ci avesse dato anche — ma è una cosa che poteva anche fare e non fare, perché il conto è presto fatto — che ci avesse dato anche il numero dei dipendenti degli enti locali nella regione Trentino-Alto Adige, perché potessimo confrontarlo con quella che è la statistica nazionale; se lei non l'avesse vista, mi interessa sottoporla all'attenzione sua. Nel 1961 il numero dei dipendenti degli enti locali era di 478.806, nel '62 di 496.973 con un aumento del 4 per cento; nel 1963 di 527.525 con un aumento del 10 per cento; nel 1964 di 554.578 con un aumento del 16 per cento. Io ho motivo di ritenere che questa elefantiasi del numero dei dipendenti degli enti locali, e questa elefantiasi specialmente dello sviluppo delle carriere degli stipendi diretti e indiretti che gli enti locali devono pagare, si sia avverata anche qui nella Regione. Per cui un altro elemento che lei dovrebbe considerare per un giusto giudizio sulla situazione, potrebbe essere e dovrebbe essere anche questo. Noi, per evitare quello che altre volte ci è stato detto e che per dir la verità da un po' di tempo non ci si dice più, perché noi liberali ogni volta in cui abbiamo affrontato un tema non abbiamo soltanto fatto

una critica, ma abbiamo fatto anche delle proposte concrete, come le abbiamo fatte oggi discutendo l'assessorato sui lavori pubblici, noi facciamo una proposta esplicita, signor assessore, in attesa che si cambi il sistema di intervento per il ripiano degli esercizi deficitari dei comuni, si portino qui nominativamente, comune per comune, dinanzi al Consiglio regionale, e sia il Consiglio regionale, come all'inizio della vita dell'autonomia era fatto per quanto riguardava l'autorizzazione all'applicazione delle supercontribuzioni, sia il Consiglio regionale che amministra quel fondo che voi mettete in bilancio, deliberando volta per volta se a un determinato comune deva essere dato un contributo per il ripiano del deficit e in che misura, dopo aver valutato i motivi per cui il deficit stesso si è costituito e dopo aver valutato anche le responsabilità dirette e indirette degli amministratori comunali sulla costituzione del deficit stesso. È una proposta sulla quale non spero di avere risposta, come oggi l'assessore Pasqualin ha dato scarsissime risposte a quella che era stata la proposta da noi fatta per una legge e ha dato scarsissime risposte anche a quella nostra richiesta di informarci come quella esigenza di moralizzazione nella concessione dei contributi per lavori pubblici, che è stata così chiaramente inserita nel programma di questa legislatura, sia stata rispettata.

E così, per arrivare rapidissimamente alla conclusione, lasciatemi anche dire con molta franchezza che seguite un costume politico che non può essere approvato, non può essere apprezzabile. Quando vi si dice qualche cosa o vi si chiede qualche cosa che vi dia fastidio, voi assumete un unico atteggiamento: fate silenzio, non rispondete, non affrontate neppure il tema, non dite: no, questo non lo facciamo per questi e questi motivi qui. Semplicemente chiudete la vostra bocca, pensando che

il silenzio sia d'oro. Ma in questi casi il silenzio è tutt'altro che d'oro. E dopo naturalmente, quando sono passati gli anni andando avanti in questo modo, venite qui a piangere le lacrime di coccodrillo, perché voi in fondo piangete le lacrime di coccodrillo. Venite qui a dirci che la situazione oggi è diventata drammatica e che in qualche modo bisognerà intervenire. E si interverrà in quale modo, signor assessore? Solo nell'unico modo in cui è possibile intervenire: spendendo qualche lira di più per questo problema, e spendendo qualche lira di meno per altri interventi. Perché quando una lira è stata spesa, come ho avuto occasione di dire altre volte, non si può spendere due volte. Per cui il buco che fate in questa situazione è doppiamente riprovevole, non solo per quei motivi di natura morale e di natura politica ai quali ho accennato prima, ma anche perché in questo modo sottraete ad interventi in altri settori, quelle scarse possibilità che il bilancio della Regione ha. M, vedete, questa vostra abitudine di fare i pesci in barile, la conservate in tutti quanti gli atteggiamenti vostri. Pensi, signor assessore, all'assistenza. La proposta dai banchi liberali di elaborare una legge per cui i sussidi assistenziali venissero fatti non *ad placitum* del potere esecutivo e in questo caso dell'assessorato competente, ma venissero fatti attraverso norme precise di legge, è partita da questi banchi sul finire della passata legislatura. Poi vi ho richiamati a questa necessità nel momento in cui il capitolo per il sussidio ai disoccupati, ai sottoccupati, aumentava vertiginosamente in corrispondenza con quella che era la crisi e la congiuntura economica, e ci avete detto: sì sì, adesso ci pensiamo. Poi, dopo un anno ancora, ritornati su questo tema ci avete detto: ci ripenseremo a conferenza regionale sull'assistenza fatta. Adesso abbiamo letto, proprio oggi o ieri, mi pare, sulla stampa, per-

ché noi siamo ridotti, consiglieri regionali, a sapere queste cose dal beneplacito della informazione dei giornalisti, ai quali va un grandissimo ringraziamento, perché non potremo certissimamente darlo a voi — abbiamo letto che la conferenza sulla assistenza è qui vicina, è imminente, però . . .

(INTERRUZIONE)

CORSINI (P.L.I.): Sì sì, signor assessore, va bene; però le notizie precise le abbiamo avute oggi.

Però, signor assessore, cosa è accaduto in questo modo qui? Ammettiamo che, come è stato dato l'annuncio, si tenga questa conferenza regionale sull'assistenza, in cui dovrà essere elaborato questo lungo studio per fare una legge equitativa per la distribuzione di sussidi a chi ne ha diritto e ne ha bisogno, che cosa accadrà? Che dopo ben ben tirate le conclusioni della conferenza regionale sull'assistenza, passerà per lo meno un altro anno prima che la legge sia elaborata, e voi, potere esecutivo, avete in questo modo guadagnato quattro anni di indiscriminata facoltà di concessione di sussidi e di contributi come e a chi avete voluto voi. Questa è la realtà delle cose; non abbiatevene a male se ve lo dico con franchezza. Perché qui i problemi si trascinano per anni e anni. Lo dicevo anche oggi nell'intervento sull'assessorato dei lavori pubblici, qui l'autonomia ha proprio il significato rovescio di quello che le nostre popolazioni pensavano: non quello di una soluzione rapida, immediata dei problemi, ma della possibilità di distanziarli di anni e di anni, così come piace al potere esecutivo e al partito di maggioranza. Si è guadagnata un'altra legislatura, quattro anni in cui voi, senza controllo, avete fatto quello che avete pensato bene di fare.

Voglio toccare un penultimo tema . . .

(INTERRUZIONE)

CORSINI (P.L.I.): No, guardi, signor Presidente della Giunta, il fatto che mi è stato fatto osservare oggi dal collega avv. Odorizzi, che le delibere vengono viste dalla Corte dei Conti, è un fatto che mi conforta sul modo in cui legittimamente sono state presentate le spese, ma non mi obblighi a riprendere questo argomento e a ridere per la millesima volta che quella tirata di orecchi che il Governo vi ha dato, nella lettera stessa del Governo è stata portata a conoscenza della Corte dei conti. Guardi, io quella lettera ce l'ho qui presente; potrei addirittura leggerla con la mia memoria. Si conclude proprio dicendo. « Questa lettera viene anche portata a conoscenza della Corte dei conti ». Dunque lasciamo stare, perché queste sono posizioni che non vi giustificano assolutamente.

Un penultimo tema che io vorrei trattare è quello riguardante la fondazione Mattei. Anche qui, signor assessore, ci è stata una ampia discussione, nel luglio del 1966, in Consiglio regionale; c'è stata l'approvazione di una mozione unitaria, presentata inizialmente dai colleghi Pruner, Sembenotti e de Carneri, e poi modificata e concordata con i rappresentanti di tutti i gruppi, meno il rappresentante della S.V.P., che ormai, si sa, da anni segue la politica dello splendido isolamento, anche per le questioni regionali. Ora questa questione della fondazione Mattei non dovrebbe esservi indifferente. La prima denuncia di una situazione che non potevamo ritenere legittimamente corretta e perfetta è venuta proprio dai banchi liberali nel 1959 nei confronti della Giunta provinciale di Trento, quando era Presidente l'avv. Rosa. È susseguita a nostra cura una successiva interrogazione, che richiamava la vostra attenzione, ancora una volta, sulla iniquità con cui coloro che si erano impadroniti con-

tra legem della fondazione Mattei, amministravano un patrimonio che era stato lasciato a favore dei poveri ed esclusivamente a favore dei poveri. Io mi rendo ben conto, signor assessore, delle pene in cui lei deve trovarsi e deve trovarsi la Giunta nel momento in cui deve prendere un atteggiamento che contrasta con quelli che sono gli interessi ad esempio della società di gestione, i cui azionisti, dal primo fino all'ultimo sono dei sacerdoti, i quali naturalmente, sia pure nella onestà amministrativa, non possono prescindere da quelli che sono gli interessi particolari rispetto a quello che era l'interesse generale di beneficenza generale che il testante aveva posto nel suo codicillo, in cui aveva legato i beni acquistati a conforto dei poveri delle Pievi del Lomaso e della zona. È passato un anno o quasi; si può dire che un anno è molto e si può dire che è poco. Voi direte che è poco di fronte alla necessità di fare un'infinità di studi, di sottoporre la questione a quello che è il comitato regionale per l'assistenza, che tiene luogo del Consiglio di Stato per la elargizione di pareri. A nostro avviso è troppo. Noi siamo certi che se ci fosse stata veramente una precisa volontà da parte della Giunta di arrivare rapidamente alla soluzione di questo problema, si sarebbe potuti giungere prima di quando vi giungerete. Avete chiesto pareri di ogni genere, a chiunque e per qualsiasi tema e per qualsiasi argomento. Qui, aperta la situazione nell'anno 1959, nell'anno 1967 ci troviamo ancora in fase di esplorazione giuridica del tema. A noi sembra che procediate, quando le cose vi servono, con eccessiva lentezza.

L'ultimo tema che mi pare utile ritoccare, questa volta condividendo il parere abbastanza cautamente espresso dall'assessorato, è quello della ingiustizia della divisione a metà dei fondi per l'assistenza, fra la provincia di Trento e la provincia di Bolzano. Se c'è un ar-

gomento e un tema nel quale la divisione al 50 per cento è non solo ingiusta ma è addirittura assurda, è proprio il tema della assistenza. È addirittura di una assurdità tipo quella che si riflette nel settore delle case popolari, ove si pretende di lasciare aperto e sgombro e disabitato un appartamento perché dovrebbe essere assegnato a un inquilino di lingua tedesca, quando inquilini di lingua italiana premono per avere una loro casa e una loro stabile abitazione. E lei stesso ci ha dato i dati, signor assessore, alla fine di questa sua relazione; e ci ha dimostrato come per esempio ai 140 ECA della provincia di Trento siano stati dati 53 milioni 450 mila lire; agli 84 ECA della provincia di Bolzano siano stati dati 53 milioni e 300 mila lire. E perché viene qui a dirci queste cose? Evidentemente per avere un conforto da parte del Consiglio a mutare questa situazione, a mutare questa divisione di fondi. Se è questo conforto che vuole, io credo che lo trovi indubbiamente, ma anche questa è la rivelazione di un inserimento di preoccupazioni di natura politica in un settore come quello dell'assistenza, che non dovrebbe essere altro regolato che dal bisogno e dal riconoscimento delle necessità umane. E allora quale conclusione possiamo trarre da questa sua relazione e dalla impostazione politica che la Giunta regionale dà a questo settore? Sì, di una certa maggior sincerità di quanto è avvenuto nel passato, di questo gliene diamo atto. Oggi avete avuto il coraggio di venire qui ad aprirvi la camicia e a mostrare le piaghe che avete sul petto; questa è la verità. Ma quali rimedi immediati proponete a questa situazione? Nella vostra relazione questi rimedi, fatta eccezione per l'aumento e la specifica destinazione delle somme dell'art. 70 da darsi alle Province, per devolversi poi a ripiano degli esercizi deficitari dei comuni, fatta eccezione per questo, noi

una novità maggiore che negli anni precedenti non troviamo.

Io chiudo, dicendo che qualche volta il potere esecutivo dovrebbe sentire la necessità di appoggiarsi a quello legislativo. Più vi chiudete in voi stessi, nella vostra solitudine e più andrete incontro a situazioni di questo tipo qui. Riportate questa questione dinanzi al Consiglio regionale; fate che il Consiglio regionale sia giudice di questi interventi a favore dei comuni deficitari e avrete ottenuto un giudice più spassionato di quello che potete essere voi, un giudice che può esaminare e tener conto di temi e di aspetti anche diversi della stessa situazione e un giudice che in questo caso potrebbe anche esservi di aiuto. Il giudizio anche su questo assessorato, il giudizio del gruppo liberale, è per i motivi che ho esposto negativo. Negativo non per una pregiudiziale di schieramenti politici, ma perché veramente noi dobbiamo in questo momento prender atto di una fallimentare politica condotta dalla Giunta nel settore degli enti locali e di una incapacità della Giunta a proporre degli interventi e dei rimedi veramente efficaci.

PRESIDENTE: La parola all'assessore per la replica.

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): Risponderò ai temi principali, tenendo conto che la maggior parte dei signori consiglieri hanno commentato, anzi letto, soprattutto le cifre e anche le considerazioni della mia relazione. Inoltre vi sono stati dei signori consiglieri — ringrazio tutti di essere intervenuti — che hanno dato importanza e hanno sottolineato gli argomenti svolti nella mia relazione e assicuro che le proposte verranno prese in considerazione.

Il cons. Mattivi ha trattato ottimamente il problema degli anziani, dando delle indica-

zioni concrete, affermando che è superato ormai il problema dei ricoveri e deve essere sostituito dalle case tipo albergo. Sono delle affermazioni contenute anche nel piano quinquennale approvato dalla Camera. È in corso l'approvazione del Senato e certamente dovrà essere la base di indicazione e di indirizzo per la nostra attività.

Il cons. Manica ha portato varie considerazioni, per quanto riguarda il tema della finanza locale. Ha trattato l'argomento dei comuni alluvionati e a lui vorrei dire però che nella legge 1142 è previsto anche uno stanziamento che va a favore di comuni alluvionati, nel senso che sono stati ammessi, direi, i contribuenti all'eliminazione della quota fiscale da pagare. Cioè il comune viene rimborsato di quanto perde dai contribuenti; ciò naturalmente alla fine del periodo che scade a giugno.

(INTERRUZIONE)

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): ... l'unica cosa che non è prevista dalla legge 1142 è l'interesse passivo che i comuni devono pagare per le anticipazioni, con le quali devono far fronte naturalmente alle mancate entrate. Per questo l'assessorato ha presentato una proposta di legge, che è già all'esame del Consiglio e a suo tempo avremo occasione di discutere sul tema delle iniziative che possono essere prese a loro favore.

Vorrei ricordare inoltre che la Giunta regionale, per favorire i comuni alluvionati, ha fatto predisporre dall'assessorato alle foreste una legge, che tende a realizzare il patrimonio forestale; si va incontro quindi con un concorso di interessi per quanto riguarda la anticipazione di fondi necessari e così per le strade forestali.

Il cons. Manica chiede un aumento del fondo di integrazione. Io sostengo i motivi con-

tenuti nella mia relazione. Non c'è solo una politica di aumento dei fondi di contributi, ma vi può essere una politica — che sa essere condivisa da molti, — per diminuire anche le spese correnti, soprattutto le spese per gli oneri derivanti dai mutui. Ed ecco quindi la politica dell'assessorato che tende a favorire il trasferimento di mutui da istituti di credito locali alla cassa depositi e prestiti. Vorrei dire inoltre che per quanto riguarda il tema del prolungamento del tempo di ammortamento, non è che io lo condivida completamente, anche se attualmente la cassa depositi e prestiti lo applica in linea generale, sia per i contributi a pareggio dei deficit, sia per altre occasioni. Perché l'aver un lungo tempo di ammortamento, vuol dire bloccare il bilancio per lunghi anni, vuol dire portare e rinviare alle generazioni future degli oneri, vuol dire bloccare in parte la possibilità di utilizzo del bilancio. Comunque l'assessorato cercherà inoltre di far attuare, anche per la nostra regione, quella legge del 6 agosto '66 che tende a dare un contributo in conto interessi per poter sostenere gli oneri dei mutui a pareggio dei deficit. Come si farà? Qui è stato prospettato lo studio di un disegno di legge, e son convinto, sulla base dei colloqui che ho avuto recentemente a Roma, che si possa risolvere ancora in via amministrativa, oppure con una norma di attuazione, perché si tratta di interpretare una precedente norma di attuazione in tema di finanza locale e di materia analoga, in modo di essere ammessi ai benefici sui mutui alla cassa depositi e prestiti. Ho il tema comunque all'esame dell'assessorato e se non potremo provvedere, se non troveremo questa soluzione, porteremo certamente un disegno di legge che potrà essere congegnato nello stesso modo in cui è congegnato quello dello Stato e che vale per un triennio. Perché vale per un triennio? Semplicemente perché si prevede che nel '69, nel '70, entri in vigore la ri-

forma tributaria e conseguentemente anche la parte che riguarda la finanza locale, che dovrebbe dare nuovi fondi, nuove disponibilità ai comuni.

A proposito di iniziative di unificazione, non so invece a cosa voglia riferirsi il cons. Manica quando parla di ritardi del disegno di legge riferentisi all'unificazione. Forse parla, penso, del disegno di legge che riguarda Vigolo Baselga, Baselga di Vezzano, ma quello è all'esame della commissione degli affari generali e lì basta che venga esaminato, non dipende né dall'assessore, né dalla Giunta regionale, si tratta del Consiglio.

Vi è inoltre il disegno di legge sull'ordinamento dei comuni, che dovrà essere sollecitamente trattato.

Comunque, per quanto riguarda l'assessorato, ci sono disegni di legge sull'unificazione e su iniziative simili; siamo quindi in linea con quanto richiesto da Manica. È necessaria una stretta collaborazione fra Giunta regionale, Giunta provinciale, per quanto riguarda l'azione intesa a diminuire le spese dei comuni.

Il tema toccato dal cons. Manica, trattato anche da altri consiglieri, è quello dei mutui bancari; il problema delle banche. E qui si inserisce quella proposta che è stata accennata anche dal cons. Odorizzi in sede di discussione generale, della istituzione di un istituto di credito regionale per gli enti locali. Il mio assessorato intende esaminare questo argomento con una commissione di lavoro interno, portare la proposta in Giunta regionale e quindi al Consiglio.

Condivido pienamente anche l'iniziativa per la cassa centrale delle casse rurali, ma questa potrà esser vista in collegamento con l'altra iniziativa; se non potrà essere attuata quella dell'istituto di credito regionale per gli enti locali, si vedrà per lo meno di sollecitare l'iniziativa delle Casse rurali, in modo da favorire

i nostri comuni con degli interessi passivi che possano essere accettabili.

Comunque sarà tentata l'azione verso le casse di risparmio, verso altri istituti di credito pubblici, per vedere di ottenere interessi di favore, anche se ho i miei dubbi al proposito, pur avendo la buona volontà di insistere.

La dott. Perazzolli ha parlato del centro regionale di assistenza e riconosco anch'io la sua attività che è illustrata in quella relazione. Vorrei dire che il centro agisce sotto la direttiva dell'assessorato, in collegamento anche con altri assessorati quando vi è necessità, e soprattutto si è messo nell'indirizzo della Giunta regionale perché il servizio sociale sia in collegamento con la programmazione. Agli effetti dell'aggiornamento vorrei dire che anche in questi giorni si terrà un convegno di aggiornamento a Roma, proprio per studiare il rapporto fra servizio sociale e programmazione. Inoltre al centro che funziona da giugno a settembre a Romeno verranno inviate le nostre assistenti sociali, in modo che possano essere aggiornate sia per quanto riguarda materie di carattere sociale, di carattere previdenziale in genere e anche siano aggiornate per una strutturazione nuova, anche nella nuova strutturazione comprensoriale della nostra provincia.

Per quanto riguarda le iniziative particolari vorrei rilevare l'azione delle nostre assistenti sociali al tempo delle alluvioni e successivamente nella zona di Primiero con un servizio continuo, settimanale, così nella zona di Chizzola, Valfloriana e in tante altre parti. Questo ha dimostrato veramente l'efficienza, l'utilità e la responsabilità di questo servizio sociale, di questo centro che agisce in collegamento con il nostro assessorato.

Per quanto riguarda l'ONMI, la Giunta regionale ha risposto con la variazione che ha proposto, riconoscendo l'utilità di questo ente,

soprattutto riconoscendo che in provincia di Bolzano l'ONMI ha forse maggiori necessità di fondi che in provincia di Trento. Lo Stato ha provveduto con una legge a democratizzare l'organizzazione; difatti in sede provinciale anziché un commissario di qui in avanti avremo un comitato provinciale di 18 persone, però non ha dato adeguati fondi per poter funzionare, e allora l'ONMI deve preoccuparsi di averli e dalla Provincia e dalla Regione e dai vari settori. Io mi auguro che lo Stato pensi sì alla democratizzazione, ma metta in grado anche queste istituzioni, che hanno dei fini ottimi, di poter funzionare e di poter veramente rispondere.

Il cons. Mitolo ha condiviso parecchio, riconosce anche il coraggio di certe affermazioni nella relazione. Però tira delle conclusioni, che non posso condividere naturalmente. Egli afferma che si deve tornare indietro, per quanto riguarda l'autonomia dei comuni, per quanto riguarda l'azione per la finanza locale, per i mutui, per tante altre cose. Io vorrei dire questo: la politica della Regione iniziata nel '48 per l'autonomia ai comuni, aveva una sua ragione di essere, perché allora significava una reazione alla compressione precedente. Nel '27, nel '28, si è adottato un metodo che certamente non ha comportato la fiducia della popolazione.

L'autonomia comunale è stata richiesta e concessa per la esecuzione di determinati servizi pubblici. Ora questi servizi sono stati realizzati; d'altronde si è compreso che per realizzare ulteriori iniziative nel campo del lavoro, nel campo dell'industrializzazione, nelle grandi opere pubbliche, occorre l'unione di tutti e non la dispersione dei mezzi e delle risorse.

Certo che occorre superare una certa mentalità. Io dico comunque che per ogni riforma occorrono i tempi adatti. È anche dovere di un amministratore il riconoscere a un

certo punto che occorre cambiare anche strada, occorre anche variare; se vi è coraggio nell'azione, se vi è coraggio nel riconoscere la situazione, bisogna anche riconoscere i metodi nuovi da affrontare, le vie nuove da affrontare, senza dire che si è sbagliato nel passato; può darsi che vi siano state altre considerazioni, altre circostanze, altre situazioni.

Per quanto riguarda l'accento al piano di studio che è messo lì nella mia relazione, io dico che è stata un'ipotesi di studio nel senso di prevedere un numero minimo di abitanti per comune e cioè 1000 abitanti.

A proposito della legge 1142, il cons. Dalsass dice: vi sono dei danni causati ai corpi volontari, non è previsto alcun risarcimento da parte del Ministero degli interni in quella legge?. Io dico che nella legge 1142 non esiste un articolo per il risarcimento danni a questo riguardo; esiste solo un articolo che stanziava un miliardo e mezzo, se non erro, per acquisto di attrezzature del servizio antincendi. Su questo articolo, in base a una nostra interpretazione dell'art. 88 bis, abbiamo chiesto una compartecipazione, cioè in riferimento al totale dello stanziamento un contributo di 100 milioni. In sede di Ministero degli interni vi era ormai la convinzione di avere combinato, senonché, interpellata preventivamente la Corte dei conti in sede centrale, hanno dato un'altra interpretazione che è all'esame ulteriore degli uffici del Ministero degli interni; appena finito il bilancio tratterò ulteriormente col Ministero degli interni per vedere di ottenere un quid. Purtroppo lì non è previsto il risarcimento danni, ma una eventuale compartecipazione a questo stanziamento. Secondo la nostra interpretazione ci potrebbe essere di diritto, secondo l'interpretazione loro e soprattutto dell'organo di controllo in sede centrale pare non vi debba essere. Comunque noi insisteremo e da parte mia saranno fatte delle iniziative ten-

denti a ottenere quanto, secondo me, ci spetta.

Per quanto riguarda l'ispettore di Bolzano, vorrei dire che la Giunta regionale in questi giorni ha nominato la commissione per gli esami, che son previsti, se non erro, alla fine di aprile o ai primi di maggio e quindi l'entrata in servizio del nuovo ispettore di Bolzano non dovrebbe essere molto lontana. Tenga presente che è il primo esperimento regionale di assunzione per concorso di un ufficiale di servizio antincendi, e lei saprà che come quando si è attuato l'organico della Regione si sono fatti i primi concorsi, le prime difficoltà si sono trovate. Comunque c'è la buona volontà da parte della Giunta regionale e dell'assessorato in particolare, perché questa carenza sia eliminata, pur riconoscendo che l'ispettore regionale Slomp, che ha ricoperto questo posto, l'ha ricoperto degnamente facendo certamente il suo dovere, come mi pare che è stato riconosciuto anche da lei. Per quanto riguarda quella pratica della Val Venosta le assicuro che la riporterò in Consiglio di amministrazione e lì vedremo quale è la situazione.

Mi pare di ricordare che in quella seduta abbiamo detto che si tratta di un mezzo che si è rovinato, si è disperso nel fiume, e che non entrava nella possibilità di risarcimento. Comunque mi impegno di esaminarla, e poi vedremo se vi è possibilità di intervento.

Per quanto riguarda il cons. Pruner, anche lui ha fatto delle considerazioni, in parte ha fatto della polemica con il cons. Mitolo, ha parlato di prezzo di democrazia e altre cose, ed altre considerazioni e alcune proposte che terrò in considerazione. Inoltre ha parlato di discriminazione nell'assistenza in tempo alluvionale. Non so a che cosa si riferisca; se vi sono dei casi concreti vi prego di segnalarmeli, mi è stato segnalato a suo tempo un caso di Strigno, un caso di Villagnedo, sono intervenuto direttamente. Se vi sono altre lamentele cer-

tamente io interverrò e le assicuro che nei comitati ECA, dove ho avuto dei contatti con i sindaci, si è cercato di intervenire il più obiettivamente possibile e in sede di Commissariato del Governo ha funzionato per vari mesi il comitato di coordinamento per cercare di venire incontro alle necessità. Se vi sono casi concreti me li segnali.

La signorina Gebert ha parlato direi più sull'assessorato previdenza, e quindi risponderà il cons. Nicolodi domani. Per quanto mi riguarda terrò presenti le sue considerazioni.

Il cons. Ceccon ha parlato di responsabilità dello Stato, riforma tributaria lontana. Io direi che forse siamo più vicini di qualche anno fa, perché effettivamente la riforma tributaria dovrebbe andare al Consiglio dei Ministri in una delle prossime settimane. Mi auguro che possa essere approvata ancora entro l'attuale legislatura, perché allora entro il '70 potrà essere attuata.

Egli ha fatto molte altre considerazioni sul giudizio un po' scettico concernente i consorzi di servizi.

Per quanto riguarda il cons. Corsini . . .

(Interruzioni di più voci).

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): Non c'è? Comunque io dico solo questo al cons. Corsini, oltre ad altre considerazioni a cui risponderò eventualmente.

(INTERRUZIONI)

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): Io lo dico anche per quei pochi che mi ascoltano.

TANAS (P.S.U.): Corsini doveva essere presente in aula, se intendeva ascoltare la replica!

VICEPRESIDENTE: Continui! Continui!

(Interruzioni da parte di un consigliere).

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
Rispondo solo a un tema.

(Le interruzioni continuano).

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
Rispondo . . .

AGOSTINI (P.L.I.): *(rivolto al cons. Tanas)*: Smettila buffone!

TANAS (P.S.U.): A chi buffone? Presidente, a chi dice buffone? *(Colpisce al viso con uno schiaffo il cons. Agostini).*

VICEPRESIDENTE: Continui, continui!

TANAS (P.S.U.): Scherziamo! Buffone a me? Lo dice lui che è sempre stato un buffone . . . Ma voi lo conoscete tutti, mi pare! Ma scherziamo!

(Confusione di voci).

VICEPRESIDENTE: Silenzio! Basta! Avanti!

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
Vorrei chiudere, dicendo . . .

(Vivace scambio di parole tra diversi consiglieri).

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
. . . al cons. Corsini, che il far scandalo . . .

(Le voci contemporaneamente udibili si fanno sempre più concitate).

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
Calma!

(Più voci confuse).

VICEPRESIDENTE: Siamo arrivati alla fine. Silenzio! Le offese fanno poco onore a chi le pronuncia, quindi fate giudizio!

DALSASS (S.V.P.): Signor Presidente!
Io propongo di chiudere il bar...

FRONZA (assessore enti locali - D.C.):
Vorrei dire che le pratiche inerenti alla variazione dello Statuto delle Terme di Comano si sono concluse nella loro prassi amministrativa. Solamente da gennaio in poi l'assessorato ha potuto prendere in concreto esame questo problema e sottoporlo al Comitato consultivo assistenza e beneficenza. Successivamente sarà sottoposto alla Giunta regionale, la quale ne darà il giudizio opportuno. Mi pare nel complesso di aver risposto a tutti.

(Nuove interruzioni).

VOCE: Basta! Basta! Basta!

VICEPRESIDENTE: Sentite, concludiamo questa seduta. Io vi prego di stare calmi; siamo stati fermi per settimane, restiamo fermi pochi minuti ancora. Ci sono questi tre, quattro capitoli da votare e si conclude questo bilancio. Io invito tutti a tenere i nervi a posto e di portare pazienza per alcuni minuti ancora. Poi andremo a dormire e domani mattina ci alzeremo più tranquilli.

Pongo in votazione il cap. 560: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 570: è approvato a maggioranza con 8 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 571: è approvato a maggioranza con 6 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 583: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 6 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 585: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 590: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Pongo in votazione il cap. 1620: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

La seduta è tolta e rinviata a domani mattina alle ore 10.

(Ore 23.10).